



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

58. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 26. Mai 2005, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Zulassung des Mammographie-Screenings

– Drucksache 4/1697 – 3389

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/1722 – 3389

Dr. Norbert Nieszery, SPD 3389

Ministerin Dr. Marianne Linke 3390

Ilka Lochner-Borst, CDU 3391

Torsten Koplin, PDS 3392

Dr. Margret Seemann, SPD 3393

Beschluss 3394

Antrag der Fraktion der CDU:

**Familienpolitisches Leitbild für eine nachhaltige
Bevölkerungsentwicklung in einem Familien-
programm für Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/1692 – 3394

Torsten Renz, CDU ... 3394, 3410, 3417, 3418, 3419

Dr. Till Backhaus, SPD 3395, 3403, 3404,
.....3405, 3406, 3407

Dr. Ulrich Born, CDU 3403, 3404

Michael Ankermann, CDU 3404, 3405

Harry Glawe, CDU 3405, 3406

Jörg Heydorn, SPD 3407, 3421, 3424

Mathias Brodkorb, SPD 3407

Karin Schmidt, PDS 3408

Gerd Walther, PDS 3417

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU 3418

Angelika Volland, SPD 3418, 3419

Ministerin Dr. Marianne Linke 3419

Ilka Lochner-Borst, CDU 3423, 3424

Beschluss 3424

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Bundesratsinitiative zur Bestattungsvorsorge

– Drucksache 4/1696 – 3424

Gerd Walther, PDS 3424, 3427

Ministerin Dr. Marianne Linke 3425

Beate Schlupp, CDU 3426

Jörg Heydorn, SPD 3427

Beschluss 3427

Antrag der Fraktion der CDU:

**Vorfahrt für Arbeitsplätze
in Mecklenburg-Vorpommern
– Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-
politik strukturell bündeln –**

– Drucksache 4/1694 – 3427

Karin Strenz, CDU 3427

Volker Schlotmann, SPD 3428

Dr. Martina Bunge, PDS 3430

Andreas Petters, CDU	3431
Beschluss	3435

Antrag der Fraktion der CDU:

Öffnung des Grenzübergangs Hintersee	
– Drucksache 4/1691 –	3435
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU	3435, 3438
Minister Dr. Gottfried Timm	3437, 3438
Gerd Walther, PDS	3438
Detlef Müller, SPD	3439
Wolfgang Riemann, CDU	3441
Beschluss	3442

Antrag der Fraktion der CDU:

Weniger Bürokratie in Heimen	
– Drucksache 4/1693 –	3442
Harry Glawe, CDU	3442, 3448
Ministerin Dr. Marianne Linke	3443
Jörg Heydorn, SPD	3445, 3450
Torsten Koplín, PDS	3447
Beschluss	3450

Nächste Sitzung

Mittwoch, 22. Juni 2005	3450
-------------------------------	------

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 58. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Frau Ministerin Sigrid Keler ganz herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Zulassung des Mammographie-Screenings, auf Drucksache 4/1697.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Zulassung des Mammographie-Screenings
– Drucksache 4/1697 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1722 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu früher Stunde ein schwieriges Thema, Brustkrebs ist die häufigste Todesursache unter den Krebserkrankungen der Frau in Deutschland. Jährlich erkranken in der Bundesrepublik rund 47.000 Frauen an Brustkrebs, circa 17.600 Frauen sterben pro Jahr infolge dieser heimtückischen Krankheit. Das Vorkommen steigt mit dem Alter, denn 75 Prozent der Brustkrebserkrankungen treffen Frauen über 50 Jahre. Eine effiziente Brustkrebsfrüherkennung kann jedoch die rechtzeitige Behandlung erheblich fördern. Nach wie vor ist die Mammographie das wichtigste Vorsorgeinstrument zur Früherkennung von Brustkrebs.

Laut Bundestagsdrucksache 14/9122 werden in Deutschland pro Jahr circa vier Millionen Mammographien über die Krankenkassen abgerechnet. Dabei handelt es sich zum großen Teil um Untersuchungen im Rahmen eines nicht kontrollierten so genannten grauen Screenings. Trotz dieser hohen Untersuchungsrate konnte die Zahl der jährlichen Brustkrebstodesfälle in Deutschland nicht gesenkt werden. Der Bundestag zog daraus den Schluss, dass die Qualität dieser Screenings nicht ausreichend ist, weil die hohen europäischen Qualitätsstandards nicht eingehalten werden.

Vor diesem Hintergrund haben Bundesrat, Bundestag und die Gesundheitsministerkonferenz die Bundesregierung aufgefordert, für die baldmöglichste Einführung eines flächendeckenden qualitätsgesicherten Brustkrebsfrüherkennungsprogramms in allen Bundesländern unter Beachtung europäischer Leitlinien in Deutschland zu sorgen. Dies hat die Bundesregierung getan und am 1. Januar 2004 trat die Änderung der Krebsfrüherkennungsrichtlinien in Kraft, wodurch das Mammographie-Screening, also die Röntgenreihenuntersuchung zur Brustkrebsfrüherkennung, für Frauen im Alter von 50 bis 69 Jahren aufgenommen wurde.

Dieses Mammographie-Programm ergänzt das vorhandene für Frauen ab 20 Jahren. Durch das Mammographie-Screening ist es möglich, Krebserkrankungen in einem frühestmöglichen Stadium zu entdecken, denn bei geringer Tumorgroße ist eine besonders schonende Behand-

lung mit entsprechender Heilungschance möglich. Das Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahre 2005 die flächendeckende Implementierung des Mammographie-Screenings zu erreichen. Solche Untersuchungen müssen nach der Röntgenverordnung gesondert zugelassen werden, um sicherzustellen, dass auch der Strahlenschutz in angemessener Weise berücksichtigt wird. Zuständig dafür sind die obersten Landesgesundheitsbehörden, die insoweit die Röntgenverordnung im Auftrage des Bundes vollziehen.

Voraussetzung für die Einladung der Frauen zur Teilnahme an dem Mammographie-Screening ist die Schaffung einer zentralen Stelle, die den Frauen im Land die Einladungen zur Reihenuntersuchung zukommen lässt. Diese zentrale Stelle ist von den Landesverbänden der Krankenkassen sowie den Verbänden der Ersatzkassen auf Landesebene zusammen mit den jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigungen in Abstimmung mit den zuständigen Landesbehörden einzurichten.

Die Zulassung von Röntgenreihenuntersuchungen zur Brustkrebsfrüherkennung erfordert strenge Maßstäbe der Qualitätssicherung für die gesamte Screening-Kette. Reduziert werden soll durch diese Qualitätssicherung vor allem auch die Zahl von Fehldiagnosen. Deshalb liegen den neuen Richtlinien die europäischen Empfehlungen – die EUREF-Leitlinien – zugrunde. Dazu gehören unter anderem eine voneinander unabhängige Doppelbefundung aller Aufnahmen und hohe Anforderungen an die Kompetenz der Ärzte und medizinisch-technischen Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Qualitätskontrolle der Geräte. Die strenge Kontrolle erstreckt sich auf das gesamte Programm und die beteiligten Organisationseinheiten. Jeder zum Screening zugelassene Arzt muss beispielsweise die Befundung von mindestens 5.000 Mammographien pro Jahr nachweisen.

Das Mammographie-Screening muss von jedem Bundesland einzeln zugelassen werden. Da im Hinblick auf die mit der Röntgenaufnahme verbundene Strahlenbelastung gesunder Frauen ein Screening nur erfolgen darf, wenn dies erkennbar zur deutlichen Verbesserung der Früherkennung beitragen kann, hat sich die Strahlenschutzkommission im Auftrage des Bundesumweltministeriums mit dieser Problematik beschäftigt. Sie stellt fest, dass der Nutzen eines qualitätsgesicherten Mammographie-Screenings das Risiko der Strahlenbelastung bei weitem überwiegt.

Bei beschwerdefreien Frauen ohne besondere Risikokonstellation ist eine Mammographie nur gemäß den Krebsfrüherkennungsrichtlinien und nur nach Zulassung durch die oberste Landesbehörde zulässig. Die kurative Mammographie, die der Abklärung eines Verdachts auf Vorliegen einer Brustkrebserkrankung dient, ist übrigens seit langem Kassenleistung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, was in vielen europäischen Staaten und auch in den USA, in Kanada und in Australien bereits Standard ist, ganz zu schweigen von den Bundesländern, die das Screening schon eingeführt haben, sollte für Mecklenburg-Vorpommern schnellstmöglich auch hier das Screening eingeführt werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir das Gesundheitsland Nummer eins in Deutschland sein wollen. Wie allen Beteiligten bekannt ist, sind dabei noch einige bürokratische und qualitative Hürden zu nehmen. Deshalb sollte keine Zeit mehr verloren werden, um die Einführung einer Röntgenreihenuntersuchung für Brust-

krebsfrüherkennung in Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen.

Nun habe ich gehört, das darf ich vor Abschluss meiner Rede sagen, dass von Seiten der Union ein Änderungsantrag kommen wird unter besonderer Berücksichtigung, mit dem noch einmal auf die europäischen Leitlinien eingegangen wird. Ich darf im Namen meiner Fraktion sagen, dass diesem Änderungsantrag auch bei uns zugestimmt wird.

(Beifall Ilka Lochner-Borst, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Ich darf Sie alle also aus den vorgenannten Gründen bitten, vor allen Dingen auch im Namen der Frauen in unserem Land, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Nieszery.

Zu dem Antrag liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1722 vor. Im Ältestenrat wurde zu diesem Antrag eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Brustkrebs ist in Deutschland mit einem Anteil von 25 Prozent die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir jedes Jahr etwa 1.000 Neuerkrankungen und leider etwa 260 Sterbefälle. Je früher Brustkrebs erkannt wird, desto größer sind die Heilungschancen. Damit kommt der Früherkennung eine ganz zentrale Bedeutung zu. Internationale europäische Studien belegen, dass durch ein Mammographie-Screening die Brustkrebssterblichkeit durch Früherkennung deutlich gesenkt werden kann. Bereits im Juni 2002 hat der Deutsche Bundestag parteiübergreifend die Einführung eines qualitätsgesicherten, bundesweiten Mammographie-Screenings für Frauen im Alter zwischen 50 und 69 Jahren gefordert.

Die Selbstverwaltungen von Ärzten und Krankenkassen haben diese Forderung aufgenommen und der gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten und Krankenkassen hat mit Wirkung vom 1. Januar 2004 die rechtlichen, finanziellen Grundlagen für ein derartiges, bundesweites Screening geschaffen. Es gibt die Krebsfrüherkennungsrichtlinie und sie sieht vor, dass eben Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren alle zwei Jahre eine Einladung zu diesem Screening erhalten. Die Einladung wird über eine so genannte zentrale Stelle, die die erforderlichen Daten über die Einwohnermelderegister erhalten soll, erfolgen, so dass tatsächlich eine vollständige Erfassung der in Frage kommenden Frauen sichergestellt ist. Die Aufnahmen selbst werden dann unabhängig von zwei Ärzten befundet. Gibt es zwischen diesen Befunden Abweichungen, so werden diese in einer gemeinsamen Konferenz erörtert. Bei Verdacht auf eine bösartige Erkrankung wird die Frau innerhalb einer Woche erneut zu einer ärztlichen Untersuchung geladen. Die am Programm teilnehmenden Ärzte müssen

eine spezielle Fortbildung nachweisen und wie schon erwähnt mindestens 5.000 Mammographie-Befundungen pro Jahr erbringen. Die Gesamtsteuerung des Screenings erfolgt über eine zentrale Stelle in Köln. Deutschlandweit wird es fünf bis sechs Referenzzentren geben. Diese nehmen dann auch die Zertifizierung der Screening-Einheiten vor und sind für die Fortbildung und Qualitätssicherung zuständig.

Damit wurden umfangreiche Regelungen zur Qualitätssicherung getroffen. Die Selbstverwaltung hat die Grundlagen für zählbare Fortschritte bei der Präventionsarbeit, bei der Bekämpfung dieser bösartigen Krankheit gelegt. Wir als Land haben hier entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, so dass diese Richtlinie ohne Abstriche umgesetzt werden kann. Dazu bedarf es folgender Schritte im Einzelnen:

Das Screening und jede einzelne Screening-Einheit sind nach der Röntgenverordnung zuzulassen. Die landesrechtliche Grundlage zur Einbeziehung nicht gesetzlich versicherter Frauen muss geschaffen werden, weil alles, was ich bisher dargelegt habe, sich auf GKV-versicherte Frauen bezieht. Ohne gesetzliche Änderungen können deshalb weder Melde- noch Datenschutz Rechnung getragen werden. Der Abgleich der Daten mit dem gemeinsamen Krebsregister muss ermöglicht werden. Auch dazu bedarf es rechtlicher Änderungen.

Gleichzeitig geht es darum, in der Praxis eine möglichst reibungslose und rasche Umsetzung des Screenings im Interesse der Frauen zu gewährleisten. Unter der Federführung der Kassenärztlichen Vereinigung arbeiten deshalb die Vertreter der gesetzlichen Krankenkassen, des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen und meines Hauses eng zusammen. Dabei wurde über folgende Punkte Einvernehmen erzielt: In Mecklenburg-Vorpommern soll es vier Screening-Einheiten geben. Die Ausschreibungen für diese Screening-Einheiten sind bereits durch die Kassenärztliche Vereinigung erfolgt. Nach Gesprächen mit den in Frage kommenden Radiologen und den Tumorzentren in den Regionen Schwerin, Rostock, Greifswald und Neubrandenburg sind Bewerbungen von Radiologen aus Rostock, von den HELIOS Kliniken Schwerin, dem Dietrich-Bonhoeffer-Klinikum Neubrandenburg sowie von der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald eingegangen. Die zentrale Stelle, die die Einladung der Frauen dann vornehmen soll, wird in Mecklenburg-Vorpommern beim Medizinischen Dienst der Krankenkassen eingerichtet. Dazu ist bereits eine Vereinbarung zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung und den Kassen abgeschlossen worden.

Auch bei der Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das Screening sind wir in den letzten Monaten deutlich vorangekommen. So ist die Zulassung des Mammographie-Screenings nach der Röntgenverordnung weitestgehend abgeschlossen.

Für unser Land war von besonderer Bedeutung, auch die digitale Aufnahmetechnik zuzulassen. Hierzu gab es in der Vergangenheit eine Reihe von Gesprächen. Die digitale Aufnahmetechnik ist für uns gerade als Flächenland wegen der Datenfernübertragung von besonderer Bedeutung. Hier hat also auch der Druck der Länder durch den gemeinsamen Bundesausschuss den Weg für die Anwendung dieser modernen Technik frei gemacht. Wir haben als dünn besiedeltes Flächenland mitunter zwischen den kooperierenden Ärzten Entfernungen bis zu 100 Kilometer

zu überbrücken und insofern ist es wichtig, dass hier eine schnelle Übermittlung von Bildern und Untersuchungsergebnissen, eine Kommunikation zwischen den Ärzten, wenn wir so etwas Neuartiges einführen, von vornherein ermöglicht wird. Deshalb auch noch einmal dieser Hinweis auf die digitale Technik.

Die Zulassung des Mammographie-Screenings entsprechend der Röntgenverordnung wird in einer Allgemeinverfügung in den nächsten Wochen im „Amtsblatt“ veröffentlicht und die für den einzelnen Arzt zur Durchführung erforderlichen Genehmigungen nach Paragraph 3 der Röntgenverordnung sind vorbereitet und können erteilt werden, soweit von den Einzelnen die Voraussetzungen erbracht werden. Dazu gehören die Einhaltung der Vorgaben zur Qualitätssicherung sowie die geforderte Zusammenarbeit mit den Referenzzentren, und auch das im Interesse der Qualitätssicherung. In zwei Screeningbereichen haben wir in Greifswald und Neubrandenburg, auch Schwerin ist dabei, demnächst ausführliche Konzepte einzureichen.

Der allgemeine Vorbereitungsstand auf der Fachebene – und ich denke, das haben die Ausführungen, die ich eben vorgetragen habe, belegt – ist in unserem Land sehr weit. Auch heute Nachmittag sitzen wieder die Experten in meinem Hause zusammen, um weitere Schritte zu beraten. Bei der Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die ja erforderlich sind,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

sind wir relativ weit gekommen. Da das Screening alle Frauen – das sagte ich schon einmal, es soll nicht nur gesetzlich Versicherte betreffen – erreichen muss, sieht die Richtlinie die Nutzung der Einwohnermelderegister für das Einladungsprozedere vor und dazu bedarf es aus datenschutzrechtlichen Gründen der entsprechenden Grundlagen. Das erfordert Abstimmungen. Diese sind mit dem Innenministerium, aber auch mit dem Beauftragten für Datenschutz vorgenommen worden und es ist beabsichtigt, durch eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst hier die erforderliche Rechtsgrundlage einzuführen. Danach kann das Innenministerium die Änderung der Meldedatenübermittlungsverordnung vornehmen. Das Sozialministerium hat dazu den Gesetzentwurf erarbeitet, der in der Ressortabstimmung war. Diese ist also gerade beendet, so dass die erste Kabinettsbefassung bevorsteht. Daran wird sich die öffentliche Anhörung der Verbände und der beteiligten Institutionen anschließen.

(Harry Glawe, CDU: So wünschen wir uns das. So muss es immer sein.)

Das Screening-Programm erfordert auch den Abgleich mit den Daten der Krebsregister. Eine entsprechende Änderung des Staatsvertrages zum gemeinsamen Krebsregister der neuen Länder und Berlin ist in Vorbereitung und bedarf dann der Ratifizierung durch die Länder. Mecklenburg-Vorpommern kann bei der Umsetzung der Mammographie-Richtlinie auf die sehr guten strukturellen Voraussetzungen im Land aufbauen. Wir haben mit den Brustkrebszentren in Greifswald, Rostock, Schwerin und Neubrandenburg schon heute leistungsfähige und von den Frauen im Lande anerkannte Einrichtungen für die umfassende Versorgung und Behandlung der erkrankten Frauen. Diese Erfahrungen, die hier in den Brustkrebszentren gesammelt wurden, können bei Mammographie-Screenings eingebracht werden. Es geht um die Erfahrun-

gen, die eingebracht werden. Es geht aber auch um die Kenntnisse über ein gut laufendes System, an das praktisch angeknüpft werden kann.

Wir haben hier also mit dem Krebsregister die Möglichkeit, wirklich übergreifend ein neues Aufgabengebiet zu lösen. Vor allen Dingen haben wir durch die Erfahrungen in den Krebszentren eine große Akzeptanz bei unseren Ärzten. Ich denke und hoffe sehr, dass die Frauen dann auch dieses Screening-Angebot annehmen und für ihre Gesundheit etwas Gutes erreichen.

Es geht jetzt darum, diese Vorteile wirken zu lassen, umzusetzen und rund 240.000 Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren in dieses neue Vorhaben einzubeziehen. Ich hoffe sehr, dass wir gemeinsam mit der Selbstverwaltung schnell die praktischen Vorbereitungsschritte abschließen und dann wie vorgesehen im Jahr 2006 mit dem Mammographie-Screening flächendeckend im Land beginnen können. Die vorliegenden Anträge sehe ich in diesem Sinne als eine sehr gute Unterstützung an und spreche mich für deren Annahme aus. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Lochner-Borst.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben es heute Morgen schon zweimal gehört, ich sage es noch mal: Brustkrebs ist die häufigste Erkrankung bei Frauen zwischen 35 und 55 Jahren. Man kann auch sagen, jede zehnte Frau erkrankt in ihrem Leben an dieser Krankheit. Pro Jahr sterben weltweit 400.000 Frauen, in Europa 70.000, in Deutschland 19.000 und, wie wir eben gehört haben, in unserem Bundesland 260. In Deutschland stirbt also jedes Jahr eine Kleinstadt von Frauen an Brustkrebs, in unserem Bundesland ist es in jedem Jahr eine kleine Gemeinde. Warum nenne ich Ihnen diese Zahlen? Weil hinter der Zulassung des Mammographie-Screenings viel mehr steht als die flächendeckende Implementierung bis Ende 2005 und Paragraph 25 Absatz 1 Satz 2 der „Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen“.

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland steht sehr schlecht da in der Bekämpfung von Brustkrebs. Betrachtet man die Relation von Brustkrebsneuerkrankungen zur Brustkrebssterblichkeit pro Jahr in Deutschland, muss man feststellen, dass nur noch Länder wie Afghanistan, Türkei oder Mongolei hinter uns liegen, ein Zustand, den sich eine hoch zivilisierte Gesellschaft, wie wir es sein wollen, sicher nicht leisten kann und darf. Während die Relation in den USA 20,04 Prozent beträgt, liegt sie in Deutschland bei 32,31. Und genau darum geht es dann auch bei der Einführung des Mammographie-Screenings. Es geht um die Senkung der Sterblichkeitsrate für an Brustkrebs erkrankte Frauen. Es geht hier nicht, wie von vielen leider immer noch fälschlicherweise angenommen wird, um eine Vorsorgeuntersuchung, sondern um eine qualitativ hochwertige Früherkennung und eine daraus folgende bestmögliche Behandlung.

Die ersten Überlebensstudien entstanden bereits 1971 in den USA. Seither wurden dort und in einigen europäischen Ländern zahlreiche Studien zu dieser Thematik

durchgeführt. Dabei fand man über die Jahre heraus, dass eine Senkung der Mortalitätsrate von 25 bis 30 Prozent durch Screening-Untersuchungen möglich ist.

In Deutschland haben wir uns nun – der Bundestag im Jahr 2002, 1971 die erste Studie – endlich dazu durchgerungen, eine flächendeckende Untersuchung für die Hauptrisikogruppe von Frauen zwischen 50 und 69 Jahren einzuführen. Andere Länder sind schon wieder weiter als wir, denn auch für die Frauen in der vierten Lebensdekade, also von 40 bis 49, konnten Studien inzwischen aufzeigen, dass durch Früherkennung ein Benefit zu erreichen ist. Eine schwedische Studie zeigt, dass die Nutzung des Screenings für Frauen unter 50 sogar höher ist. Für Frauen unter 40 ist das Mammographie-Screening keine Lösung. Sowohl aus Machbarkeitsgründen als auch kosten-/nutzentechnisch betrachtet ist in dieser Altersgruppe eine Mammographie nur bei Hochrisikofrauen und zur Abklärung von Befunden sinnvoll. Um hier bessere Zahlen zu erreichen, müsste wieder wesentlich mehr in der Ursachenforschung getan werden. Das ist aber ein anderes Thema.

Wir können uns also einerseits darüber freuen, dass nun auch in Deutschland ein flächendeckendes Screening eingeführt wird, müssen aber aufgrund unseres Aufholbedarfs andererseits nicht in Jubel ausbrechen, wie unsere Bundesgesundheitsministerin das bei diesem Thema immer sehr gern tut, denn unsere Ansätze für verbesserte flächendeckende Früherkennungs- und Diagnostikmaßnahmen hinken im internationalen Vergleich mehr als zehn Jahre hinterher. Und noch immer ist in Deutschland offen, wann und in welcher Form endlich allen Frauen ein qualitätsgesichertes Angebot zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren, wenn wir wirklich erreichen wollen, dass in Deutschland jährlich 3.500 bis 4.000 Leben gerettet werden, dann kann dies nur durch Qualität und durch Akzeptanz bei Frauen und Ärzten geschafft werden. Und deshalb stellen wir auch den vorliegenden Änderungsantrag, der ebenso wie der parteiübergreifende Bundestagsbeschluss aus 2002 auf die Europäische Leitlinie abhebt. Abstriche, wie etwa durch die S3-Leitlinie oder die Krebsfrüherkennungsrichtlinie, darf es hier nicht geben.

Um es noch einmal zu unterstreichen, wo wir international stehen: Die Europäische Leitlinie zur Qualitätssicherung im Mammographie-Screening ist bereits 1993 erschienen. Inzwischen sind zwölf wertvolle Jahre vergangen und viele erkrankte Frauen sind verstorben. Und noch immer gibt es zahlreiche Ärzte, leider auch in unserem Bundesland, die vermitteln, dass die meisten Frauen den Tumor selbst finden, und merken dabei nicht, dass sie das beste Argument für ein Mammographie-Screening liefern, denn dieses findet den Tumor, bevor er tastbar ist.

Meine Damen und Herren, ich will versuchen, Ihnen in Kürze zu erläutern, warum wir den Europäischen Leitlinien einen so hohen Stellenwert beimessen. Sie beinhalten unter anderem

- ein organisiertes Einladungssystem, das Information und Motivation der Patientinnen einschließt,
- eine Doppelbefundung durch Mammographie-Spezialisten und gegebenenfalls auch eine Drittbefundung,
- eine Abklärungsdiagnostik,
- Follow-ups-Untersuchungen,
- regelmäßige Evaluation und Bewertung der Ergebnisse,

- umfassende Qualitätsprotokolle der physikalischen und technischen Ausstattung,
- hochwertige radiologische, medizinisch-technische und pathologische Leitlinien,
- Leitlinien für die Ausbildung aller Beteiligten,
- Durchführung von multidisziplinären Fallkonferenzen
- und die Sammlung von Dokumentationsdateien.

Die hier genannten Punkte sind eine Auswahl aus dem bereiten Spektrum ineinander greifender Maßnahmen, das an keiner Stelle unterbrochen werden darf, wenn im Ergebnis eine Senkung der Mortalitätsrate von 25 bis 30 Prozent stehen soll. Äußerungen einiger so genannter Experten und Screening-Kritiker lassen befürchten, dass in der Umsetzung doch noch versucht werden soll, die EU-Richtlinien zu umgehen. Deshalb halten wir es für notwendig, diesen Zusatz in den vorliegenden Antrag mit aufzunehmen, und bitten Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, die flächendeckende Einführung eines qualitätsgesicherten Mammographie-Screenings ist nur ein Beitrag, um die Brustkrebssterblichkeit in Deutschland zu senken. Prävention, Früherkennung, Diagnose, Therapie und Nachsorge – in allen Bereichen liegt in Deutschland noch einiges im Argen und nur die konsequente Umsetzung europäischer und internationaler Leitlinien wird zu mehr Qualität und letztlich auch zu mehr Überleben führen.

An der Umsetzung sollten deshalb auch alle Beteiligten – Politiker, Wissenschaftler, Pharmaindustrie, Krankenkassen, Ärzte und vor allem die Betroffenen selbst – gemeinsam arbeiten, denn eines wollen wir sicher alle nicht, dass in Deutschland jeden Tag 50 Frauen an Brustkrebs sterben. Was wir alle gemeinsam wollen, ist, dass jeden Tag zehn Frauen mehr den Brustkrebs überleben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lochner-Borst.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Alle Vorredner und Vorrednerinnen haben mit Zahlen argumentiert und die sprechen für sich. Es sind brutale Zahlen, die mir schwer über die Lippen gehen. Ich habe überlegt, was sage ich zu diesem Thema an dieser Stelle, und habe einen Satz, der mir sehr nahe geht, bei Dietrich Bonhoeffer gefunden, den ich sehr verehere. Er schreibt: „Optimismus ist in seinem Wesen keine Ansicht über die gegenwärtige Situation, sondern es ist eine Lebenskraft, eine Kraft der Hoffnung, wo andere resignieren, eine Kraft, den Kopf hochzuhalten, wenn alles fehlgeschlagen scheint, eine Kraft, Rückschläge zu ertragen, eine Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner lässt, sondern sie für sich in Anspruch nimmt.“ Ich finde, genau darum geht es an dieser Stelle, eine Politik zu betreiben, die den Optimismus stärkt, Menschen Mut und Kraft gibt, die Zukunft für sich in Anspruch zu nehmen. Insofern ist dieser Antrag auch ein Signal, Menschen vor drohenden gesundheitlichen Gefahren weitestgehend zu schützen, Menschen im frühen Stadium einer aufgetretenen Erkrankung bestmögliche Bedingungen für deren Überwindung

zu schaffen und im besten Sinne des Wortes etwas für die Menschen in diesem Land, für die Frauen, für die Zukunft in diesem Land zu tun.

Es gibt bundesweit zwei große Präventionsprogramme. Das eine ist die Darmspiegelung – seit zwei Jahren wird diese durchgeführt – und das andere ist die Brustkrebsfrüherkennung. Von den Erfahrungen in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden hat Frau Lochner-Borst gesprochen. Es ist, da sind wir völlig nah beieinander, höchste Zeit, dass wir auch ein flächendeckendes Mammographie-Screening mit den Kriterien der europäischen Leitlinien durchführen. Insofern darf ich für die PDS-Fraktion sagen, dass wir Ihrem Änderungsantrag zustimmen möchten.

Drei Hauptunterschiede des organisierten Screenings gibt es zur bisherigen Versorgung. Das eine ist das Herstellen des Bevölkerungsbezugs durch das Anschreiben der Frauen in der betroffenen Altersgruppe, das Aufbauen einer Kette von Qualitätssicherungsinstrumenten und die kontinuierliche Überprüfung der Wirksamkeit des Programms. Wichtig ist, und insofern möchte ich an dieser Stelle noch einmal dazu aufrufen, dass dieses Programm angenommen wird von den Frauen, dass wir so viel wie möglich Frauen erreichen und die Personen dieses Programm auch nutzen.

Fachleute von der kassenärztlichen Vereinigung sagen, dass wir mindestens – das ist auch Ihr Anspruch – 90 Prozent der Frauen im Alter von 50 bis 70 erreichen möchten. Ich betone diesen Appell an dieser Stelle deshalb so sehr, weil erste Erfahrungen in den Modellregionen, in Westfalen zum Beispiel, gezeigt haben, dass dieses Programm noch nicht in dem gewünschten Maße dort angenommen wurde. Es ist notwendig, dass Politik an dieser Stelle auch motiviert und Signale setzt.

Im Programm ist enthalten, dass im Verhältnis von einer Million Einwohnerinnen eine Einheit aufgebaut werden soll. Das wäre ein großes Problem für unser Flächenland, denn wichtig ist die Niederschwelligkeit, die Wege müssen vertretbar sein. Insofern freue ich mich, Frau Ministerin hat darauf Bezug genommen, dass wir mehrere Einheiten haben werden: Neubrandenburg, Greifswald, Schwerin und Rostock. Seitens der Rostocker liegen zwei Anträge vor. Hier gibt es eine enge Zusammenarbeit mit den Tumorzentren, die auch gepflegt wird.

Ich möchte noch einmal zur Qualitätssicherung zurückkommen, Frau Lochner-Borst hat darauf auch Bezug genommen. Die Vorgaben der europäischen Leitlinien sind deshalb so wichtig, weil wir somit in der apparativen Ausstattung, in fachlicher Qualifikation und im interkollegialen Austausch dann auch die Normen erfüllen, die welt- und europaweit Standard sind. Das Programm wird so gesehen zwei Komponenten haben, einmal die Seite der Leistungserbringung, darüber hat die Frau Ministerin gesprochen. Ich halte es schon für bemerkenswert, dass auch noch einmal unterstrichen wird, dass es für die befundenen Ärzte und Ärztinnen einen persönlich verantwortlichen Arzt gibt und somit auch konkret zuordbar ist, wer den Befund im Grunde genommen beschieden hat, und dass es ein enges Zusammenwirken gibt mit den vier bis fünf Referenzzentren, die bundesweit aufgebaut werden. Weiterhin gibt es die versicherungsorientierte Komponente, also die Einladung durch die zentrale Stelle beim MDK. Notwendig wird in dieser Beziehung sein, das Einwohnermeldegesetz zu ändern. Insofern möchte ich sei-

tens der PDS-Fraktion in Abstimmung mit der SPD-Fraktion ankündigen, dass wir eine entsprechende Novelle des Einwohnermeldegesetzes für die Junisitzung des Landtages vorbereiten.

Ich möchte hervorheben, dass es im Land zu dieser Frage ein sehr sachliches und konstruktives Zusammenwirken zwischen der kassenärztlichen Vereinigung, den Krankenkassen und dem Sozialministerium gibt. Daran gilt es anzuknüpfen. Unser Land ist, was die Vorbereitung betrifft, mit Nordrhein-Westfalen an der Spitze in der Bundesrepublik. Lassen Sie uns diesen Vorsprung nutzen und ausbauen im Interesse der Frauen in diesem Land! Somit möchte ich auch für die Annahme dieses Antrages seitens der PDS-Fraktion werben. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Koplin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD-Fraktion und Parlamentarische Staatssekretärin Frau Dr. Seemann.

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich ist den Vorrednern und Vorrednerinnen kaum noch etwas hinzuzufügen. Insbesondere, denke ich, Frau Lochner-Borst hat eine Rede gehalten, die alle Aspekte des Problems des Mammographie-Screenings enthalten hat. Vielleicht nur noch einige Informationen:

Hier ist schon darauf hingewiesen worden, dass andere Länder wie zum Beispiel Finnland, Schweden, die Niederlande und auch Großbritannien das Mammographie-Screening wesentlich früher eingeführt haben, und zwar in einem Zeitraum zwischen 1974 und 1979. Die Auswertungen dieser Ergebnisse machen deutlich, dass mit dem Mammographie-Screening die Sterblichkeit bei Brustkrebs erheblich gesenkt werden kann. In Großbritannien hat sich zum Beispiel seitdem die Zahl der Brustkrebstoten um 11,3 Prozent reduziert. Frau Lochner-Borst hat darauf schon hingewiesen, wir würden nach Angaben der WHO auch in Deutschland jährlich circa 3.500 Leben mit dem Mammographie-Screening retten können.

Ich denke, dass es für Mecklenburg-Vorpommern wichtig ist, dass wir uns in die Reihe der Länder Bayern – wobei Bayern erst noch hinsichtlich der Leitlinien den richtigen Weg finden muss –, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Baden-Württemberg einreihen und wirklich zu den Ländern gehören, die mit als erste Bundesländer Mammographie-Screenings mit Qualitätsstandards einführen. Denn wenn wir uns einmal überlegen, wir werden auch bis zum Ende dieses Jahres nicht einmal die Hälfte der 16 Bundesländer haben, die das Mammographie-Screening einführen, obwohl eigentlich die Vorgaben schon so lange gegeben sind. Frau Ministerin hat darauf hingewiesen, dass wesentliche Voraussetzungen in Mecklenburg-Vorpommern für die Einführung des flächendeckenden Mammographie-Screenings erfüllt sind. Daran sollten wir anknüpfen. Auch ich hätte hier angekündigt, dass das Meldegesetz geändert werden muss und dass wir das demnächst in der Koalition machen werden. Wichtig ist natürlich auch, dass privat versicherte Frauen mit in dieses flächendeckende Mammographie-Screening einbezogen werden können.

Ich muss Ihnen sagen, ich freue mich, dass wir uns heute Morgen sehr einig über dieses Thema sind, weil das ein bedeutendes Thema für Frauen ist. Genauso wie für Männer eben Maßnahmen ergriffen werden müssen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Lungenkrebses. Das ist die häufigste Todesursache bei Krebserkrankungen von Männern. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für diese Zustimmung bedanken und betone noch einmal, dass die SPD-Fraktion dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmt. Allerdings, muss ich sagen, war das für uns im Antrag auch eine Selbstverständlichkeit, denn alle Vorüberlegungen, alle Absprachen, die bislang als Voraussetzung auf Bundesebene geführt worden sind, basieren natürlich auf diesem Qualitätsstandard.

(Harry Glawe, CDU: Wir haben es noch mal aufgeschrieben. Wir denken mit.)

Aber ich freue mich, dass wir über diesen Weg auch mit der Opposition eine Einigkeit hergestellt haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1722 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1722 einstimmig angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1697 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich nun um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1697 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Familienpolitisches Leitbild für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in einem Familienprogramm für Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1692.

Antrag der Fraktion der CDU:
Familienpolitisches Leitbild für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in einem Familienprogramm für Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1692 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute liegt Ihnen erneut ein CDU-Antrag aus dem Bereich Familienpolitik vor unter der Überschrift „Familienpolitisches Leitbild für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in einem Familienprogramm für Mecklenburg-Vorpommern“.

Wenn Sie sich an die letzte Landtagsdebatte erinnern, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch dort hatte

schon die CDU-Fraktion das Thema Familienpolitik aufgegriffen. Wir hatten einen Familienpass beziehungsweise einen Wettbewerb zur kinder- und familienfreundlichsten Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern gefordert. Das wurde leider in diesem Hause abgelehnt. Aber Sie werden sich auch erinnern, dass ich schon damals versprochen habe, wir bleiben am Ball, wir bleiben am Thema dran und wir werden auch nicht aufgeben. Sie sehen, das Versprechen lösen wir heute ein, indem wir einen nächsten Antrag aus dem Bereich Familienpolitik hier im Landtag stellen.

Ich möchte es ganz deutlich an dieser Stelle sagen: Wir – die CDU – verstehen uns hier schon als Ideengeber, als treibende Kraft in diesem Bereich

(Jörg Heydorn, SPD: Komisches Verständnis, was Sie haben, Herr Renz!)

und wir können, denke ich, mit Fug und Recht sagen, dass wir im Bereich der Familienpolitik ...

(Jörg Heydorn, SPD: Ein komisches Verständnisproblem haben Sie, aber ein gravierendes Verständnisproblem!)

Ich wiederhole es gerne auch für den Kollegen Heydorn, ich weiß, dass die Wahrheit wehtut.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Heydorn, Sie wissen, das ist wie in der Medizin,

(Heiterkeit und Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

es ist schmerzhaft, aber es hilft.

(Jörg Heydorn, SPD: Da müssten Sie leiden! Da müssten Sie jetzt leiden!)

Ich sage es einfach noch einmal: Wir – die CDU – verstehen uns hier im Bereich der Familienpolitik als Motor.

(Jörg Heydorn, SPD: Der stottert, der Motor, der stottert! – Birgit Schwebs, PDS: Na schönen Dank auch! – Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Und an Ihnen wird es liegen, meine Kollegen von der SPD und PDS,

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

diesen Wagen zum Fahren zu bringen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, PDS, und Birgit Schwebs, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier vorne steht ein Redner, der hat das Wort. Ich bitte Sie, ihm zuzuhören.

Torsten Renz, CDU: Das wird natürlich schwierig, Herrn Heydorn zum Beispiel dazu zu verpflichten,

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Barbara Borchardt, PDS)

aber ich werde versuchen, ihn für unseren Antrag zu begeistern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Karin Schmidt, PDS: Das wird aber schwierig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem „Nordkurier“ war zu entnehmen, dass die SPD, Herr Schlotmann wird hier zitiert, angekündigt hat, sich mit diesem Thema ernsthaft zu befassen. Was für uns unverständlich

ist, und das möchte ich an dieser Stelle bei der Einbringung voranstellen, ist, wenn hier kühn behauptet wird, dass die CDU komplett von ihren Parteifreunden in Sachsen-Anhalt abgeschrieben hat

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

und das passt logischerweise dann nicht für Mecklenburg-Vorpommern. Herr Schlotmann, ich muss Ihnen an dieser Stelle sagen, das ist schlechter Stil.

(Bodo Krumbholz, SPD: Alles klar!)

Das ist kein Antrag, der aus Sachsen-Anhalt abgeschrieben wurde, sondern er basiert auf einer Studie,

(Karin Schmidt, PDS: Auch! Auch!)

die die Landesregierung Sachsen-Anhalt in Auftrag gegeben hat.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Das ist eine umfangreiche wissenschaftliche Studie, das ist kein Parteiprogramm, sondern eine wissenschaftliche Studie, die einen Umfang von über 500 Seiten hat.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist zu lang.)

Wir haben auf dieser Veranstaltung, die in Schwerin durchgeführt wurde – wenn ich recht informiert bin, unter der Führung der Diakonie –, diese Studie, die an der Hochschule Magdeburg/Stendal im Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen in Auftrag gegeben und erstellt wurde, genutzt, um diesen Antrag zu formulieren.

(Harry Glawe, CDU: Richtig dargestellt.)

Wir haben auch an dieser Veranstaltung teilgenommen. Die Herren der SPD waren an diesem Tag leider zeitlich verhindert.

(Jörg Heydorn, SPD: Haben Sie das nicht verstanden, Herr Renz? – Harry Glawe, CDU: Die SPD war nicht dabei!)

Die CDU fordert, und das, denke ich, ist unabdingbar für dieses Land, ein familienpolitisches Leitbild. Wir benötigen ein familienpolitisches Leitbild für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Sie werden sicherlich berechtigterweise fragen, warum. Ich will versuchen diese Frage hier zu beantworten.

Wir haben in der zurückliegenden Zeit mehrmals darüber diskutiert, wenn ich daran erinnern darf, gerade zum Thema Demographie, in welchem Zustand sich unser Land befindet. Ich möchte das hier nicht alles wiederholen. Der Ist-Zustand, die demographische Entwicklung in der Zukunft beziehungsweise die Abwanderung, die wir hier in Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis nehmen müssen, zwingt uns einfach, das ist die Position unserer Fraktion, hier zu handeln, um, so, wie es im Antrag formuliert ist, eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in diesem Lande anzuschieben. Ich denke, das ist Grund genug, warum wir dieses beantworten müssen, und zwar: Wie soll der Weg sein, um erfolgreich hier in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern Familienpolitik zu machen?

Unser Ansatz ist, wir brauchen ein Familienprogramm und wir müssen so ein Leitbild konzipieren. Wir sind der Meinung, dass es nicht ausreicht, einmal in vier, fünf Jahren hier in der Aktuellen Stunde das Thema Familienpolitik zu erörtern, sondern wir legen Ihnen einen konkreten Antrag, ein konkretes Programm vor, wo wir sagen, diese Maßnahmen müssen aus unserer Sicht umgesetzt werden.

Ich möchte an dieser Stelle auch deutlich sagen, die Problematik Familienpolitik betrifft alle Politikfelder. Alle Politikfelder sind in diesem Bereich gefordert, sich mit einzubringen, um hier voranzukommen. Ich denke, eins der wichtigsten wird, das sollte man nie vergessen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein, was sicherlich sehr, sehr schwierig ist in diesem Land, aber das wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, um in der Gesamtheit im Bereich der Familienpolitik voranzukommen.

Wir haben Ihnen fünf Punkte konkret im Antrag benannt:

„1. Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung integrierter Konzepte für lokale Familienpolitik,“

(Harry Glawe, CDU: Das ist sehr gut.)

„2. Wirtschaftspolitische Maßnahmen des Landes,

3. Unterstützung der Betriebe bei der Entwicklung einer betrieblichen Familienförderung,

4. Bildungspolitische Maßnahmen des Landes,

5. Vernetzung der familienpolitischen Konzepte des Landes und der Kommunen“, was, denke ich, nicht unterschätzt werden darf.

Diese Punkte müssen aus unserer Sicht unteretzt werden. Sie müssen mit Leben erfüllt werden. Das ist unser Angebot. Jetzt sind Sie am Zuge, meine sehr geehrten Damen und Herren von SPD und PDS. Sie müssen hier deutlich an dieser Stelle sagen, sind Sie gewillt diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen oder sind Sie prinzipiell wieder gegen alles.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Klaus Mohr, SPD: Das müssen Sie gerade sagen! Das müssen Sie gerade sagen!)

Das sollten Sie heute sagen. Ich sage Ihnen deutlich: Geben Sie in diesem Parlament Ihre Blockadehaltung auf, wenn der Antrag von der CDU-Fraktion gestellt wird! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heike Polzin, SPD: Das ist mal wieder die Krönung!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Dr. Backhaus.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt kommt der Parteivorsitzende! – Rainer Pracht, CDU: Der Familienpolitiker. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Dr. Till Backhaus, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Renz, Sie haben ja schon durch Ihre Gestik und Mimik deutlich gemacht, dass Sie sich das Lachen fast nicht verkneifen können, wenn ich bei der Wahrheit bleibe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD – Reinhard Dankert, SPD: Genau!)

Wenn wir mal mit der Wahrheit beginnen wollen: Das, was Sie als Programm versuchen deutlich zu machen,

(Jörg Heydorn, SPD: Fünf Fragen und Punkte! – Beate Schlupp, CDU: Womit wollen Sie dann enden, wenn Sie mit der Wahrheit beginnen?)

sind vage Punkte, die Sie hier aufzählen. Aus meiner Sicht verbirgt sich dahinter nicht ein Programm, sondern ein Sammelsurium von Themen, die sicherlich richtig sind.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Um aber auf den Motor zu sprechen zu kommen, ich bin wirklich ein begeisterter Techniker, aber ich habe den Eindruck, Sie haben einen alten Trabantmotor, wo die Unterbrecher wahrscheinlich nicht so richtig funktionieren.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Aus Sicht der Gesamtentwicklung dieses Landes sind die Themen aus meiner Überzeugung heraus nicht richtig dargestellt.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja lächerlich, Herr Backhaus!)

Aber ich will natürlich gerne auf dieses Thema eingehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Begründung des vorliegenden Antrages beginnt mit den Worten, ich zitiere: „Unsere Jugend ist unsere Zukunft“ – richtig, Herr Renz, richtig erkannt – „und deshalb ist es notwendig und wichtig, ihr Zukunftsperspektiven aufzuzeigen“. Auch dieses Zitat ist, das betone ich ausdrücklich, vollkommen richtig.

(Egbert Liskow, CDU: Richtig erkannt.)

„Junge Menschen brauchen wieder Vertrauen ... und brauchen ferner mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit im Alltag.“ Richtig, Herr Renz, Sie haben es richtig erkannt. Diese Sätze, verehrte Damen und Herren und Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, sind so richtig, wie sie plakativ sind.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt werden Sie mal konkreter, Herr Parteivorsitzender! – Jörg Heydorn, SPD: Deiner werden wir uns noch annehmen. – Harry Glawe, CDU: Wollen Sie mich verarzten?)

Auch dieses gehört in die Gesamtbetrachtung Ihres Antrages hinein.

Herr Glawe, auf Sie komme ich nachher gleich noch.

Diese Sätze sind richtig, aber sie sind sehr plakativ. Diese Aussagen gelten – vielleicht hören Sie einmal zu – von München bis Flensburg, aber sie gelten natürlich auch von Schwerin bis Magdeburg.

Und, Herr Renz, Sie haben es schon angedeutet, in Magdeburg wurde an der Fachhochschule

(Harry Glawe, CDU: Magdeburg und Stendal, Herr Backhaus.)

unlängst von Frau Professor Dienel im Rahmen eines Forschungsprojektes das Programm unter dem Titel „Zukunftschancen junger Frauen und Familien in Sachsen-Anhalt“ vorgestellt, in dem Perspektiven aufgezeigt werden, die aus meiner Sicht sehr, sehr interessant sind.

Sie zeigt ausdrücklich, vor welchen Problemen das Land Sachsen-Anhalt steht, und natürlich gibt es da Parallelen.

(Harry Glawe, CDU: Ah ja! Wir danken für die Bestätigung.)

Selbstverständlich gibt es Parallelen zum Land Mecklenburg-Vorpommern. Maßnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung werden darin vorgestellt. Beim Lesen Ihres Antrages kamen mir natürlich viele Formulierungen dieser Studie bekannt vor. Ich habe vieles in dieser Studie gelesen. Was sagt uns das?

Erstens. Sachsen-Anhalt steht vor gleichen Problemen im Vergleich mit Mecklenburg-Vorpommern.

(Karin Schmidt, PDS: Bundesweit.)

Zweitens. Besser eine Idee gut abgeschrieben, als sie selbst erfunden und entwickelt zu haben.

Da denke ich natürlich auch – leider ist Herr Born jetzt nicht da – an die letzte Presseerklärung von Herrn Petters im Zusammenhang mit der Strukturreform.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich stelle mir hier die Frage: Wer war eigentlich der Autor und wer hat abgeschrieben?

(Heike Polzin, SPD: Das ist aber so üblich bei solchen Dingen. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Wie dem auch sei, ich begrüße Ihren Antrag insoweit, dass er unserer Fraktion und mir die Möglichkeit bietet,

(Harry Glawe, CDU: Die SPD hat heute wieder Sorgen, das ist ja unglaublich. Solche Sorgen möchte ich auch mal haben.)

Ihnen heute noch einmal das kinder- und familienpolitische Leitbild der Sozialdemokraten hier im Landtag vorzustellen. Auch wir Sozialdemokraten ...

(Torsten Renz, CDU: Sie sind doch nicht auf dem Parteitag, Herr Backhaus!)

Na, Sie haben es doch für die Union hier reflektiert. Nun hören Sie mir doch wenigstens erst einmal zu,

(Torsten Renz, CDU: Sie sind doch nicht auf dem Parteitag! – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS)

damit Sie erkennen können, worin unser Leitbild besteht. Ich hoffe, Sie hören mir wenigstens zu.

(Jörg Heydorn, SPD: Sie haben kein Interesse am Erkenntnisgewinn. – Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD, und Harry Glawe, CDU – Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Peter Ritter, PDS)

Auch wir Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, sagen klar und unmissverständlich,

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

in den Kindern liegt die Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Rainer Prachtl, CDU: Das ist aber ebenso plakativ! – Torsten Renz, CDU: Das ist ebenso plakativ!)

Deshalb werden wir in diesen Sektor auch weiter investieren. Das ist ein Kernpunkt unserer politischen Zu-

kunftsstrategie für Mecklenburg-Vorpommern mit Blick auf das Jahr 2020 und darüber hinaus. Ja, wir sind die einzige Fraktion, die in diesem Zusammenhang hinausdenkt über Legislaturperioden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –

Harry Glawe, CDU: Guck an! –

Rainer Prachtl, CDU: Oh! –

Zurufe von Renate Holznagel, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten Jahren eine Kinder- und Familienpolitik

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

und damit diesen Schwerpunkt in der politischen Arbeit gemeinsam entwickelt und umgesetzt.

(Egbert Liskow, CDU:

Darum gehen auch alle weg.)

Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland in Deutschland wird. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, bei dem es natürlich nicht nur allein um Geld, sondern um die gesamte Gesellschaft geht, sehr geehrter Herr Renz. Das muss man einfach erkennen.

(Torsten Renz, CDU: Ich habe gesagt, das ist eine Gesamtaufgabe, eine Querschnittsaufgabe, die über alle Bereiche geht. Das habe ich gesagt. Geben Sie es doch zu! Das ist so!)

Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern nicht nur zu einem Bildungs- und Gesundheitsbundesland machen, sondern auch zu einem kinderfreundlichen Land.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass Mecklenburg-Vorpommern vor allergrößten Herausforderungen steht. Das Land verliert nicht nur finanzielle Mittel durch das Auslaufen des Solidarpaktes in Richtung 2020, sondern natürlich auch – leider – durch den demographischen Wandel. In allen ostdeutschen Ländern kam es nach der Wende zu einem dramatischen Einbruch der Geburten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Innerhalb weniger Jahre hat sich die Zahl der Geburten mehr als halbiert. Ich denke, die Zahlen sind uns allen bewusst und bekannt. So etwas hat es zu einem Zeitpunkt in entwickelten modernen Ländern noch nie gegeben. Da die Mädchen seit 1990 nicht mehr geboren wurden und damit natürlich auch in der Zukunft keine Kinder bekommen werden, droht in Richtung 2010 erneut ein Geburtenknick. Ich glaube, das ist aus der Studie sehr gut erkennbar. Auch wir haben dies immer wieder thematisiert.

Bis 2020, meine Damen und Herren, bedeutet das für Mecklenburg-Vorpommern allein einen Rückgang – insbesondere im finanziellen Bereich – zwischen 5 und 6 Milliarden Euro. Das sind Fakten, meine Damen und Herren, die unabhängig der politischen Couleur einfach erkannt werden müssen. So schwierig aber die Lage des Landes ist, so wenig darf man dieses einfach hinnehmen. Die Menschen und das Land brauchen Perspektiven, die junge und die ältere Generation insbesondere.

Meine Damen und Herren der Opposition, Sie stellen hier mit fremden Federn gespickte Anträge, in denen die Landesregierung zum Handeln aufgefordert wird, ohne selbst, und das ist, glaube ich, auch in dem Beitrag von

Ihnen, Herr Renz, deutlich geworden, umsetzbare Vorschläge vorzulegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Torsten Renz, CDU: Ich komme nachher
noch drauf! Das war nur die Einbringung.)

Ja, dann bin ich sehr gespannt.

(Beifall Jörg Heydorn, SPD – Peter Ritter, PDS:
Das wird noch ein schöner Tag heute. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Dabei sind wir im Übrigen in unserem Bundesland doch ein ganzes Stückchen weiter. Die SPD hat bereits ein kinder- und familienpolitisches Leitbild entwickelt. Das ist bei uns Beschlusslage.

(Jörg Heydorn, SPD: So ist es! Als einzige
Partei! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist nun mal so. Das ist Beschlusslage bei uns im Lande.

(Jörg Heydorn, SPD: Unplakativ
und inhaltlich substanziiert!)

Grundlage dafür waren die aktuellen Analysen zur Situation von Kindern und Familien in Deutschland. Wir haben es demnach mit drei Hauptproblemen, Herr Renz,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

in Mecklenburg-Vorpommern zu tun:

Erstens. Die Familie verliert unter dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse teilweise die Fähigkeit, ausreichend für die Kinder zu sorgen. Das nehmen wir insgesamt zur Kenntnis. Vor allem Kinder aus sozial schwachen Schichten haben eingeschränkte Lebenschancen, sich so zu entwickeln, wie wir das gerne wollen. Die wissenschaftlichen Autoren des Elften Kinder- und Jugendberichtes kommen daher zu dem Ergebnis: „Die Bedingungen des Aufwachsens in dieser Gesellschaft verlangen ein verändertes Ineinandergreifen von privater und öffentlicher Verantwortung.“ Dem können wir uns nur anschließen, meine Damen und Herren.

(Rainer Prachtl, CDU: Das haben
beide Volksparteien richtig erkannt.)

Wir wollen deshalb eine Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Staat in Mecklenburg-Vorpommern voranbringen. Beide sollen zum Wohle des Kindes zusammenarbeiten.

Zweitens. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat erneut deutlich gemacht, dass insbesondere Alleinerziehende und damit auch ihre Kinder überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Während das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden bei 35,4 Prozent liegt,

(Harry Glawe, CDU: Wie definieren Sie denn
Armut in Mecklenburg-Vorpommern für die
Bürgerinnen und Bürger? Sagen Sie dazu mal
was! Das waren bis jetzt nur platte Aussprüche.)

sind das Armutsrisiko und die Quote im Durchschnitt bei 13,5 Prozent. Daraus wird deutlich, Herr Glawe, dass insbesondere Alleinerziehende eine Problemstellung haben. Da mit der sozialen Lage aber auch die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen positiv oder negativ beeinflusst werden, muss uns allen die Situation große Sorgen machen und damit auch nach Lösungen trachten lassen, gerade und insbesondere in Ostdeutschland.

Drittens. Auch die Gesundheitsfürsorge und -versorgung für Kinder in Mecklenburg-Vorpommern ist nach wie vor verbesserungsfähig. Hierbei kann insbesondere festgestellt werden, dass mit zunehmendem Alter die regelmäßige Inanspruchnahme unter anderem von Vorsorgeuntersuchungen rückläufig ist. Das können und müssen wir einfach erkennen.

Ich selbst habe aus eigener Erfahrung als Ernährungsminister die teilweise Kenntnis darüber, dass bis zu 70 Prozent unserer Grundschülerinnen und Grundschüler in Mecklenburg-Vorpommern kein warmes Mittagessen einnehmen. Das ist ungesund, ungerecht und beeinträchtigt natürlich auch die Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler.

(Harry Glawe, CDU: Das ist aber keine gute Bilanz für die SPD. Das gibt Punktabzug. Bis jetzt ist das nur Zustandsbeschreibung, was Sie machen.)

Weil wir in Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nummer eins werden wollen, werden wir dabei auch Ansätze suchen müssen.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Auf der Grundlage dieser drei Hauptprobleme möchte ich nun ein Kinder- und familienpolitisches Leitbild entwerfen, das im Wesentlichen aus fünf Punkten besteht:

1. Der investive Sozialstaat

Wenn Wirtschaftswachstum nicht mehr alle Probleme löst, und das erkennen wir doch gemeinsam, müssen wir unseren Sozialstaat umbauen von einem Sozialstaat der bloßen Geldleistungen hin zu einem Sozialstaat der sozialen Investitionen. Es reicht aus unserer Sicht eben nicht aus, diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt wenige Chancen haben, regelmäßig mit etwas Geld zu versorgen. Die gesellschaftlichen Ausgrenzungen werden damit leider nicht beendet. Wir brauchen einen Sozialstaat, der in die Zukunft der Menschen investiert und die Menschen befähigt, ihr selbstbestimmtes Leben zu gestalten. Im Zentrum moderner Sozialpolitik muss daher zukünftig die Bildungspolitik stehen. Nichts entscheidet mehr über die Zukunftschancen eines Menschen wie eine gute Ausbildung, ob in der Schule oder auch in der Weiterbildung und der weiteren Ausbildung.

(Torsten Renz, CDU: Deswegen kürzen Sie im Hochschulbereich.)

In der Wissensgesellschaft ist gute Bildungspolitik daher zugleich die beste, ja, die beste und gut angelegte Sozialpolitik.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

2. Sozialstaat für alle

In den letzten Jahrzehnten hat sich in Deutschland eine Auffassung durchgesetzt, wonach der Sozialstaat etwas für arme Leute sei.

(Harry Glawe, CDU: Ja. – Rainer Prachtl, CDU: Wahlkampfrede.)

Die Menschen erwarten daher, dass sie zu Recht, wenn sie ihre Pflichten erfüllen, an diesem Sozialstaat insgesamt beteiligt werden und damit auch vom Sozialstaat profitieren, wenn sie in die Kassen einzahlen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich finde diesen Zusammenhang ausdrücklich richtig. Wer etwas für die Gesellschaft leistet, muss auch etwas zurückbekommen, um damit zu einer ausgewogenen Entwicklung zu kommen.

(Torsten Renz, CDU: Das Problem ist aber, dass wir eine andere Mentalität haben. Wir haben eine andere Mentalität.)

Wer daher die Leistungen des Sozialstaates nur auf das angebliche Bedürftigkeitsproblem hinausbringt, begrenzt und untergräbt damit auch die Mehrheitsfähigkeit in dieser Gesellschaft. Viele Menschen werden auf Dauer eben nicht bereit sein, einen Sozialstaat zu unterstützen, von dem immer nur die so genannten „anderen“ profitieren, während sie selbst die Kosten mitzutragen haben. Der Sozialstaat muss also nach skandinavischem Modell Vorbild für uns alle werden und ich glaube, das wäre ein sinnvoller Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Jörg Heydorn, SPD: Jawohl.)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit ergibt sich nicht dadurch, dass einige die Leistungen des Staates erhalten und andere nicht. Dass alle in grundlegenden Fragen vergleichbare Leistungen erhalten, halte ich für richtig und auch für gerecht. Auf der anderen Seite sollen alle je nach Einkommen in unterschiedlicher Höhe an deren Finanzierung natürlich beteiligt werden.

(Harry Glawe, CDU: Sozial!)

Starke Schultern können und müssen eben auch mehr leisten.

(Harry Glawe, CDU: Das ist schon passiert.)

Starke Schultern müssen eben auch mehr leisten.

(Harry Glawe, CDU: Herr Backhaus, in welchem Land leben Sie eigentlich?)

Und ich glaube, die Mehrheit in dieser Gesellschaft ist dazu auch bereit.

(Torsten Renz, CDU: Sprechen Sie noch zum Thema, Herr Backhaus?)

Ja, das gehört zum Thema, Herr Renz.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie werden gleich noch mal merken, worum es geht.

(Jörg Heydorn, SPD: Eher nicht, eher nicht! Er kriegt es nicht mit.)

3. Modernes Familienverständnis

Moderne Familien sind nicht mehr dasselbe wie die traditionellen Ehen oder das konservative Leitbild,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

das Sie ja immer wieder predigen. Das werden wir nachher ja gleich hören.

(Harry Glawe, CDU: Ich schicke Ihnen das Rahmenprogramm mal zu, Herr Backhaus. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Familie ist für mich da, wo Kinder sind, Herr Renz.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Familie, ist für mich da, wo Kinder sind. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Genau.)

Familie ist da, wo Kinder sind. Dies können im Übrigen Ehen sein zwischen Mann und Frau,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das haben Sie abgeschrieben.)

Lebensgemeinschaften oder, wie wir einfach zur Kenntnis nehmen müssen, Alleinstehende.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Was machen Sie mit der
älteren Generation? Gehört die nicht zur Familie?)

Die Welt ist vielfältiger geworden, Herr Glawe.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

Nehmen Sie doch einfach mal zur Kenntnis, die Welt ist vielfältiger geworden ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe zu Beginn der Debatte darauf aufmerksam gemacht, dass der Redner hier vorne das Wort hat. Das gilt für alle Redner aller Parteien. Und ich bitte Sie jetzt, sich ein wenig zurückzunehmen, sonst müsste ich die Sitzung unterbrechen.

Dr. Till Backhaus, SPD: Die Welt ist also vielfältiger geworden und wir müssen uns in der Politik darauf einstellen und dem auch Rechnung tragen.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ehrlicher sein!)

Es zählt primär, dass es den Kindern gut geht, und das ist für uns Sozialdemokraten das absolute Primat. Alles andere, meine Damen und Herren, ist zweitrangig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

4. Gleichstellung der Geschlechter

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Nach konservativen Vorstellungen ist die Welt in Ordnung, wenn Frauen möglichst wenig erwerbstätig sind.

(Egbert Liskow, CDU: So ein Schwachsinn!)

Angeblich schränkt das ja den Wunsch auf Kinder und Entwicklung in diesem Bereich ein.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die
Welt hat sich geändert. – Zuruf von
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Das heißt also, die drei K gelten für Sie nach wie vor: Küche, Kirche, Kinder.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das ist Blödsinn, was Sie erzählen.)

Da sind wir uns doch einig.

(Harry Glawe, CDU: Populismus pur!
Populismus pur, Herr Backhaus!)

Mit anderen Worten, die Gleichstellung der Geschlechter soll nach den konservativen Sichtweisen nicht fortge-

setzt werden, sondern wieder rückgängig gemacht werden.

(Harry Glawe, CDU: Der SPD hätte ich doch ein bisschen mehr Sachverstand zugetraut.)

Das müssen wir doch einfach feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Und wenn das denn zurückgedreht ist, dann klappt's ja auch wieder mit den Geburten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Haben
Sie was gegen die Kirche?)

Ich weiß, Frau Fiedler-Wilhelm, Sie können ja nachher Ihren Beitrag hier noch leisten.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Internationale Erfahrungen ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Frau Präsidentin!

Ich weiß ja, dass Sie nervös sind.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Dann legen Sie doch nachher Ihr Konzept vor! Dann können wir uns darüber streiten. Das ist ja wunderbar.

(Egbert Liskow, CDU: Unwissenheit schützt
nicht. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Internationale Erfahrungen, meine Damen und Herren, zeigen uns hier doch, dass dies eben nicht der Fall ist. Mit dem konservativen Leitbild kommen wir überhaupt nicht weiter.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wieso? –
Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Backhaus, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born?

Dr. Till Backhaus, SPD: Ich würde gern meine Rede zu Ende bringen, dann können wir das zum Abschluss machen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gerne.)

Vielmehr zeigen ja tatsächlich die Erfahrungen, dass dieses Leitbild eben nicht dazu führt, Entwicklungen zu einem kinderfreundlichen Land voranzubringen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vielmehr weisen in Europa im Durchschnitt jene Länder die höchsten Geburtenraten auf, in denen die Gleichstellung der Geschlechter am weitesten fortgeschritten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn gucken Sie sich das doch mal in Finnland, in Schweden oder in Dänemark an!

(Heiterkeit bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU –
Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Moderne Kinder- und Familienpolitik setzt eben darauf, dass Frauen wie Männer ihren Kinderwunsch erfüllen können und dennoch beide möglichst erwerbsfähig sind und erwerbstätig sind.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Damit dies möglich ist, müssen zwei Dinge ...

(Harry Glawe, CDU: Unter Ihrer Regierung sind 120.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze weggefallen, Herr Backhaus.)

Ach, Herr Glawe, wer hat denn 1990 dem Land Mecklenburg-Vorpommern das wirtschaftliche Rückgrat gebrochen?

(Harry Glawe, CDU: Wer hat denn versprochen, dass alles besser wird?)

Ja, das waren Sie doch! Das sind Sie doch gewesen.

(Harry Glawe, CDU: Sie schaffen gar nichts! – Heiterkeit bei Rainer Prachtl, CDU – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Damit dieses möglich wird, brauchen wir doch zwei Dinge.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Was sollen die Gäste denn dahinten denken, von dem, was Sie hier veranstalten?

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Sie sind ja noch nicht mal für Argumente offen. Das ist doch eigentlich das Traurige hier an dieser Politik.

(Harry Glawe, CDU: Na dann bringen Sie doch mal welche!)

Hören Sie mir doch wenigstens zu!

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Nee, das kann man nicht!)

Dann können Sie zumindest ableiten, was wir wollen,

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

ob das deckungsfähig ist, und damit auch Lösungen anbieten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wir wollen zwei Möglichkeiten noch einmal herausarbeiten: Erstens muss es um Arbeitsplätze gehen

(Harry Glawe, CDU: Da haben Sie eine ganz miese Bilanz. – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

und zweitens geht es natürlich darum, Kinderbetreuungsmöglichkeiten optimal weiterzuentwickeln.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Die haben Sie ja gut zurückgeschraubt.)

Hierzu gehört für mich auch, dass der Vater und insbesondere die Mutter wie in den anderen Ländern üblich die Erziehungsarbeit mit ihren Kindern umsetzen können und daran beteiligt werden. Ich habe es mir in Ruhe in Schweden zweimal angesehen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Warum machen Sie das hier im Land nicht?)

5. Lebenschancenpolitik

Wenn man von einem Sozialstaat für alle ausgeht – und wir wollen das –, rückt der Begriff der gleichen und der gerechten Lebenschancen in den Mittelpunkt.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Prachtl, CDU)

Es ist die Aufgabe des Staates, nach Möglichkeit für gleiche und gerechte Lebenschancen zu sorgen. Diese Lebenschancenpolitik beginnt, wie könnte es anders sein, in einer Kinder- und Familienpolitik. Insbesondere die PISA-Studie hat doch gezeigt, dass in Deutschland der Bildungserfolg der Kinder häufig nicht von ihren Fähigkeiten, sondern eher tatsächlich von der sozialen Stellung abhängt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Ute Schildt, SPD: Richtig.)

Dieses ist für uns alle – ich hoffe, dass das auch die Meinung des Hohen Hauses ist – nicht akzeptabel.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit Einführung des gemeinsamen längeren Lernens in Mecklenburg-Vorpommern

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Werden Sie das auch nicht ausräumen.)

wollen wir erste Schritte zur Beseitigung dieser Missstände gehen.

(Harry Glawe, CDU: Totaler Rundumschlag hier! – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und, meine Damen und Herren der CDU, auch wenn Sie dieses als die Wiedereinführung der Einheitsschule à la DDR betiteln,

(Harry Glawe, CDU: Hier wird man richtig eingelullt.)

die meisten von Ihnen – Frau Fiedler, Sie wohl auch – haben das gemeinsame längere Lernen zu DDR-Zeiten doch durchlaufen. Dieses jetzt schlechtzureden, das halte ich nicht für richtig.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Man kann ja sehen, was zum Teil auch aus Ihnen geworden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Sozialdemokraten haben ein Leitbild. Was wir außerdem brauchen, ...

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Prachtl, ja, das, was Sie hier gestern vom Stapel gelassen haben, war auch nicht gerade „Lobet den Herrn“.

(Rainer Prachtl, CDU: Ja, ja, das war die Wahrheit, das war die Wahrheit.)

Das war die Wahrheit. Ja, ja, Sie haben es ja immer so leicht mit der Wahrheit. Aber kommen wir doch bitte noch mal zurück auf das Leitbild.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Wir wollen ein Landesprogramm „Zukunft für Kinder“ erarbeiten, in dem vorgenannte Initiativen dann auch für die Kinder- und Familienpolitik gebündelt und um weitere Maßnahmen ergänzt werden. Dieses Landesprogramm

muss in den kommenden Jahren entwickelt und dann weiter umgesetzt werden. Damit haben wir begonnen. Das kann im Übrigen dazu beitragen, die Entwicklung der Geburtenzahlen nach 2010 positiv zu beeinflussen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Vor allem geht es darum, allen Kindern, die geboren werden, gerechte Lebenschancen zu bieten.

(Torsten Renz, CDU: Das ist völlig unwissenschaftlich, was Sie hier von sich geben.)

Wir sind ein kleines Land

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Wollen Sie Einzelgespräche führen oder was?)

und sind auf jeden dabei angewiesen und wollen auch auf niemand verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Jörg Heydorn, SPD: So ist es. –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Stromsperre ist gut.)

Das Landesprogramm sollte dem Grundgedanken der Erziehungspartnerschaft folgen und muss dann die zuvor bestehenden Probleme auch aufzeigen und lösen.

Erstens – und damit komme ich jetzt auch noch mal zu den Lösungsansätzen – Unterstützung für Familien bei der Erziehung.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Gerade weil man an unseren Schulen bisher kaum etwas über Kindererziehung lernt, müssen entsprechende Angebote der Familienbildung weiter verbessert werden.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Dabei wird es nötig sein, auch in diesem Bereich stärker dem Grundsatz des Förderns und Forderns Rechnung zu tragen. Leistungen im Bereich der Kinder- und Familienpolitik sollen in Zukunft stärker das Engagement der Eltern zum Wohle ihrer Kinder berücksichtigen.

(Harry Glawe, CDU: Fordern und Fördern hat bei Hartz IV schon nicht geklappt.)

Das muss doch ein gemeinsamer Ansatz sein.

(Harry Glawe, CDU: Das scheint abgeschrieben zu sein bei Hartz IV.)

Mecklenburg-Vorpommern soll eben nicht nur ein Bildungsland, sondern auch ein Kinderland sein. Am besten ist es allerdings, wenn beide Ziele erreicht werden.

Schon heute hat sich – vielleicht hören Sie da noch mal zu, Frau Fiedler-Wilhelm – die Hochschule Wismar in vorbildlicher Weise auf den Weg gemacht, sich um Kinder von jungen Familien zu kümmern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vorlesungen für Kinder gehören ebenso zum Programm wie das Schaffen familienfreundlicher Studienbedingungen.

(Heiterkeit bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Andere Hochschulen ahmen dieses Projekt im Lande nach. Wir wollen diese ersten positiven Ansätze durch

Maßnahmen von studierenden Müttern und Vätern weiter untersetzen und unterstützen.

Zweitens, Verbesserung der finanziellen Situation von Familien. Ich halte es für sozial ungerecht und bildungspolitisch unlogisch, dass Eltern Kita-Gebühren zahlen müssen und bei diesen zum Teil Entwicklungen stattgefunden haben, während gleichzeitig das viel teurere Studium an den Hochschulen kostenlos ist.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Also sind Sie für Studiengebühren.)

Das kann man in der Zukunft ...

Das habe ich damit nicht gesagt, Frau Fiedler.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ach so! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das kann man doch niemandem mehr so richtig erklären in Deutschland.

(Jörg Heydorn, SPD: Zumindest muss man sich darüber unterhalten.)

Zumindest sollte man es prüfen und wir müssen darüber reden. Es ist daher unser gemeinsames Ziel, dass wir mittel- und langfristig zu einer Abschaffung oder zumindest deutlichen Reduzierung der Elternbeiträge für Kindergarten und Kinderkrippe kommen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Das haben Sie gerade erhöht. Das haben Sie doch gerade erhöht.)

Ein solcher Prozess ist schrittweise möglich. Wir haben die Mittel des Landes erhöht.

(Harry Glawe, CDU: Bis zu 80 Euro zahlen die Eltern für ein Kind pro Monat mehr.)

Die Kommunen haben sich zum Teil aus dieser Verantwortung herausgestohlen, wie wir alle mittlerweile ja zur Kenntnis genommen haben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie glauben doch selber nicht, was Sie da sagen!)

Angesichts der Durchschnittslöhne in unserem Lande sind im Erziehungsfall insbesondere die Elternbeiträge gerade bei mehr Kindern deutlich abzusenken.

(Harry Glawe, CDU: Können Sie noch eine Jahreszahl nennen, Herr Backhaus?)

Auch dies ist ein sozialpolitisches Argument.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Wir müssen daher die Möglichkeit finden, die Elternbeiträge beginnend bei Alleinerziehenden sowie bei Familien mit mehreren Kindern abzusenken – Das wäre doch ein gutes Beispiel. Warum klatschen Sie da denn jetzt nicht? –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Rainer Prachtl, CDU: Das können Sie heute schon. – Harry Glawe, CDU:
Das können Sie heute schon machen. Das wäre nach dem neuen Kita-Gesetz schon möglich.)

ohne, und darum muss es uns gemeinsam gehen, die Kinderbetreuungsinfrastruktur aufzugeben beziehungsweise sie preiszugeben.

(Harry Glawe, CDU: Oh, oh, oh! Wer hat ihm denn die Rede aufgeschrieben?)

Erst vor wenigen Monaten zeigte die Studie der OECD, dass Ostdeutschland im Zusammenhang mit Krippe, Kita und Hort in der Weltliga spielt.

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt doch gar nicht.)

Auch das wollen Sie wieder nicht zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Und was glauben Sie denn, wer in Deutschland 2002 tatsächlich die optimalsten Bedingungen im Kita-Bereich gehabt hat?

(Jörg Heydorn, SPD: Mecklenburg-Vorpommern.)

Ja, das ist Mecklenburg-Vorpommern gewesen. Das ist doch eine Leistung dieses Landes, so etwas vorzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Drittens ...

Ja, Herr Glawe, haben Sie diese Studie nicht zur Kenntnis genommen?

(Harry Glawe, CDU: Ja, machen Sie mal! Erzählen Sie mal noch ein bisschen weiter!)

Drittens, die Gesundheit der Kinder verbessern. Wir müssen aus unserer Sicht umsteuern – weg von der reinen Geldleistung hin zu Angeboten der öffentlichen Hand.

(Harry Glawe, CDU: Was heißt denn das nun konkret? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Lassen Sie uns doch zum Beispiel auf weitere Erhöhungen des Kindergeldes verzichten. Lassen Sie uns darüber reden, dass wir darauf verzichten,

(Heiterkeit bei Rainer Pracht, CDU)

und lassen Sie uns stattdessen tatsächlich ein kostenloses Mittagessen in den Grundschulen und in den Kindergärten absichern. Das wäre doch ein Beitrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, das stimmt.)

Haben Sie wieder nicht zugehört? Herr Glawe geht schon wieder dagegen an und Frau Fiedler begrüßt das.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja.)

Da kann man doch mal sehen, wie zerstritten Sie eigentlich sind.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU – Heiterkeit bei Andreas Petters, CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ach Quatsch! Erzählen Sie doch nicht so einen Blödsinn! – Harry Glawe, CDU: Bei Kindergeldleistungen müssen Sie den Bund auch fragen, weil Bund und Land das finanzieren. – Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Oder, Frau Fiedler-Wilhelm, wie wäre es denn zum Beispiel mit der Umwandlung des Sportunterrichtes in ein Fach „Sport und Gesundheitslehre“? Das wäre doch vielleicht ein interessanter und guter Ansatz?

(Harry Glawe, CDU: Das wäre gut, Herr Backhaus. – Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Wäre es nicht sinnvoll, wenn unsere Kinder in Mecklenburg-Vorpommern und die Jugendlichen von klein auf an

gesund leben und dahin gehend entwickelt werden und dieses in der Schule ein Beitrag wäre?

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Wäre das nicht ein sinnvoller Beitrag?

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Waren Sie schon mal in der Schule? Waren Sie schon mal in einer Schule? Offensichtlich nicht.)

Wer in Mecklenburg-Vorpommern will, dass wir zum Gesundheitsland Nummer eins werden, muss damit auch und insbesondere bei den Kleinsten beginnen.

(Beifall Mathias Brodkorb, SPD, und Ute Schildt, SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann doch Ihre Aufregung verstehen. Sie können ja nachher Ihre familienpolitischen Ideen und vor allen Dingen die Konzepte, von denen Sie immerzu reden, hier vorstellen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr großzügig!)

Ich bin gespannt, was ich da aufnehmen darf.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist aber großzügig. Vielen Dank!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die von uns vorgetragenen Vorschläge sind in Kürze natürlich so nicht umzusetzen und vor allen Dingen kosten sie auch Geld.

(Harry Glawe, CDU: Wir schicken Ihnen das Parteiprogramm zu. Da können Sie nachlesen und abschreiben.)

Eines ist klar: Mecklenburg-Vorpommern kann dieses sicher nicht alleine finanzieren.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Deshalb schlagen wir eine Reform unter anderem auch im Bereich des Ehegattensplittings vor, dieses zumindest zu prüfen.

(Rudolf Borchert, SPD: Da wäre ich vorsichtig. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Wir schlagen vor, dieses zu prüfen und das Thema sehr schnell anzugehen, denn wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele Kinder nicht mehr in der traditionellen Ehe aufwachsen, denn die Ehe als solche und damit das Ehegattensplitting hat sich doch überlebt. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir schlagen daher vor, künftig den Splittingvorteil auf den doppelten Wert des Grundfreibetrages zu begrenzen. Nach Untersuchungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsförderung hätte das Mehreinnahmen von insgesamt immerhin 7,5 Milliarden Euro zur Folge. Dies in sinnvoller Weise für Kinder und Jugendliche einzusetzen wäre doch ein sehr wertvoller Beitrag zur weiteren Entwicklung, kinderfreundlichstes Land Deutschlands zu werden.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Dieses Geld sollte dann natürlich in Maßnahmen der Kinder- und Familienpolitik eingesetzt und damit zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren, ich habe von vornherein gewusst, dass das ein Thema wird, wo die CDU sehr nervös sein wird,

(Harry Glawe, CDU, und
Rainer Prachtl, CDU: Oh!)

weil deutlich werden wird, dass Sie kein familien- und kinderpolitisches Programm haben.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das haben Sie auch nicht.)

Hier sind nur Themen angesprochen worden.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie
nehmen nichts zur Kenntnis, Herr Backhaus.)

Und das gilt auch für die letzte Landtagssitzung, Herr Renz, Sie haben das ja hier angesprochen. Wenn Sie sich überlegen, wir haben mittlerweile Wettbewerbe auch in diesem Lande,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

wenn ich allein das kinderfreundlichste Dorf betrachte, Muchow, vielleicht sind Sie mal da gewesen oder fahren dorthin, dazu hat es Studien gegeben, oder wenn ich mir die Wettbewerbe, die auch in anderen Bereichen ablaufen,

(Torsten Renz, CDU: Beispiele!)

ich nehme nur „Unser Dorf hat Zukunft“, „Unser Dorf soll schöner werden“, dann sind das Beispiele, wo das Engagement vieler, vieler Menschen in diesem Lande tatsächlich umgesetzt wird.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich glaube, dass dieses familienpolitische Konzept, das ich umrissen habe, klare Themen aufgreift

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

und damit auch solide dargestellt ist.

(Torsten Renz, CDU: Stimmen Sie jetzt
zu oder nicht? – Harry Glawe, CDU:
Modellprojekte helfen nicht.)

Und jetzt bin ich bereit, auf Fragen zu antworten.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Born, bitte stellen Sie jetzt Ihre Frage.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Landwirtschaftsminister Dr. Backhaus,

(Torsten Renz, CDU: Familienminister.)

da ich ja versuche, Ihr Familienbild, was Sie uns darstellen wollten, nachzuvollziehen, bitte ich, mir doch mal zu beantworten, was Sie damit meinen, wenn Sie versuchen, ein Leitbild der CDU damit zu charakterisieren, dass Sie sagen „Kinder, Küche, Kirche“. Dass Sie sich als Mann in der Küche mindestens so fleißig betätigen wie die Frauen, setze ich voraus. Dass Sie sich zu Kindern bekennen, das haben Sie gesagt. Deshalb meine Frage: Was bezwecken Sie in diesem Zusammenhang, wenn Sie „Kirche“ sagen?

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Würden Sie mir zustimmen, dass gerade die Kirchen einen ganz wertvollen Beitrag in unserer Gesellschaft leisten,

(Beate Schlupp, CDU: Eben.)

dass Familien und Kinder ein lebens- und liebenswertes Umfeld haben?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Dr. Till Backhaus, SPD: Wissen Sie, den Beitrag in Richtung Kirche, den haben Sie genannt, ich habe es so nicht gesagt.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Die „drei K“ haben Sie gesagt.)

Da hätten Sie mir zuhören müssen. Die drei K, das haben Sie so ausgelegt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Mathias Brodtkorb, SPD)

Das haben Sie für sich mal wieder typischerweise ausgelegt, weil es einfach Ihr konservatives Leitbild ist.

(Torsten Koplin, PDS: K steht für Kindergarten. –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und ich bin froh, dass sich meine Landeskirche, die Evangelische Kirche, unter anderem aktiv am Jugendtag, der gerade läuft, beteiligt.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Da kann ich nur sagen, ich bin sehr dankbar für das kirchliche Engagement. Aber das konservative Leitbild von Familie, dass die Frau im Wesentlichen für die Kinder zu sorgen hat, das zieht sich wie ein schwarzer Faden durch die Politik der CDU. Das muss man doch einfach zur Kenntnis nehmen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von
Beate Mahr, SPD, Angelika Peters, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

und dass sich im skandinavischen Modell völlig neue Entwicklungen zeigen, die wir gemeinsam in diesem Lande, in dieser Koalition umsetzen wollen.

(Torsten Renz, CDU: O Gott, o Gott!)

Ich habe hier nicht als Landwirtschaftsminister gesprochen, sehr verehrter Herr Born,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Herr Backhaus,
dass es das skandinavische Modell nicht gibt,
das haben Sie auch noch nicht begriffen.)

sondern ich habe als Sozialdemokrat gesprochen und ich bin froh, dass wir dieses Leitbild entwickelt haben.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Ich hatte ja zunächst die Vermutung, Sie haben unseren Leitantrag abgeschrieben.

(Beate Schlupp, CDU: Ha, ha, ha!)

Dann habe ich mir in Ruhe die Studie noch mal angesehen und mir ist bewusst geworden, dass Sie sich tatsächlich sehr ernsthaft mit einem familienpolitischen Leitbild für die CDU in Mecklenburg-Vorpommern auseinander setzen wollen. Aber konzeptionelle Ansätze habe ich aus dem, was aus diesem Antrag, aus dieser einen Seite hervorgeht, nicht erkennen können.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Sie erkennen nie was!)

Es tut mir Leid! Und mal eben hopplahopp einen Wettbewerb zu machen oder einen Pass auszustellen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wir haben doch Wettbewerbe. Das haben Sie doch vorhin erzählt. – Rainer Prachtl, CDU:
Sie machen genug hopplahopp!)

so etwas haben wir mittlerweile alles in unserem schönen Bundesland. Wir müssen einfach erkennen, das Familienleitbild hat sich verändert. Ich sage, der Ansatz der Sozialdemokraten besteht darin, da, wo Kinder sind, das ist für mich Familie.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das ist unsere Idee! – Ilka Lochner-Borst, CDU:
Das ist bei der CDU geklaut.)

Genau da ist Familie, wo Kinder sind. Ich habe damit reichlich Erfahrung. Da, wo Kinder sind, da ist für mich Familie. Und den Kindern soll es gut gehen. Das ist unser Leitbild.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Dr. Born?

Dr. Till Backhaus, SPD: Gerne.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister Dr. Backhaus, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie eben nicht als Minister hier gesprochen haben, sondern als Parteipolitiker? Dann höre ich mir das gerne noch einmal an.

Dr. Till Backhaus, SPD: Sehr gerne, Herr Born.

(Karin Schmidt, PDS: Als Abgeordneter.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Entschuldigung, die Präsidentin hatte Herrn Minister Dr. Backhaus das Wort erteilt. Ich frage jetzt, ob er hier als Minister gesprochen hat oder ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Born, Sie haben hier nicht das Recht, erläuternd und erklärend zu wirken. Sie haben lediglich das Recht, eine Frage klar und präzise zu formulieren. Im Übrigen ist das Wort dem Abgeordneten Herrn Dr. Backhaus erteilt worden.

(Angelika Peters, SPD: Genau. Da hat Dr. Born wieder nicht zugehört. –
Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Dr. Till Backhaus, SPD: Ich möchte ausdrücklich noch einmal betonen, wenn ich es richtig verstanden habe, Frau Präsidentin, haben Sie mir als Abgeordneten des Landtages das Wort erteilt.

Sehr geehrter Herr Born, ich sitze hier als Abgeordneter des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Und das, was Sie an parteipolitischen Bewegungen dazu treibt, das so darzustellen, ist Ihr Problem, nicht meins. Ich sitze hier als Interessenvertreter des Landes Mecklenburg-Vorpommern und habe dafür zu sorgen, dass es dem Land und den Kindern gut geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Dr. Backhaus, gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Ankermann von der CDU-Fraktion?

Dr. Till Backhaus, SPD: Sehr gerne.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte formulieren Sie Ihre Frage.

Michael Ankermann, CDU: Herr Kollege Dr. Backhaus, Sie haben eben erklärt, dass Sie und die SPD-Fraktion dafür stehen, Familien insbesondere finanziell zu entlasten. Ich frage Sie daher, können Sie mir sagen, um Butter bei die Fische zu tun, wie hoch die Entlastung der Familien seit Einführung des KiföG gewesen ist?

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU –
Jörg Heydorn, SPD: Unterschiedlich.)

Dr. Till Backhaus, SPD: Wissen Sie, Herr Ankermann, das müssten wir wirklich noch einmal auseinander nehmen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Man hat noch gar nichts gesagt und die Schwarzen fangen an zu lachen.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Jörg Heydorn, SPD: So sind sie!)

So einfach ist das.

(Jörg Heydorn, SPD: So leicht kann man manche Leute erheitern.)

Und für mich ist das ein Zeichen dafür, dass man sich mit Argumenten nicht auseinander setzen kann. Sie sind nicht offen für Argumente.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Das Land Mecklenburg-Vorpommern, ich will das ausdrücklich noch einmal betonen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Ja, betonen Sie mal!)

wenn ich mir die Zahlen anschau, die das Land Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Bundesländern bereitstellt, dann sind wir im Vergleich ...

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Es ging um Entlastung, Herr Backhaus!)

Ich komme gleich darauf, aber nur, damit Sie die Zahlen einmal verinnerlichen. Vielleicht ist das ja zumindest möglich,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, genau.)

dass man sich Zahlen merkt auf Ihrer Seite.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wenn wir uns mit Schleswig-Holstein vergleichen, nehmen wir mal den Kita-Bereich oder den Grundschulbereich, dann gibt das Land Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu Schleswig-Holstein – da ist ja jetzt Ihr Parteifreund in Verantwortung – pro Einwohner 220 Millionen Euro mehr aus.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und dann wird immer wieder gesagt, wir würden an Bildung und an Kindern sparen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Ich sage es einmal sehr deutlich: Mecklenburg-Vorpommern gibt mehr Geld aus für Kinder als viele andere Bundesländer, insbesondere CDU-geführte Länder.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Gabriele Měšt'an, PDS)

Jetzt komme ich zu dem Beispiel KiföG. Das, was mir an Zahlen vorliegt, macht deutlich, dass sich sehr wohl Gemeinden und Kommunen aus der Verantwortung im KiföG gestohlen haben. Das müssen wir einfach einmal zur Kenntnis nehmen!

(Egbert Liskow, CDU: Nennen Sie doch mal Beispiele, Herr Backhaus! Nennen Sie doch mal Beispiele! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Oh, oh! Das sollten Sie nicht tun, Herr Backhaus!)

Ich nenne einmal zwei Beispiele. Wir gehen jetzt mal nach Riems.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Von den 10.000 Euro, die sie noch übrig haben, sollen sie eine Kita finanzieren. Gehen Sie doch mal rein in die Orte! Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden! 10.000 Euro im Jahr! Davon sollen sie einen Kindergarten finanzieren?! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ach, Frau Fiedler-Wilhelm, ich kann das erstens nicht verstehen, was Sie da hinten herumkrakeelen, und zweitens ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, bitte beantworten Sie die Frage.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie sollten sagen, dass sie die Schlüsselzuweisungen gekürzt haben.)

Dr. Till Backhaus, SPD: Ich nenne jetzt einmal zwei Beispiele. Wir nehmen einmal Riems,

(Torsten Renz, CDU: Das müssen Sie dazusagen!)

da liegt der Kita-Beitrag bei 255 Euro.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nehmen wir eine andere Gemeinde, die Zahlen und auch die Gemeinde kann ich Ihnen nachher nennen, da liegt der Kita-Beitrag bei 150 Euro.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist aber schon ganz schön hart. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir haben als Land Mecklenburg-Vorpommern mehr Geld, denn 87 Millionen geben wir immerhin für Kitas aus. Das sind 10 Millionen mehr im Vergleich zum alten KiföG. Jetzt müssen Sie mir einmal erklären, wie das angehen kann, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern daran die Verantwortung tragen soll,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt stellt er eine Frage.)

dass die Kita-Gebühren gestiegen sein sollen.

(Egbert Liskow, CDU: Weil sie mehr Leistungen eingebracht haben.)

Das liegt daran, dass sie zum Teil die Gemeinden, die Kommunen aus dieser Verantwortung herausgenommen haben.

(Jörg Heydorn, SPD: Das, was wir an Mehrleistungen erbracht haben, das haben wir auch bezahlt. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich akzeptiere das so nicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gestatten Sie noch eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Ankermann?

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Ankermann, CDU: Herr Abgeordneter Dr. Backhaus, wenn Sie meinen, dass zum Großteil die Gemeinden und die Städte hier die Schuldigen sind, die veranlassen, dass Eltern, die ihre Kinder in Tageseinrichtungen haben, stärker zur Kasse gebeten werden, beabsichtigen Sie in Zukunft beispielsweise durch ein Gesetz etwas dagegen zu unternehmen, um dann Ihrem Ziel, die Familien mit Kindern stärker finanziell zu entlasten, näher zu kommen?

(Ministerin Sigrid Keler: Das ist die kommunale Selbstverantwortung.)

Dr. Till Backhaus, SPD: Leider haben Sie mir wieder nicht zugehört.

(Heiterkeit bei Karin Schmidt, PDS)

Das kann ich auch verstehen. Sie haben es wahrscheinlich versucht, aber durch die Unruhe Ihrer eigenen Fraktion ist es Ihnen nicht gelungen.

(Heiterkeit bei Mathias Brodkorb, SPD)

Ich habe ja angedeutet, dass wir bereit sind, über das Ehegattensplitting zu reden.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Damit würden insgesamt 7,5 Milliarden Euro in Deutschland zur Verfügung stehen. Und wir wollen damit – und das wäre im Übrigen in Mecklenburg-Vorpommern ein Anteil von 150 Millionen – tatsächlich 150 Millionen in kinder- und familienfreundliche Aktivitäten hineingeben. Das halte ich für einen lobenswerten Ansatz, den Sie ja einmal prüfen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Glawe von der CDU-Fraktion?

Dr. Till Backhaus, SPD: Wenn mir denn alle noch zuhören mögen?

(Udo Timm, CDU: Das ist so schön!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: War das jetzt ein Ja?

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja bitte.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte, Herr Abgeordneter, stellen Sie Ihre Frage.

Harry Glawe, CDU: Herr Abgeordneter Backhaus, ist Ihnen bekannt, dass das Land beim Kita-Gesetz einen Landesfestbetrag eingeführt hat?

(Zurufe von Jörg Heydorn, SPD,
und Torsten Koplin, PDS)

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja. Die Dynamisierung meinen Sie?

Harry Glawe, CDU: Einen Festbetrag des Landes.

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja, natürlich ist mir das bekannt, plus die Dynamisierung.

(Jörg Heydorn, SPD: Ja, ja, ja, ja! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Harry Glawe, CDU: Können Sie bestätigen, dass am Ende die Kommunen und die Eltern die Mehrkosten tragen müssen?

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Dr. Till Backhaus, SPD: Wir sind uns doch einig, das ist mehrjährig. Ich glaube, Herr Glawe, das, was Sie hier veranstalten und Ihre Versuche, den Eindruck zu erwecken,

(Torsten Koplin, PDS: Er versteht das Gesetz nicht. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

dass das Land Mecklenburg-Vorpommern sich aus der Verantwortung stiehlt, das stimmt einfach so nicht. Erstens haben wir gesagt, wir sind bereit, mehr Geld zur Verfügung zu stellen – ich habe Ihnen die Zahl genannt, 87 Millionen, das sind 10 Millionen mehr als im alten Kita-Gesetz –, und zum Zweiten haben wir die Dynamisierung festgeschrieben. Deswegen lautet die Frage: Wie können wir die Beiträge stabil halten? Mir sind die haushaltspolitischen Zwänge der Gemeinden und der Kommunen nicht entgangen.

(Der Abgeordnete Jörg Heydorn
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich habe einen Wahlkreis, der auch an dieser Frage sehr interessiert ist.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU –
Michael Ankermann, CDU: Warum
machen Sie denn das nicht selbst?)

Aber ich nehme natürlich auch zur Kenntnis, dass diejenigen, die kinderfreundliche Aktivitäten auslösen, ihrer Verantwortung für Kinder und Familien gerecht werden. Das nehme ich zur Kenntnis. Und dass da auch nach Lösungen gesucht wird, wie man Kita-Beiträge möglichst stabil hält, das, finde ich, ist ein bemerkenswerter Beitrag.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Heydorn, der
Herr Backhaus lässt jetzt keine Frage mehr zu.)

Dazu, dass wir hier völlig diametral auseinander laufende Kita-Beiträge haben, kann ich Ihnen einmal unser Info-Blatt empfehlen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Da bekommen Sie konkrete Beispiele, an denen Sie erkennen können, wie sich die Situation tatsächlich im Lande Mecklenburg-Vorpommern darstellt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es kann immer nur
einer eine Frage stellen, Herr Brodtkorb!)

Das heißt, Mecklenburg-Vorpommern stiehlt sich nicht aus der Verantwortung, sondern wir sind bereit, auch nach alternativen Lösungen zu suchen. Ich habe eben das Ehegattensplitting angedeutet, das wäre doch eine interessante Finanzierungsalternative. Machen Sie bei diesem Thema mit!

(Beifall Ute Schildt, SPD –

Dr. Margret Seemann, SPD: Ja, das können wir
ja mal prüfen. – Zuruf von Karin Schmidt, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Backhaus, gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Glawe?

Dr. Till Backhaus, SPD: Gerne.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Harry Glawe, CDU: Herr Minister oder Herr Abgeordneter, ist Ihnen bekannt, dass mindestens 25.000 Familien mehr Kita-Beiträge bezahlen müssen als unter Regelkostenbedingungen des Landes?

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Dr. Till Backhaus, SPD: Ich kann nicht genau sagen, ob es 25.000 sind. Ich habe selber zur Kenntnis nehmen müssen, dass zum Teil die Kita-Beiträge erheblich gestiegen sind. Das liegt aber nicht in der Verantwortung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Rudolf Borchert, SPD: Die
sind zum Teil auch gesunken. –
Beate Schlupp, CDU: Oh nein!)

Ja, das ist ein wichtiges Stichwort. Haben Sie auch zur Kenntnis genommen, Herr Glawe, davon gehe ich aus, dass sie zum Teil auch gesunken sind?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Backhaus, Sie haben die Frage zu beantworten und nicht neue Fragen zu stellen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Karin Schmidt, PDS)

Dr. Till Backhaus, SPD: Sie sind auch gesunken, das wollte ich damit feststellen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber auch
die Regelkosten sind jährlich gestiegen.)

Harry Glawe, CDU: Herr Minister, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Glawe, möchten Sie eine weitere Frage stellen?

Harry Glawe, CDU: Wenn ich darf, Frau Präsidentin?

Dr. Till Backhaus, SPD: Sie dürfen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Harry Glawe, CDU: Herr Abgeordneter Backhaus, Sie sprachen ja vor allem davon, dass Sie das Ehegattensplitting von 130 Millionen Euro für das Land auf die Eltern verteilen wollen. Das heißt, Sie wollen beim Kindergeld keine Erhöhung erreichen, sondern Sie möchten dieses Geld für Maßnahmen verwenden, die Sie mit dem Bund abstimmen müssen. Ist das richtig?

Dr. Till Backhaus, SPD: Wissen Sie, Sie haben mir nicht zugehört. Wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie es. Ich gebe Ihnen die Rede nachher, dann lesen Sie es bitte noch einmal in Ruhe nach.

(Gabriele Měšt'an, PDS: Ja, das ist das Beste. –
Zuruf von Karin Schmidt, PDS)

Ich habe angedeutet, dass es doch überlegenswert ist, darüber nachzudenken, anstatt die Kindergelderhöhung vorzunehmen, diese Erhöhungsbeträge in ein sinnvolles

Konzept zu stecken, zum Beispiel für die öffentliche Fürsorge für Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Rudolf Borchert, SPD: Richtig. Sehr gut.)

Dabei könnten zum Beispiel das warme Mittagessen in Grundschulen und in Kindergärten beziehungsweise eine Absenkung der Beiträge herauskommen oder im Rahmen eines familienpolitischen Leitbildes Erziehungslösungen zusätzlich angeboten werden.

Harry Glawe, CDU: Sind Sie sicher, dass Sie das noch mit Kanzler Schröder umsetzen können?

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Glawe, ich habe jetzt von Ihnen keine Ankündigung einer weiteren Frage gehört.

(Heinz Müller, SPD: Die Frage
war auch nicht sehr gut.)

Die Art und Weise, wie hier agiert wird, widerspricht der Geschäftsordnung. Ich entziehe Ihnen das Wort.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Torsten Koplin, PDS: Ja.)

Dr. Till Backhaus, SPD: Ich bin mir auf jeden Fall sicher, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Backhaus, ich habe dem Abgeordneten das Wort entzogen.

Dr. Till Backhaus, SPD: Jawohl.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine weitere Frage des Abgeordneten Heydorn.

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja bitte.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Dr. Backhaus, ist Ihnen bekannt, dass für die Kindertagesstättenförderung auf der Grundlage des SGB VIII die örtlichen Jugendhilfeträger zuständig sind, dass die Verhandlungen über die Kita-Preise auf der kommunalen Ebene geführt werden und dass der Gesetzgeber im Gesetz die Möglichkeit eingeräumt hat, dass die kommunale Ebene genauso wie das Land die Möglichkeit gehabt hätte, die Eltern zusätzlich von Beiträgen zu entlasten? Sind Ihnen diese Sachverhalte bekannt?

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Na selbstverständlich! Aber selbstverständlich!)

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja, ich erinnere mich sehr genau daran, dass ich bei mehreren Veranstaltungen zu diesem Thema war. Ich bin unter anderem mit Herrn Borchert in einem diakonischen Kindergarten in Ludwigslust gewesen – also in einer kirchlichen Einrichtung, die ich im Übrigen außerordentlich schätze, auch in Neustadt-Glewe gibt es so eine Einrichtung – und dort sind wir genau dieses Thema durchgegangen. Es ist eben so, dass die örtliche Verantwortung hier eine ganz erhebliche Rolle spielt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber erst
den Gemeinden das Geld wegnehmen.)

Natürlich sind mir die gesetzgeberischen Aktivitäten bestens bekannt. Ich habe es durchschaut, Herr Glawe, aber Sie durchschaue ich nicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Beifall Dr. Ulrich Born, CDU –
Heinz Müller, SPD: Das ist auch sehr schwierig.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Backhaus.

Es gibt eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Brodkorb von der SPD-Fraktion. Möchten Sie die Frage beantworten?

Dr. Till Backhaus, SPD: Ja, von mir aus gerne.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Mathias Brodkorb, SPD: Herr Dr. Backhaus, im Anschluss an die Frage von Herrn Heydorn, ist Ihnen bekannt, dass es in der Gemeinde Demen – Bürgermeister dieser Gemeinde Demen ist der Landtagsabgeordnete Thomas Schwarz –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach,
das ist ja was ganz Neues!)

nicht zu einer Erhöhung der Kita-Beiträge kam,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Es gibt
eine Gemeinde, wo das nicht so ist. –
Peter Ritter, PDS: Es gibt mehrere! –
Zurufe von Gabriele Mészán, PDS,
und Karin Schmidt, PDS)

weil die Kommune diese Verantwortung für die Kinder- und Familienpolitik wahrgenommen und die etwaigen Steigerungen übernommen hat? Und würden Sie mir zustimmen, dass es vielleicht auch einen sachlichen Zusammenhang gibt zwischen der Tatsache, dass dort ein Sozialdemokrat regiert und die Elternbeiträge stabil sind?

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Och nee! – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Dr. Till Backhaus, SPD: Also ich bin tatsächlich schon in dieser Kindereinrichtung gewesen.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Herr Prachtl, ich weiß nicht, ob Sie schon einmal in der Einrichtung waren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da können Sie doch
den Gemeindepfarrer fragen. – Zurufe von
Harry Glawe, CDU, und Rainer Prachtl, CDU)

Sehen Sie, in Kindereinrichtungen sind Sie lange nicht gewesen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich habe zufälligerweise diese Kindereinrichtung in Demen besucht

(Harry Glawe, CDU: Alter
Militärstandort, Herr Backhaus.)

und habe mich tatsächlich von dem Engagement der Erzieherinnen überzeugen können.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
Ilka Lochner-Borst, CDU, und
Rainer Prachtl, CDU)

Ich finde es ausgezeichnet, dass der „Oberbürgermeister“ Herr Schwarz in Demen das hat so regeln können. Das finde ich hervorragend.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Beifall Jörg Heydorn, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Machen Sie das doch einmal nach, Frau Fiedler! Machen Sie das mal nach!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, ...

Dr. Till Backhaus, SPD: Machen Sie das mal alle nach,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Jaja! – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

wie Herr Schwarz seine Gemeinde auf ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung und berufe den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 10.34 Uhr

Wiederbeginn: 10.51 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich möchte Sie zu Beginn kurz darüber informieren, was ich im Ältestenrat angesprochen habe. Ich möchte darum bitten, und das gilt nicht nur für die jetzige Debatte, sondern auch für zukünftige Tagesordnungspunkte und für zukünftige Sitzungen, dass die Abgeordneten aller Fraktionen auf die Einhaltung der Geschäftsordnung achten mögen, dass wir uns bemühen, die Argumente hier in sachlicher und konstruktiver Art und Weise auszutragen, dass wir die jeweiligen Redner, die hier vorne das Wort erhalten, ihren Wortbeitrag auch vortragen lassen und dass die Redner, die ja von den Fraktionen bestimmt sind, um hier vorne zu sprechen, die Gelegenheit nutzen sollten, um ihre Sicht auf die Dinge vorzutragen. Ich bitte nachdrücklich darum, dass wir uns alle darum bemühen sollten, weniger polemisch und an der Sache orientiert hier miteinander die Debatte zu führen.

Ich rufe jetzt auf die Abgeordnete Frau Schmidt von der Fraktion der PDS.

Karin Schmidt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So ganz kann ich die Aufgeregtheit von Seiten der CDU-Fraktion nicht verstehen. Wenn ich den Antrag, den Sie gestellt haben, richtig lese, lautet der Eingangssatz: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in einem Familienprogramm“ und so weiter Positionen zu beziehen. Wenn Sie diese, Ihre Aufforderung bezüglich der Landesregierung ernst meinen, dann sollte man vielleicht davon ausgehen, dass hier, egal ob Abgeordneter oder Minister, dargestellt worden ist, was diesbezüglich Anhaltspunkte für ein Familienprogramm sein könnten. Die familienpolitischen Leitlinien der PDS sind in einer Sitzung im April dargestellt worden, welche wir seit 2002 haben. Ich möchte sie heute allerdings nicht zum Gegenstand der Ausführungen machen, sondern mich explizit

auf diesen vorliegenden Antrag beziehen, den wir hier – und das möchte ich an dieser Stelle vorweg sagen – ablehnen werden. Ablehnen werden wir ihn aus dem Grunde, weil Sie, Herr Renz, in der letzten Sitzung angekündigt haben, dass Sie nun immer wieder dieses Thema in Anträgen ansprechen werden.

Wenn ich mir diesen Antrag dann genau anschau, passiert das, was ich vermutet habe, dass es eine Androhung dahin gehend war, das Thema zu thematisieren, ohne selber inhaltlich dabei aktiv zu werden. Nun spreche ich leider vor Ihnen und kann Ihre Ausführungen hier noch nicht einschätzen, was Sie als Familienprogramm anbieten werden, was Sie vorhin als Zwischenruf bemerkten.

(Heike Polzin, SPD: Das ist aber Gegenstand der Einbringung. Das hätte er ja vorher tun können.)

Eigentlich hätte ich auch erwartet, dass es Gegenstand der Einbringung sein wird. Nichtsdestotrotz betrachten wir das Thema als genauso wichtig und hochgradig für das Land und für die Bundesrepublik insgesamt als sehr wichtig.

Ich möchte die Beschreibung der Situation eingangs mit einem Zitat beginnen, welches ich einer Ausführung von Professor Dr. Paul Nolte, Professor an der Universität Bremen, der im Zusammenhang mit einer Veranstaltung des NDR am 10. Januar, „Gedanken zur Zeit“, Ausführungen zur Familienpolitik der Bundesrepublik Deutschland machte, entnehme. Die Notwendigkeit, dieses Thema zu bearbeiten, erklärt sich auch aus den nachfolgenden Ausführungen, die ich hier zitiere: „Irgendetwas ist“ in Deutschland „schiefgelaufen. Aber wo steuern wir hin? Es scheint, als sei der Klassenkampf der älteren, der klassischen Industriegesellschaft – der Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen Reich und Arm – von neuen tiefen Konfliktlinien abgelöst worden, die vielleicht das 21. Jahrhundert prägen werden wie der Klassenkampf die Zeit davor. Statt Klassen stehen sich dann Alterskohorten und Generationen gegenüber.“ Die Jungen kämpfen gegen die Alten, die sie für faul halten und deren Rente sie bezahlen. „Und ein mindestens ebenso tiefer Graben tut sich in diesem Szenario zwischen Gleichaltrigen auf: nämlich zwischen Eltern und Kinderlosen, deren Lebensformen und Alltagsprobleme sich immer weiter voneinander entfernt haben und die beide überzeugt sind, das Leben der jeweils anderen Gruppe zu finanzieren und zu subventionieren“, sei es durch höhere Steuersätze, sei es durch die Sicherung der Rentenzukunft. „Steuern wir unvermeidlich auf ein solches Szenario des Konfliktes, des nackten Interessenkampfes nicht der ökonomischen Klassen, sondern der unterschiedlichen privaten Lebenslagen zu? Auf unvermutete Weise ist jedenfalls das Private wieder politisch geworden. ... Die kollektiven, die Gemeinschaft betreffenden Folgen privater Entscheidungen, lange Zeit übersehen“, nicht erst seit acht Jahren, „... treten jetzt in den Vordergrund. Verabschiedet sich die ältere Generation zu früh in einen wohlgenährten Ruhestand, der für die heute Jüngeren unerreichbar bleiben wird? Und müssten Kinderlose nicht einen größeren Beitrag in der Gesellschaft leisten ...? Offenbar sind wir mit einem tiefen und grundsätzlichen Dilemma konfrontiert: Einerseits soll die individuelle Freiheit der Lebensführung, der Entscheidung für ein bestimmtes Lebensmodell unantastbar sein ... Andererseits können wir in reiner Individualität, ohne Solidarität, als Vielheit von Singles, nicht leben, und schon gar nicht dauerhaft, nachhaltig leben ohne Kinder und Familie, und vom

Staat wird erwartet, dass er hier regulierend ... eingreift. Wer hat recht, und wie lassen sich Vielfalt und Solidarität ... in Zukunft noch vereinbaren?"

Und an dieser Stelle kommt dann Ihr Antrag, der genau verlangt, dass wir diese Fragen klären sollen, wobei hier implizit von Familie gesprochen wird. Wir haben in einer der letzten Sitzungen auseinander genommen, dass das Familienbild schon ein sehr unterschiedliches ist und sich nicht nur auf Eltern mit Kindern reduzieren lässt, sondern dass es schon ganz unterschiedliche Lebensformen gibt. Die Ursache für diese Situation, wie sie hier beschrieben ist, gilt es unserer Meinung nach genauer zu untersuchen. Es kann ja nicht sein, und ein bisschen mutet Ihr Antrag schon so an, dass das Hauptziel nun darin besteht, mit all diesen Maßnahmen Kinder zu bekommen

(Torsten Renz, CDU: Eben nicht. Nein.)

und demzufolge vielleicht Lebensgemeinschaften, die eine andere Entscheidung, eine bewusst andere Entscheidung treffen, ohne Kinder dementsprechend hier nicht beachtet werden sollen. Das darf unserer Meinung nach in einer staatlichen Familienpolitik auch nicht der Fall sein.

(Torsten Renz, CDU: Ich werde Ihnen nachher den CDU-Antrag vorstellen.)

In einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, jetzt erst erschienen, gibt es auf wissenschaftlicher Basis – und von der haben hier schon viele geredet – sehr interessante Ursachenforschungen, woran es nun eigentlich liegt, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland diese demographische Entwicklung haben, die ja nicht, und der Vorwurf stand vorhin auch wieder im Raum, erst seit 1998 ein solches Problem geworden ist, sondern die demographische Entwicklung hat nun schon mindestens 30 Jahre lang Ursachen. Vorher haben auch andere Regierungen mitgewirkt, die demzufolge falsche Familienpolitik betrieben haben. Ich denke, es hilft uns nicht weiter, uns dieses hier laufend gegenseitig vorzuhalten, sondern daraus entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um für die Zukunft – und es wird auch wieder mindestens 30 Jahre dauern – Veränderungen bewirken zu können.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Was sind nun laut der Studie Ursachen, die man benennen muss, mit denen man sich auseinander setzen muss, um Familienpolitik betreiben zu können? Zum einen wird festgestellt, dass in Deutschland – im Unterschied zu anderen Ländern – die so genannten Mehrkinderfamilien fehlen. Das heißt, auch in anderen Ländern, in der Studie werden vor allen Dingen Skandinavien, die USA und die Bundesrepublik Deutschland untersucht, auch in den USA und in Finnland haben 20 Prozent der Ehepaare keine Kinder. Aber dort sind wiederum 20 Prozent mit drei und mehr Kindern als Familien an einer demographischen Entwicklung beteiligt im Unterschied zu Deutschland, wo das nur zehn Prozent der Bevölkerung betrifft.

Das zweite Problem, auf das in der Studie hingewiesen wird – das ist nachweislich auch schon in der letzten Sitzung hier thematisiert worden –, ist, dass in Deutschland und in der Bundesrepublik insgesamt der Sachverhalt vorliegt, dass Höherqualifizierte gerade in Fragen Kinder, ja, ich möchte es einmal so bezeichnen, Rückstände gegenüber anderen aufweisen, denn die Einkindfamilie ist

gerade dort, wenn überhaupt Kinder vorhanden sind. Und da bin ich bei der Frage, dass man sich an der Stelle ganz bewusst gegen Kinder entscheidet, weil der berufliche Werdegang aus verschiedenen Gründen heraus, die man, denke ich, nicht immer als egoistisch bezeichnen kann, schon in den Mittelpunkt gerückt wird. Insbesondere bei Frauen stellt sich explizit die Frage, wenn ich zum Beispiel im wissenschaftlichen Bereich tätig bin, wofür entscheide ich mich, um einen entsprechenden Entwicklungsweg gehen zu können.

Übrigens, und das fand ich schon interessant, hat Frau Merkel in der letzten oder jetzt in dieser Woche auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnte, wenn sie Kinder gehabt hätte, heute als Kanzlerin zu kandidieren, ganz eindeutig gesagt, sie glaubt es nicht, weil dann ihre Entwicklung mit Kindern eine andere gewesen wäre. Darüber sollte man nachdenken.

Dritter Grund, der genannt wird, sind natürlich die Chancen am Arbeitsmarkt. Darüber, denke ich, brauchen wir hier keine großen Ausführungen zu machen. Die Situation am Arbeitsmarkt ist eine sehr wichtige, denn wenn Eltern die existentiellen Grundlagen fehlen, um die Gründung einer Familie vornehmen zu können, werden sie sich nicht dafür entscheiden.

Interessant ist eine vierte Begründung. Hier wird sehr ausführlich dargestellt, dass längere Ausbildungszeiten, die wir nun aufgrund unterschiedlicher Ursachen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren hinnehmen mussten oder besser gesagt, die sich entwickelt haben, auch zu veränderten sozialen Bindungen zwischen der Herkunftsfamilie, den Eltern und ihren Kindern führen. Und die Studie zeigt hier sehr Interessantes auf. Das ist, denke ich, ein Thema, mit dem man sich auseinander setzen muss, weil es einen sehr breiten Rahmen einnimmt, und zwar auch in den Auswirkungen für Neugründungen von Familien, mit denen man umgehen sollte.

Ich zitiere aus der Studie: „Die hinausgezögerte Abhängigkeit junger Erwachsener von ihren Eltern, wie sie in Deutschland und in Südeuropa praktiziert wird, führt notwendigerweise dazu, dass Partnerschaft und neue Beziehungen in ihrer Bedeutung für die Zukunftsgestaltung der jungen Erwachsenen konkurrieren mit den Bindungen und Beziehungen zur Herkunftsfamilie, einschließlich der notwendigen Rücksichtnahmen. Ist es schon schwer genug, unter solchen Bedingungen eine eigenständige und vom Elternhaus unabhängige und selbstständige Beziehung auch als Abgrenzung zu den Eltern aufzubauen, führt die heute bestehende Bereitschaft der Eltern und insbesondere der Mütter, ihre Kinder auch bei der Haushaltsführung im gemeinsamen Haushalt der Eltern weiterhin als Kinder zu betrachten und den Service des Haushalts voll zur Verfügung zu stellen („Hotel Mama“),“ – Wer kennt es nicht? – „zudem noch dazu, dass sich die Motivation“ der jungen Leute, „sich aus dem Elternhaus zu lösen als einer notwendigen Voraussetzung für die Planung der eigenen Zukunft, auf den beruflichen Bereich reduziert. Möglicherweise ist es eine der großen Paradoxien des deutschen Sozialstaats, dass er mit dem Subsidiaritätsprinzip in besonders großem Umfang versucht, Familien zu unterstützen, und dadurch gleichzeitig gerade aber verhindert, dass die jungen Erwachsenen, die viel mehr Zeit als ihre Eltern in die Entwicklung ihres eigenen Humankapitals investieren müssen, sich von ihren Eltern wirklich lösen und ihre eigene Zukunft in einer Partnerschaft und mit Kindern wirklich gestalten können. Dagegen scheinen die

eher auf die Unterstützung des einzelnen jungen Erwachsenen hin konzipierten sozialen Sicherungssysteme in Frankreich und Finnland diesen Selbstständigkeitsprozess stärker zu forcieren.“

Ich denke, schon alleine an der Frage des Kindergeldes, das man in der Bundesrepublik Deutschland meiner Meinung nach diskutieren sollte, wird dieser Unterschied ganz deutlich. Warum müssen für einen 18-Jährigen, der sich in Ausbildung befindet, die Eltern das Kindergeld bekommen? Wer seine Kinder in der Ausbildung oder beim Studium hat, der weiß, welch umfangreicher Bürokratiekram immer damit verbunden ist, statt es den Kindern oder den Jugendlichen selbst zukommen zu lassen, damit diese ihren Lebensunterhalt, wenn es eine solche Unterstützung geben soll, gestalten können.

(Beifall Gerd Walther, PDS)

In diesem Zusammenhang muss man sich also folgende Frage stellen: Welche Maßnahmen wollen Sie eigentlich mit diesem Antrag erreichen? Sind es kurzgegriffene Maßnahmen, die eine finanzielle Unterstützung von Familien betreffen – und bei dieser Frage war ich gerade, so, wie es ja auch der Familienpass darstellt, den Antrag haben Sie ja in der letzten Sitzung eingebracht und angestrebt –, oder geht es um längerwirkende grundsätzliche Veränderungen, über die wir hier sprechen sollten? Ich wäre auch sehr dafür, dass man Familien ganz direkt finanziell unterstützt. Ich denke, der Großteil der hier in diesem Raum versammelt ist, kann sich noch sehr gut erinnern, dass die Familienpolitik der DDR schon eine solche Familienpolitik in diesem Sinne war. Zumindest möchte ich das einfach behaupten.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wenn man sich einzelne Dinge, die staatlicherseits liefern – und dann kommen wir zu dem Problem, wie man dieses heute beurteilt –, anschaut, dann gab es eine ganze Menge von Maßnahmen, die familienpolitisch interessant waren und zu überdenken wären, vielleicht auch in der heutigen Zeit. Denken wir an den Ehekredit, der zinslos mit der so genannten Abschreibemöglichkeit bei einem, zwei oder drei Kindern sowieso nicht zurückzahlen war.

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt nicht, reduziert.)

Denken wir an Lohnfortzahlungen im Mütterjahr,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

nicht zu vergleichen mit maximal 600 Euro, die ich erhalten kann, wenn kein Einkommen des Partners vorliegt,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

bezahlte Freistellung bei Krankheit der Kinder, Betriebsferienlager, wo durchschnittlich 14 Tage 10 Mark kosteten – 14 Tage Ferienspiele, so Sie sich erinnern, drei Durchgänge gab's im Sommer, ein Durchgang dauerte 14 Tage, symbolischer Wert von 1 Mark –, kostenfreier Hort, Mitgliedschaft in Sportvereinen für Kinder, symbolische Beiträge. Mit meinem Studentenausweis konnte ich für 25 Prozent der Fahrkosten reisen. Die Schulspeisung, von der vorhin die Rede war, die hier zu einer heftigen Debatte führte, sie kostete 55 Pfennig.

(Egbert Liskow, CDU: Und da hat man viel weniger verdient.)

Das Stipendium war rückzahlungsfrei und bei einer entsprechenden Leistung, aus dem Anreiz heraus, war auch noch ein Leistungsstipendium möglich. FDGB- und Betriebsurlaubsheime gab es, die zu relativ geringen Kosten Ferien für Familien ermöglichten. Ich könnte diese Liste weiterführen. Aber jetzt komme ich dazu, was ich eingangs schon gesagt habe. Genau diese ganzen Dinge sind 1990 im Zusammenhang mit der Wende aus zweierlei Hinsicht sehr heftig kritisiert worden. Zum einen, dass es ja zum ökonomischen Ruin der DDR geführt hat, und zum anderen, ich denke, das sollte man dabei unbedingt beachten, hat es ja auch dazu geführt, die inhaltliche Auseinandersetzung, die man bei dem ganzen ...

(Tonausfall – Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:

Frau Schmidt, das Zeichen. –

Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Aber Ihre Redezeit ist auch abgelaufen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Karin Schmidt, PDS: Ja, ich komme zum Ende.

Dass der verordnete Dirigismus der DDR heftig angegriffen wird, in diesem Fall die staatliche Einflussnahme, dass man damit initiiert hat, Kinder zu bekommen, das wurde insbesondere auch durch Ihre Partei sehr heftig kritisiert. Sie müssen mir schon sagen, was Sie demzufolge mit diesem Antrag erreichen wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich komme zum Ausgang zurück, zu dem, was Sie dargestellt haben. Glauben Sie wirklich, da Sie immer der Auffassung sind, das hat sich vorhin gezeigt, dass SPD und PDS Ihrer Meinung nach nicht in der Lage sind, eine ordentliche Politik in diesem Lande zu realisieren, unabhängig von konkreten Vorschlägen dieser Regierung Ihren Auftrag zu erteilen und dieses wirklich auch meistern zu können?

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Die Hoffnung stirbt zuletzt, Frau Schmidt.)

Ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schmidt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon nach Ihrem Vorredner gedacht, Frau Schmidt, dass wir nach dem Schauspiel, was hier abgelaufen ist, gar nicht mehr zurückfinden werden zur Ernsthaftigkeit dieser Problematik.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Egbert Liskow, CDU – Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Ich möchte Ihnen von dieser Stelle aus danken, dass Sie wieder die Sachlichkeit in die Diskussion zurückgebracht haben,

(Beifall Karin Strenz, CDU)

vor allem dafür, was mich im ersten Teil Ihrer Ausführungen beeindruckt hat. Vielleicht habe ich es aber auch erwartet, dass Sie hier wissenschaftlich fundierte Aussagen tätigen. Von dieser Stelle aus mein persönlicher Dank zu diesem Punkt.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Berufsschullehrer!)

Ich möchte auch gleich auf Ihre Rede eingehen, Frau Schmidt. Sie sprechen konkret zu unserem Antrag und fragen, was das soll, wie die Verfahrensweise sein soll und was wir bezwecken. Ich habe gesagt, was wir bezwecken und was unser Ziel ist. Unser Ziel ist es nicht, hier kurzfristige Showeffekte hervorzubringen,

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

sondern unser Ziel ist es, mittel- und langfristig in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zu garantieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das habe ich deutlich gesagt. Ich habe Ist-Zustand gesagt, dann habe ich Zielvorstellung gesagt und den Weg dorthin beschrieben. Und der Weg ist dieses Programm,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Was für ein Programm?)

dieses Leitbild für Familien in Mecklenburg-Vorpommern. Ich wiederhole das aber, wie gesagt, auch gern an dieser Stelle. Es ist natürlich schwierig für die Opposition, Anträge durch den Landtag zu bekommen. Anscheinend fahren auch die Kollegen von der SPD hier eine neue Taktik. Über Jahre hinweg, das habe ich schon das letzte Mal in der Aktuellen Stunde gesagt, stellen Sie überhaupt keine Anträge. Stellen Sie sich hier vorne hin und sagen Sie der Bevölkerung, wann Sie den letzten konkreten Antrag zum Thema Familienpolitik gestellt haben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Tun Sie das! Und dann werden Sie feststellen, dass der familienpolitische Bericht aus dem Jahr 1997 die letzte Aktivität war. Ich wiederhole das an dieser Stelle noch einmal, denn dort war ein familienpolitischer Bericht für das Jahr 2000 angekündigt, und zwar der dritte in diesem Lande. Das Jahr 2000 ist aber schon ein paar Tage vorbei, das muss man an dieser Stelle feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. –
Dr. Till Backhaus, SPD: Wo ist
denn nun das Konzept?)

Sie haben nichts auf diesem Gebiet gemacht und das muss deutlich gesagt werden.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie haben
das Leitbild von der CDU abgeschrieben. –
Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Vielleicht sollten wir als Fraktion einmal Ihre Hilfestellung in Anspruch nehmen. Darüber muss man jetzt ernsthaft nachdenken. Wie sollten wir denn einen Antrag formulieren zum Thema Familie, damit wir hier in diesem Land vorankommen? Wenn wir in unserem Antrag formulieren: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf“, ein Familienprogramm unter der Prämisse familienpolitisches Leitbild zu erstellen, wir fordern die Landesregierung auf, dann ist es irgendwie logisch,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Also dann
haben Sie keins. Das ist doch logisch.)

dass wir nicht das fertige Programm als CDU-Fraktion hier auf den Tisch legen,

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Ja, weil Sie keins haben.)

sondern das Angebot gemacht haben. Das habe ich in der Einbringungsrede gesagt. Ich habe gesagt, diese fünf Punkte müssen untersetzt und mit Leben erfüllt werden. Dazu habe ich die Fraktionen von SPD und PDS eingeladen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Weil Sie
selbst dazu nicht in der Lage sind.)

Es ging doch nicht darum, hier die Verfahrensweise festzulegen, die Sie angeblich aus diesem Antrag herauslesen,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Alles klar!)

ich unterstelle Ihnen das ganz einfach an dieser Stelle, um unseren Antrag abzulehnen, dass wir hier ein familienpolitisches Programm fertig aus der Schublade holen und vorlegen. Das ist nicht Sinn des Antrages gewesen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Also hat er keins.
Also hat er wenigstens die Wahrheit gesagt.)

Sinn ist es gewesen, eine nachhaltige Familienpolitik für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist für mich schon sehr erstaunlich, mit welchen Methoden und mit welchen Aussagen hier gearbeitet wird, dass sich Vertreter einzelner Fraktionen hinstellen und sagen, sie sind die einzige Fraktion in diesem Lande, die über die Legislaturperiode hinaus denkt und arbeitet.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Wahrheiten
müssen ausgesprochen werden!)

Also dazu kann man schon fast nichts mehr sagen. Getroffene Hunde bellen, das ist meistens so und das bewahrheitet sich immer wieder, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe es gesagt, dass es über Jahre hinweg überhaupt keine Anträge gab. Jetzt denkt man, nachdem man die ganze Zeit nichts gemacht hat, über die Legislaturperiode hinaus. Ich sage, Sie haben kein Erkenntnisproblem, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, sondern ein Umsetzungsproblem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Reinhard Dankert, SPD: Abwarten!)

Und wenn das alles so toll ist, was Sie hier dargestellt haben, dann stellt sich für mich schon die Frage: Warum fordern auch in unserem Land nach der letzten Umfrage 67 Prozent der Bürger Neuwahlen? Doch sicherlich nicht, um Ihre Familienpolitik hier zu bestätigen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Und es ist einfach meine Pflicht, hier noch einmal einen Punkt aufzugreifen. Herr Backhaus hat den Startschuss gegeben, Frau Schmidt hat es dann glorreich vollendet,

indem hier die Jubelveranstaltung der DDR noch einmal abgehalten wurde. Das hat mich schon sehr nachdenklich gestimmt.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist unanständig, was Sie sagten. So viel Zeit muss sein. Unanständig ist das! – Heike Polzin, SPD: Sie haben ein Wahrnehmungsproblem, Herr Renz. – Angelika Gramkow, PDS: Das hat sie nicht getan. – Glocke der Vizepräsidentin)

Lieber Herr Kollege Dr. Till Backhaus, ich frage mich ernsthaft, ob Leute wie der Ministerpräsident Harald Ringstorff 1990 mit in die Bewegung oder auch führend in die Bewegung eingestiegen sind, um dann im Jahr 2005 hier an dieser Stelle die DDR hochleben zu lassen.

(Angelika Gramkow, PDS: Keiner ist führend gegen das Sozialsystem aufgetreten in der DDR.)

Ich möchte Ihnen auch noch einmal deutlich etwas zur Studie sagen, auf die wir uns berufen.

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Zu dieser wissenschaftlichen Studie, die ich angesprochen habe, die Herr Backhaus ja auch das eine und andere Mal erwähnt hat,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich habe zitiert!)

ist mein Ansatzpunkt klar und deutlich: Wenn die Politik nicht wissenschaftliche Studien als Arbeitsgrundlage für ihr politisches Handeln nimmt, dann macht die Politik aus meiner Sicht einen Fehler.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Man muss auch in der Lage sein, diese auszuwerten, Herr Renz. Das ist das Problem.)

Ich sage es noch deutlicher: Die Politik ist gezwungen und in der Pflicht, wissenschaftliche Grundlagen für ihr politisches Handeln zu nutzen.

(Andreas Bluhm, PDS: Kita 1 und 2 lässt grüßen, Herr Renz!)

Und dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Unterstellung, dass wir hier abschreiben, aus meiner Sicht nicht angebracht, weil Sie gerade das mit Ihrem Parteiprogramm versuchen zu suggerieren. Ich habe mich natürlich im Vorfeld auch mit den Positionen von PDS und SPD beschäftigt. Ich habe immer den Eindruck, dass das auf Ihrer Seite nicht der Fall ist. Oder Sie stellen bewusst falsche Definitionen unserer Partei hier in den Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Till Backhaus, SPD: Ich habe Ihr Konzept gesucht, aber ich habe es nicht gefunden. – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Deswegen werde ich Ihnen im Anschluss auch noch einiges zum Thema CDU und Familie sagen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Da bin ich gespannt.)

Aber wenn ich Ihr Wahlprogramm nehme, wo Sie drei wesentliche Punkte aufschreiben und in den Raum stellen:

Erstens, bessere Vereinbarkeit von Familie und Kinder

Das ist unstrittig, denn dafür sind alle Leute zwischen Flensburg und München.

(Angelika Gramkow, PDS: Und wie wollen Sie das machen?)

Ich sehe hier aber keine Untersetzung.

(Angelika Gramkow, PDS: Und bei Ihnen?)

Zu unserem Programm komme ich gleich, Frau Gramkow.

Punkt zwei, Sonderprogramm für studierende Eltern und kostenlose Babyerstaussstattung für alle

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Da stellt sich schon die Frage: Wenn Sie gerade im Bereich der Hochschulen abbauen und studierende Eltern gar nicht zulassen wollen, wie wollen Sie die dann im Nachgang unterstützen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Frage stellt sich für mich schon ernsthaft.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist doch eine Frechheit, Herr Renz!)

Und der dritte Punkt, der das Gesamtthema Familie und Kinder abrundet, ist die Forderung neuer Wohnformen für ältere Menschen (Hausgemeinschaftsmodell).

(Dr. Till Backhaus, SPD: Fragen Sie doch mal Herrn Rüttgers, was der dazu meint! Fragen Sie den erst mal! – Andreas Bluhm, PDS: Also das Gesetz über die Zulassung ist gerade geändert worden. – Glocke der Vizepräsidentin)

Und das ist Ihr Leitantrag.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sie haben nur drei Punkte rausgenommen. Sie hätten den Leitantrag richtig lesen müssen, aber das können Sie wahrscheinlich nicht!)

Das ist das, was Sie hier in 20 Minuten versucht haben sehr ausführlich zu beschreiben und vorzustellen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Mann, Mann, Mann!)

Ich möchte auch auf einen weiteren Punkt eingehen, über den ich schon in der Aktuellen Stunde diskutiert habe. Ich habe deutlich gesagt, die CDU steht für eine Politik, wo es darauf ankommen wird, eine Wende in den Köpfen herbeizuführen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Aha!)

Und ich habe Ihnen auch schon damals gesagt,

(Jörg Heydorn, SPD: Fangen Sie bei sich mal an! Fangen Sie bei sich an! –

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Fangen Sie bei sich an!)

dass es nicht ausreichen wird,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Wendehälse! – Jörg Heydorn, SPD: Mit der Rente bei sich anfangen! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

eine Babyausstattung oder Ähnliches auf den Weg zu bringen, um Männchen

(Wolfgang Riemann, CDU: Männer! Männer!)

und Frauen zu motivieren,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Und nun kommen Sie mal mit Ihrem Konzept!)

sich ein, zwei oder vielleicht auch mehr Kinder anzuschaffen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Ich habe Ihnen schon damals gesagt, dass das der falsche Weg ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Solche faulen Kerle!)

Und wenn Frau Schmidt, ich weiß es nicht, ob es Absicht war, aber ich habe es so empfunden, eher suggeriert hat, dass die gesamten sozialpolitischen Maßnahmen in der DDR dazu geführt haben, dass wir einen Kinderboom haben, dann muss ich an dieser Stelle widersprechen.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Anders hat man keine Wohnung bekommen.)

Selbst in den Hochzeiten Ende der 70er Jahre – ich habe hier diese Statistik vor mir, aber die kennen Sie auch alle, meine Damen und Herren –, selbst in den Hochzeiten der sozialpolitischen Maßnahmen zu DDR-Zeiten ist die Geburtenrate nicht über 2,0 gestiegen. Das muss man zur Kenntnis nehmen!

(Jörg Heydorn, SPD: Das gilt nicht für Mecklenburg-Vorpommern! Für Mecklenburg-Vorpommern stimmt das definitiv nicht!)

Waren Sie damals schon da? Waren Sie damals schon da?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da gibt es Statistiken, die kann man sich angucken, Herr Renz. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und wenn Sie sich weiter die Kurve anschauen, dann ist diese von der Hochzeit, Ende der 70er Jahre, es ist ein kurzes Hochschnellen gewesen, nach der Einführung der sozialpolitischen Maßnahmen kontinuierlich abgesackt, und zwar in der Wendezeit oder zur Wendezeit hin auf einen Wert von circa 1,6.

(Andreas Bluhm, PDS: Welchen Wert haben wir heute, Herr Renz? Welchen Wert haben wir heute? – Gerd Walther, PDS: Und heute? Wie sieht es heute aus, Herr Renz? Wie ist der Wert heute?)

Das zeigt für mich deutlich, dass nur finanzielle Maßnahmen nicht entscheidend sind, um hier voranzukommen. Und wenn Sie sich diese wissenschaftliche Studie, von der wir schon alle gesprochen haben, zur Hand nehmen, dann möchte ich aus dieser Studie einfach einmal zitieren:

(Die Abgeordnete Angelika Voland bittet um das Wort für eine Anfrage. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

„Doch eine Einführung oder Verbesserung, seien es finanzpolitische Leistungen, Möglichkeiten der Tagesbetreuung für Kinder oder Arbeitszeitregelungen für berufstätige Eltern, bringt Frauen ohne Kinderwunsch nicht von ihrem einmal gefassten Entschluss ab.“ Das müssen wir als Politiker zur Kenntnis nehmen. Ich denke einmal, das ist richtig, das sind wissenschaftliche Grundlagen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine ...

Torsten Renz, CDU: Im Moment nicht, zum Schluss.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Nein.

Torsten Renz, CDU: Zum Schluss bitte.

Ich sage es noch einmal: Diese Einzelmaßnahmen, das ist wissenschaftlich belegt, führen nicht dazu, dass Frauen, die den Entschluss gefasst haben, sich keine Kinder anzuschaffen ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Männer auch nicht, Herr Renz. Das Problem ist, dass Frauen und Männer Beruf und Familie nicht vereinbaren können.)

Es freut mich ja, dass Sie sich als Gleichstellungsauftragte einbringen und mich noch einmal drauf aufmerksam machen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dazu gibt es Untersuchungen.)

dass auch Väter dazugehören, um Kinder in die Welt zu setzen. Das ist mir schon klar. Ich bitte zu entschuldigen, falls ich mich da nicht klar und deutlich ausgedrückt habe.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Nein, die gehören auch dazu, sie zu erziehen.)

Ein wesentlicher Punkt ist, der in dieser Studie auch benannt wird, dass für fast alle Frauen, auch für Frauen ohne Kinderwunsch, familienpolitische Maßnahmen jedoch eine Selbstverständlichkeit sind. Das ist ein Punkt, den wir in unseren Diskussionen und in unseren Betrachtungen einfach mit einbeziehen müssen.

Herr Backhaus hat ja versucht, zur Problematik so eine kleine Debatte wie soziale Gerechtigkeit und Ähnliches hier vom Zaum zu reißen. Ich glaube, das ist an dieser Stelle nicht angebracht. Wir müssen es schaffen, in Deutschland wieder ein Klima zu erreichen, dass wir sagen, wir müssen eine Initiative nach vorne bringen, in der Kinderfreundlichkeit ganz oben steht. Und wenn wir bei Kindern und Familien sind, dann kann ich es Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen, die konkreten Formulierungen des CDU-Wahlprogramms hier vorzunehmen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das Konzept, nicht das Programm.)

Entweder kennen Sie sie nicht oder Sie wollen sie nicht kennen oder Sie stellen sie bewusst dar. Deswegen auch noch einmal zum Mitschreiben beziehungsweise im heutigen Zeitalter könnte ich Ihnen das auch als Kopie zur Verfügung stellen: Familie ist für die CDU überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau. – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Haben Sie zugehört, Herr Backhaus?)

Das ist die große Definition. Sie ist etwas länger als die der SPD-Fraktion.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist toll! Das ist das Programm.)

Diese Definition, Frau Schmidt, ist untersetzt. Ich glaube, Sie werden diese Definition das erste Mal hören, ansonsten würden Sie nicht diese Unterstellung in den Raum stellen, dass wir es auf eine kleine Ebene reduzieren. Diese Definition ist wie folgt untersetzt: Familie, das sind Ehepaare mit ehelichen, mit nichtehelichen, mit adoptierten Kindern oder mit Pflegekindern sowie erwachsene Kinder, die sich um ihre Eltern kümmern, allein

erziehende Mütter oder Väter oder Alleinerziehende mit Lebenspartner sowie nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit gemeinsamen Kindern. Die Gemeinsamkeiten dieser Formen sind die gegenseitige Verantwortung und das Besorgtsein umeinander.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Karin Schmidt, PDS)

Das ist die Familiendefinition der CDU Deutschlands! Und damit weise ich Aussagen, wie sie hier in diesem Plenum getätigt worden sind, zurück.

(Reinhard Dankert, SPD: Also auch überwiegend Kinder.)

Einen Satz habe ich vergessen. In Familien übernehmen auch Großeltern Verantwortung für ihre Enkel und Enkel für ihre Großeltern. Ich denke, diese Definition ist rundum gelungen und trifft den Kern, den Zeitgeist unserer heutigen Zeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Till Backhaus, SPD: Wo ist denn Ihr Programm? Erzählen Sie doch mal was von Ihrem Programm! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und einen weiteren Punkt kann ich Ihnen nicht ersparen, da ja plakativ die drei K in den Vordergrund gestellt wurden. Auch hier bringe ich Sie auf den aktuellen Stand, was moderne Familienpolitik in Deutschland bedeutet.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

Ich zitiere aus dem CDU-Programm: „Auch das Verständnis der Rollen von Frauen und Männern in Partnerschaft, von Ehe und Familie hat sich gewandelt. Männer können und wollen immer seltener die alleinigen Ernährer der Familie sein.“

(Andreas Bluhm, PDS: Aha!)

„Immer mehr Männer wollen ihrer Rolle als Väter gerechter werden.“

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das haben Sie aber spät festgestellt.)

„Viele Frauen lehnen es ab, ihren Lebensentwurf ausschließlich als eine vom Mann abhängige und weitgehend auf Haushaltsführung und Kindererziehung beschränkte Rolle zu verstehen.“

(Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

„Sie wollen ihre Kompetenzen im Berufsleben einsetzen und Entscheidungsprozesse in Wirtschaft und Politik mitgestalten.“

(Holger Friedrich, SPD: Hört! Hört! – Der Abgeordnete Gerd Walther bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Herr Walther, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie die Anfrage ...

Torsten Renz, CDU: Herr Walther, ich habe die eine Anfrage nicht zugelassen. Sie erinnern sich an die damalige Situation. Ich kann das heute aufgrund der Gleichberechtigung auch nicht machen. Wenn, dann im Anschluss bitte.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie müssen aber trotzdem erst die Frage der Präsidentin abwarten! – Gerd Walther, PDS: Im Anschluss ist okay.)

Ich denke, das ist eine moderne Definition von unserem Verständnis der Rolle von Mann und Frau.

(Andreas Bluhm, PDS: Über die Definition können wir uns ja einigen. Und was heißt das jetzt?)

Und wenn ich hier in Ihre Gesichter schaue, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann muss ich doch mit Erstaunen feststellen, dass ich den Eindruck gewinne, dass hier die meisten sitzen, die das erste Mal überhaupt diesen modernen Familienbegriff und dieses moderne Verständnis von Frauen und Männern unter CDU-Gesichtspunkten sehen.

(Andreas Bluhm, PDS: Ach! Über die Definition, Herr Renz, sind wir uns einig. Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus? –

Dr. Till Backhaus, SPD: Der kann sich das Lachen schon wieder nicht verkneifen. – Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Abgeordneter Dr. Till Backhaus,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Wo ist denn nun Ihr Plan?)

wenn Sie schon ständig auf Gestik und Mimik hier reflektieren und das versuchen

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ab und zu mache ich das schon.)

in alter Manier zu bewerten, dann muss ich Ihnen sagen, ich bin ein relativ freundlicher Mensch.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Stimmt. – Dr. Till Backhaus, SPD: Ich auch.)

Im Moment bin ich eigentlich relativ ruhig und gelassen, nach dem, was meine Vorredner hier geboten haben. Ich versuche, mich auf das Wesentliche und auf das Inhaltliche zu konzentrieren.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Aber Ihr Programm habe ich immer noch nicht. Sie haben nur Definitionen bisher genannt. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ein nächster Punkt, den ich Ihnen auch als moderne Familienpolitik, als moderne CDU-Politik hier aus dem Programm vorstellen will, ist Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie wollen uns in eine Ecke drücken. Das mag Ihnen in den eigenen Parteigremien vielleicht gelingen, aber hier haben wir die Möglichkeit, frei und offen zu sprechen. Deswegen sollten wir bei der Wahrheit bleiben. Ich sage Ihnen, was die CDU sich unter Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorstellt.

(Peter Ritter, PDS: Da bin ich aber gespannt.)

Unter den Maßnahmen der Familienförderung räumen wir der besseren Vereinbarkeit von Familienarbeit mit dem Beruf oder einer Ausbildung sowie dem gelungenen Wiedereinstieg in eine Ausbildung oder in den Beruf nach einer Familienphase hohe Priorität ein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es. Jawohl. – Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Vereinbarkeit bedeutet, dass die Kinder zu ihrem Recht sowohl im Beruf oder auch in der Ausbildung nicht zu kurz kommen. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird noch immer überwiegend als Problem von

Frauen gesehen. Für uns haben Frauen den gleichen Anspruch, ich wiederhole, für uns haben Frauen den gleichen Anspruch wie Männer, Familie und Beruf zu akzeptablen Konditionen miteinander zu vereinbaren. Die Entscheidung für ein oder mehrere Kinder darf nicht das Aus für eine Ausbildung oder für die berufliche Entwicklung bedeuten.

Wir werben nachdrücklich für mehr gesellschaftliche Akzeptanz und damit für eine Balance zwischen Familie und Beruf, die sowohl Frauen als auch Männer betrifft. Die Schlüsselfrage für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit ist das Wohl des Kindes. Ohne zufriedenstellende Infrastruktur der Kinderbetreuung und ohne eine familienbewusste Arbeitswelt findet diese Schlüsselfrage keine plausible Antwort. Das gilt auch für die Frage gleichwertiger Bezahlung und fairer Aufstiegschancen für Väter oder Mütter. Insbesondere Menschen mit Kindern sind darauf angewiesen, Lebensunterhalt und Ausbildung der Kinder zu erwirtschaften. Das sind Aussagen, zu denen die CDU steht und die sich an dieser Stelle nicht wegdiskutieren lassen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich habe demnächst GFMK. Da bin ich mal gespannt, was Sie da machen!)

Ich bin froh, dass Sie das unter geringem Protest, mit Ausnahme der Gleichstellungsbeauftragten, erfreut zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Sie hat dich nicht verstanden, Torsten!)

Ich möchte jetzt, da Sie es von uns gefordert haben oder vielleicht auch von mir persönlich, mit einigen Aussagen die fünf Punkte, die wir eigentlich perspektivisch zur Diskussion stellen wollten,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Eigentlich.)

auch in den Ausschüssen – zumindest hatte ich so das Gefühl, dass Sie bereit waren, im Ausschuss darüber zu diskutieren –, erläutern. Die PDS hat klar und deutlich gesagt, nein, sie lehnt es ab. Die SPD hat sich wahrscheinlich nicht so getraut aufgrund der Tatsache, dass sie über die Pressemitteilung suggeriert hat, sie wollen darüber reden. Aber vielleicht kommt es ja noch zu einem Wandel.

(Andreas Bluhm, PDS: Wenn nicht heute, dann brauchen wir überhaupt nicht mehr darüber zu reden.)

Konkrete Punkte, die wir diskutieren sollten, möchte ich ganz kurz anreißen. Unter Punkt 1 haben wir formuliert: „Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung integrierter Konzepte für lokale Familienpolitik“. Da geht es uns ganz konkret zum Beispiel um familienorientierte Wohnverhältnisse. Wir sollten darüber nachdenken, Ausweisung von preisgünstigem Bauland als Stichwort,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Studie.)

familienorientierte Verkehrspolitik, da geht es zum Beispiel um familiengerechte Tarifgestaltung

(Dr. Till Backhaus, SPD: Studie.)

oder die finanzielle Entlastung von Familien – unser oder Ihr viel beschworener Familienpass als eine mögliche konkrete Maßnahme –, oder zum Beispiel Musikschule, Volkshochschule und ähnliche Leistungen, die wir für

Familien vielleicht günstiger anbieten können. Dann geht es unter dieser Problematik, wenn es um die Kommunen geht, um eine Unterstützung in der Schul-, Sport- und Kulturpolitik, zum Beispiel Förderung von Sportvereinen, Sportstättenbau.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das stammt auch aus der Studie. Das machen wir alles schon.)

Ein Letztes zu diesem konkreten Punkt 1 „Kommunales Verwaltungshandeln“: Ganz konkrete einfache Sachen wie familienfreundliche Öffnungszeiten oder so genannte Kuschecken in Wartebereichen sind doch Dinge, die man problemlos anpacken kann.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das steht auch in der Studie. – Angelika Gramkow, PDS: Das machen wir doch in den Kommunen.)

Zu Punkt 2 „Wirtschaftspolitische Maßnahmen des Landes“ beziehungsweise auch zu Punkt 3 „Unterstützung der Betriebe bei der Entwicklung einer betrieblichen Familienförderung“.

(Andreas Bluhm, PDS: Die CDU ist die kommunal am stärksten vertretene Partei.)

Man kann folgende Unterpunkte zur Diskussion stellen: Flexibilisierung des Arbeitsortes, betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen, betriebliche Unterstützung bei der Organisation privater Kinderbetreuung, Freistellungsregelung bei Krankheit von Kindern. Das sind Maßnahmen, die man in Deutschland und in Mecklenburg diskutieren muss.

Vielleicht noch einmal als Randbemerkung, weil Sie versucht haben, das hier heute erneut so auf den Weg zu bringen, ich habe es mehrmals gesagt, ich sage es wahrscheinlich heute zum letzten Mal, weil ich einer von denen bin, der immer gesagt hat, der Betreuungsgrad der Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern ist vorbildlich. Ich habe das immer gesagt, ich wiederhole es noch einmal an dieser Stelle. Nehmen Sie das zur Kenntnis und unterstellen Sie uns hier bitte nichts anderes.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Wie hoch ist denn der Betreuungsgrad?)

Das wissen Sie, dass der in gewissen Bereichen über 90 Prozent ist.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und die anderen?)

Wenn Sie mich testen wollen, können Sie das gerne auf anderen Gebieten tun, Herr Backhaus, vielleicht im Landwirtschaftsbereich. Auf diesem Gebiet bin ich ganz gut zu Hause.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Ein Schwerpunkt sind die bildungspolitischen Maßnahmen des Landes. Da geht es darum, ortsnahe Schulstandorte zu erhalten. Ein ganz besonderer Punkt, der schon heiß diskutiert wurde hier im Parlament, ist die Problematik Hochschulen. Dazu vielleicht auch noch einmal ein Wort, auch wenn es auf die Studie zurückgeht. Ich habe es gesagt, man muss diese Studie zur Kenntnis nehmen und nutzen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Eine Studie ist kein Konzept. Das ist doch kein Konzept, kein Konzept.)

Sie scheinen es anscheinend nicht zu tun bei Ihrem politischen Handeln.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist kein Konzept.)

Es ist einfach so, man muss die Hochschulen als einen so genannten Bevölkerungsmagneten nutzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Den Begriff werden Sie sicherlich schon gehört haben.

Wir stellen die Frage: Wo hat die Politik überhaupt Handlungsspielraum? Wo hat die Politik Handlungsmöglichkeiten – ich sagte Ihnen schon, ich stelle es in Frage –, signifikant die Geburtenrate zu beeinflussen? Das, glaube ich, ist nicht machbar. Aber es ist zum Beispiel möglich, in den Bereich der Hochschulpolitik einzugreifen,

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Genau das machen wir doch.)

nämlich dort über dieses wichtige Werkzeug eine Zuwanderung qualifizierter Menschen aus anderen Bundesländern in dieses Land zu erreichen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie stellen sich hin, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, und sagen, wir sollen nur Landeskinder fördern und nicht über den Bedarf hinaus. Vielleicht denken Sie mal über den umgekehrten Weg nach,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist doch vollkommener Blödsinn! Das ist doch vollkommener Blödsinn, den Sie da reden. Wo ist denn nun Ihr Konzept? Ich möchte das Konzept jetzt mal hören! –

Andreas Bluhm, PDS: Das machen wir doch! – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

dass man auch über den eigenen Bedarf hinaus akademische Bildung hier anbietet. Und Sie sollten sich vielleicht Gedanken machen, ob Sie nicht im Anschluss dann versuchen sollten, diese Studenten im Land zu halten, aber nicht im Vorfeld zu sagen, die Studenten sollen erst einmal gar nicht ins Land kommen beziehungsweise wir schicken sie weg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und Ihr Babypaket, Herr Dr. Backhaus, wird da nicht zum Erfolg führen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Es hat keinen Sinn. Es hat keinen Sinn.)

Das sage ich Ihnen deutlich an dieser Stelle.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Es hat keinen Sinn. Ich geb's auf.)

Dann haben wir weitere Vorschläge.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Vorschläge, ja, ja, noch mehr Vorschläge.)

Ja, Sie wollten Vorschläge hören,

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Das Konzept wollte ich hören.)

deswegen kommen wir mit konkreten Vorschlägen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das Konzept wollte ich hören, wie Sie das finanzieren und wie Sie das umsetzen wollen.)

Sonst wollen Sie die Möglichkeit nutzen, indem Sie sagen, konkrete Vorschläge legen wir nicht auf den Tisch. Ich nenne Ihnen noch einmal konkrete Vorschläge,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ach so.)

über die wir diskutieren sollten, falls die Bereitschaft da ist.

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Ihr Programm will ich sehen.)

Maßnahmenvorschläge im Bereich Wirtschaftspolitik, Punkt 1: Konzentration arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf die Gruppe der jüngeren, gut qualifizierten Erwerbstätigen und auf die Qualitätsverbesserung des Arbeitsplätzeangebotes

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das machen wir gerade! Das machen wir gerade!)

Punkt 2: stärkere Verzahnung von Schule und Ausbildung durch Schulbetriebspartnerschaften und andere Maßnahmen zur frühzeitigen regionalen Berufsorientierung

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das läuft doch längst!)

Punkt 3: Kofinanzierung ...

Das machen Sie auch, ja?

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Kofinanzierung von Praktika und Diplomarbeiten für Absolventen der Hochschulen des Landes bei Unternehmen der Region

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Punkt 4: besondere Förderung für die Berufseinmündung junger Frauen mit Hochschulabschluss

Das sind Sachen, die wir konkret untersetzen wollen, wenn wir diese fünf Punkte hier angerissen haben.

(Ute Schildt, SPD: Aber anreißen reicht nicht.)

Ich bin zu der Auffassung gekommen, dass Sie kaum bereit sind, uns zu folgen, dass Sie Ihre Blockadehaltung nicht aufgeben.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das kenne ich.)

Ich hoffe, dass ich einen wesentlichen Beitrag geleistet habe, Sie aus Ihren alten, verstaubten Denkstrukturen zu befreien,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist traurig, sehr traurig. Das ist traurig, sehr traurig.)

dass Sie wissen, was moderne CDU-Familienpolitik ist.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Es ist traurig, trauriger geht's gar nicht. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Till Backhaus, SPD: Wenn das ein Konzept ist, dann tut's mir Leid.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Herrn Walther?

Torsten Renz, CDU: Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Walther, fragen Sie.

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrter Herr Kollege Renz, Sie hatten vorhin zu der Definition des Familienbegriffes aus Sicht der CDU einzelne Ausführungen gemacht. Für mich stellt sich eine Frage noch einmal zur Untersetzung dieser Definition. Sie hatten immer die Definition auch in der Kopplung mit Kindern benannt. Für mich ergibt sich die Frage: Was passiert bei den Menschen, die keine Kinder haben können oder wo es gesetzlich Probleme gibt, dass sie keine Kinder haben können? Beispielsweise eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften dürfen nach deutschem Recht entgegen dem europäischen Antidiskriminierungsgebot momentan leider noch keine Kinder adoptieren. Ist also für diese Menschen, die unverschuldet Kinder nicht haben können, aber haben wollen, der Familienbegriff automatisch nicht gegeben?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt doch gar nicht. Patrick Lindner hat auch adoptiert.)

Er hat sich in Russland ein Kind geholt, Herr Riemann. Informieren Sie sich richtig!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, eben.)

Torsten Renz, CDU: Also die letzte Äußerung brauche ich jetzt nicht zu kommentieren.

Gerd Walther, PDS: Das war ja auch nicht für Sie.

Torsten Renz, CDU: Herr Schröder hat gerade nach meinem Kenntnisstand auch ein Kind adoptiert. Ich weiß nicht, ob wir jetzt auf diese Ebene abgleiten wollen.

(Heinz Müller, SPD: Das braucht man nicht mehr zu kommentieren. –
Dr. Till Backhaus, SPD: Primitiver geht's nicht mehr! Primitiver geht's nicht mehr! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Herr Walther, man muss im politischen Handeln Prioritäten setzen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau!
Und an die Zukunft denken.)

Das tun wir auch im Bereich der Familienpolitik.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Auf so ein Niveau sich zu begeben!)

Und das, was Sie hier eben in Ihre Fragestellung hineingepackt haben, das ist sehr wohl Lebensrealität. Das nehmen wir zur Kenntnis.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Mehr aber auch nicht.)

Frau Dr. Seemann, wenn Sie durch Ihren Zwischenruf vielleicht suggerieren wollen, dass wir hier diese Partnerschaften diskriminieren wollen,

(Peter Ritter, PDS: Sie sollen auf die Frage antworten.)

dann weise ich das mit entschiedenster Deutlichkeit zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und die Priorität bei uns, das habe ich sehr deutlich formuliert, heißt, Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Für uns sind die Ehe und die Familie in diesem Lande etwas Besonde-

res. Aus diesem Grund sind wir auch der Auffassung – das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sieht das ähnlich –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

dass der besondere Schutz des Staates nach dem Grundgesetz der Ehe und der Familie zugute kommen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und das machen wir uns zu Eigen und dazu stehen wir.

(Peter Ritter, PDS: So viel zur Moderne Ihrer Konzeption.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Walther?

Torsten Renz, CDU: Andere Problematik?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte.

Gerd Walther, PDS: Herr Renz, ich will Ihnen gerne persönlich abnehmen, dass das, was Sie eben gesagt haben, auch persönlich so von Ihnen gemeint ist. Ich hatte vorhin einen Zwischenruf aus Ihrer Fraktion, der in eine etwas andere Richtung mir persönlich gegenüber ging, und da hatte ich nicht das Gefühl, dass unbedingt die Akzeptanz in der CDU-Fraktion da ist. Deswegen noch einmal meine Frage: Ist der Familienbegriff bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften künftig CDU-Thema, ja oder nein?

(Egbert Liskow, CDU: Wenn die Kinder haben. –
Zuruf von der CDU: Wenn die uns wählen! –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Torsten Renz, CDU: Herr Walther, zur Klarstellung: Das, was ich hier vortrage, ist erstens nicht die persönliche Meinung von Torsten Renz, sondern das, was ich hier vortrage, ist die Meinung der CDU-Fraktion zu diesem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Till Backhaus, SPD: Ganz schön dezimiert hier. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich verstehe die Zielrichtung Ihrer Fragestellung, aber ich habe versucht deutlich zu machen –

(Dr. Till Backhaus, SPD: Die ganze Führungsspitze ist schon nicht mehr da.)

ich denke, ich habe die erste Frage auch deutlich beantwortet –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie sich doch mal an! Ihre Kollegen interessieren sich nicht dafür!)

dass es hier für uns einen Schwerpunkt gibt in der Familienpolitik, und den habe ich klar und deutlich definiert.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Die ganze Führung ist nicht mehr hier.)

Und das ist CDU-Politik in der Bundesrepublik Deutschland, das ist CDU-Politik im Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt eine Anfrage der Abgeordneten Frau Fiedler-Wilhelm?

Torsten Renz, CDU: Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Fiedler-Wilhelm, fragen Sie.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Herr Kollege Renz, anknüpfend an die Frage unseres Kollegen Herrn Walther möchte ich Sie fragen, ob Sie es für unabdingbar halten, das recht komplizierte Adoptionsrecht in Deutschland vielleicht ein bisschen zu entschärfen, um das Übernehmen auch deutscher Kinder von deutschen Familien – ohne jetzt rassistisch wirken zu wollen – in Zukunft zu erleichtern, denn die Restriktionen für Familien, die Kinder adoptieren wollen, sind sehr hoch und die Hürden scheinbar unüberwindlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Kollegin, mir ist aus persönlichen Kontakten bekannt, dass Sie sich mit dieser Problematik besonders intensiv befasst haben. Von der Warte aus, nachdem wir auch schon einmal einen inhaltlichen Austausch zu dieser Problematik hatten, stimme ich Ihnen in diesem Punkt voll zu.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gut.)

Ich möchte vielleicht noch einen letzten Satz ergänzen, weil wir es einfach nicht wegdiskutieren können in dieser Gesellschaft, dass am Ende immer nur Mann und Frau Kinder auf die Welt bringen, und das noch einmal ergänzend dazu, warum auch weitere Parteien sich dazu bekennen sollten

(Ministerin Sigrid Keler: Kinder zu kriegen. –
Heiterkeit bei Ilka Lochner-Borst, CDU)

oder daran festhalten sollten, Ehe und Familie so explizit in den Vordergrund zu schieben wie wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Sie haben die
Frage Ihrer Kollegin nicht verstanden. –
Andreas Bluhm, PDS: Das war aber nicht die
Frage von Frau Fiedler-Wilhelm gewesen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Fiedler-Wilhelm, ich bitte die Beantwortung der Frage am Mikrofon stehend abzuwarten.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Die Antwort war doch zu Ende.)

Nein.

Gestatten Sie jetzt noch eine Anfrage der Abgeordneten Frau Voland?

Torsten Renz, CDU: Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Voland, fragen Sie.

Angelika Voland, SPD: Herr Renz, Sie haben eine Statistik hochgehalten von der ehemaligen DDR in den siebziger Jahren, wo die Geburtenzahl ungefähr bei zwei Kindern lag.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Etwas über zwei.)

Meine Frage lautet: Die Geburtenzahl ist in den Jahren gestiegen. Geben Sie mir Recht, dass bestimmte Bedingungen, die Sie jetzt wieder einfordern, dazu beigetragen haben, dass es mehr Kinder in der DDR gab?

(Peter Ritter, PDS: Tja, das ist die Frage.)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Voland, das ist Ihre Fragestellung und die Antwort, die ich versuchen muss zu geben, ist äußerst komplex. Das wäre im Prinzip schon wieder eine neue Diskussionsrunde von 20 bis 25 Minuten, um das in dieser Komplexität darzustellen.

(Bodo Krumbholz, SPD: Wir haben doch Zeit.)

Die Statistik, die ich hochgehalten habe – ich weiß gar nicht, ob das statthaft ist in diesem Landtag –, die ich hier vor mir liegen habe, bezieht sich nicht nur auf die siebziger Jahre zu DDR-Zeiten, sondern sie enthält die Geburtenziffern West, Ost und insgesamt, und zwar nicht nur in den siebziger Jahren, sondern seit Beginn der fünfziger Jahre bis über das Jahr 2000 hinaus.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Es ist also so, dass wir in Ost und auch in West in den sechziger Jahren eine Geburtenrate hatten, die weit über 2,0 lag, also in dem Bereich, wo sie sein muss – 2,3 in etwa –, um die Gesellschaft zu reproduzieren. Im Gleichschritt ist dann im Prinzip die Geburtenrate, zum Beispiel auch durch den Pillenknick, bis Anfang der siebziger Jahre in beiden Landesteilen Deutschlands auf 1,4, 1,5 abgesackt. Es ist unbestritten, dass die sozialpolitischen Maßnahmen in diesem Teil Deutschlands dazu geführt haben, die Geburtenrate zu steigern auf einen Wert bis unter 2,0. Ich habe versucht, auch schon in meiner Diskussion in der Aktuellen Stunde darzustellen, dass es nicht gelingen wird, ausschließlich über die Maßnahmen, die Sie hier als PDS- oder auch SPD-Fraktion anbieten, einen signifikanten Geburtenanstieg wieder zu erreichen, der über 2,0 führt. Sondern ich habe schon immer gesagt – und dazu muss ich mich dann wiederholen –, dass wir ein gesamtgesellschaftliches Klima benötigen, einen so genannten Aktionsplan für Deutschland unter dem Motto „Kinderfreundlichkeit in Deutschland“, um etwas zu erreichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Diese Einzelmaßnahmen werden nicht zu dem gewünschten Erfolg führen.

Ich hatte versucht, auch auszuführen, dass gerade in Bezug auf die sozialpolitischen Maßnahmen, auf die Sie hier reflektieren, statistisch erst einmal untersucht werden müsste, ob es nicht nur ein Vorziehen der Geburten war. Sie kennen die Zeit, als Wohnraum zur Verfügung gestellt wurde. Da gab es so eine Art Boom, dass die Frauen, die 20 oder 21 waren, sich alle Kinder angeschafft haben. Die Geburten wären ja sonst vielleicht verzögert erst gekommen mit 24 oder 25. Also das müsste hier zum Beispiel dann auch näher untersucht werden, wie diese Geburtenrate sich überhaupt statistisch im Detail verhält, weil dann – auch das habe ich vorhin gesagt – Ende der siebziger und in den gesamten achtziger Jahren die Geburtenrate weiter abgesunken ist auf einen Wert von 1,5, 1,6. Das heißt, entweder haben die sozialpolitischen Maßnahmen nur kurzfristig gewirkt über einen kleinen Ausschlag oder das Ganze hat sich relativiert, das ist das, was ich eben als Letztes angesprochen habe, dass einfach das Stadium der Geburt bei den Frauen nach vorne gezogen wurde.

Und wenn wir uns die weitere Entwicklung betrachten, habe ich persönlich Probleme zu glauben, dass wir es über die Maßnahmen, die Sie hier andeuten, hinbekom-

men. Ich habe Ihnen jetzt mehrmals versucht zu erklären, dass ich einen anderen Weg für erfolgreicher halte. Ich habe vorhin auch aus wissenschaftlichen Studien zu Themen wie zum Beispiel das Angebot von Kinderbetreuungsstätten zitiert. Das ist ein Betreuungsgrad, wo wir jetzt schon über 90 Prozent liegen. Wie wollen Sie den erstens bedeutend erhöhen? Das ist kaum machbar. Zweitens stellt sich dem entgegen, wir haben einen sehr hohen Betreuungsgrad, den die Altbundesländer nicht haben, und trotzdem haben wir Abwanderungen und auch keine höhere Geburtenrate. Also kann das nicht der einzige Weg sein, der hier zum Erfolg führen kann.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das hat auch keiner gesagt.)

Von der Warte aus habe ich versucht, diese Frage so kurz und knapp zu beantworten. – Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage der Abgeordneten Voland?

Torsten Renz, CDU: Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Voland.

Angelika Voland, SPD: Herr Renz, ich habe aus Ihren Ausführungen entnehmen können, dass wir mit Definitionen fast einheitlich einer Meinung sind und dass wir in ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte fragen, Frau Abgeordnete.

Angelika Voland, SPD: ... einer Form möglicherweise zum praktischen Handeln kommen sollten. Geben Sie mir Recht, dass die Maßnahmen, die zur DDR-Zeit gemacht worden sind, dazu beigetragen haben, wirklich auch die Geburtenzahl zu erhöhen, und dass die Maßnahmen, die Sie jetzt vorhaben, auch wieder die Geburtenzahl erhöhen könnten, wenn zum Beispiel die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könnte?

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Voland, ich muss erneut wiederholen, dass ich es bezweifle, dass die Maßnahmen, die Sie hier aufführen, einen signifikanten Anstieg in der Geburtenziffer mit sich bringen, wenn wir nicht die Rahmenbedingungen in der Gesamtheit ändern, wenn wir nicht das Ansehen von Familie, von Eltern und Kindern in diesem Staat grundlegend wieder auf die Füße stellen. Dann glaube ich nicht, dass Sie über Ihre Verfahrensweise zum Erfolg kommen werden.

Ich bin auch nicht bereit, stundenlang über die Vergangenheit hier zu diskutieren. Ich bin sehr wohl in der Lage und auch fähig, dieser Diskussion standzuhalten, aber ich bin nicht bereit, hier stundenlang dieses alte Thema zu diskutieren. Ich bin nur bereit, dieses zu analysieren und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen für eine erfolgreiche Familienpolitik in der Zukunft, in der Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern. Aber Vergangenheitsbewältigung als Hauptschwerpunkt dieser Debatte ist aus meiner Sicht nicht angebracht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Alles, was Arbeit schafft.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen setzt sich der Landtag mit Fragen der Familienpolitik auseinander. Insofern ist natürlich das, was heute gesagt wird, eine Ergänzung der Ausführungen, die wir im April hier schon in der Landtagsdebatte hatten. Ich finde es sehr erfreulich, denn die Landesregierung selbst hat der Familienförderung in ihrer Koalitionsvereinbarung einen hohen Stellenwert beigemessen. Sie hat sich dazu bekannt, die für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft notwendigen Rahmenbedingungen im Lande auszubauen und damit Unterstützung für die Familien zu gewährleisten.

Weniger erfreulich und allerdings recht phantasielos, darf ich sagen, verehrte Abgeordnete der Opposition, ist die Art und Weise, wie Sie das Thema angehen.

(Beifall Dr. Till Backhaus, SPD,
und Reinhard Dankert, SPD –
Dr. Till Backhaus, SPD: Genau. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Deshalb, denke ich, werden wir bei dem Leitbild für eine Familienpolitik in diesem Land auch schwer auf einen Nenner kommen.

(Torsten Renz, CDU: Mit der
SPD sind wir schon fast einig.)

Die Landesregierung fokussiert ihre Aktivitäten auf die Gestaltung einer nachhaltigen Familienpolitik mit direktem Blick auf die Probleme und Bedürfnisse der Familien. Sie unterstützt alle Anstrengungen von Bund, Kommunen, Verbänden, Gewerkschaften, Arbeitgebern für eine bevölkerungsbewusste Familienpolitik. Und hier liegt schon ein gewaltiger Unterschied zu Ihrem Ansatz, der etwas eindimensional ist, wenn Sie eine geburtenfokussierte Bevölkerungspolitik fordern. Ich denke, das ist unzureichend, denn das kann nicht primär Gegenstand staatlichen Handelns sein.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Bei einer nachhaltigen Familienpolitik müssen die Familien im Mittelpunkt stehen.

Nachhaltige Familienpolitik bedeutet, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass junge Menschen, dass Eltern und Kinder sich chancengleich entwickeln können.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Ich erinnere, dass Bundeskanzler Schröder im April auf der Familienkonferenz sagte, es gibt einfach Elternhäuser, in denen Kinder ohne Hilfe des Staates keine Chance auf Entwicklung und Förderung ihrer kindlichen Persönlichkeit haben.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Linke, Sie haben das Wort. Bitte.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Ich wollte einfach fragen, ob ich weitersprechen kann oder ob es jetzt eine Diskussionsrunde bei der CDU gibt.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Schon wieder!
Schon wieder! – Torsten Renz, CDU:
Sie können immer sprechen.)

Gut.

Es ist dies eine deutschlandtypische Aussage, eine Aussage, die so in anderen westeuropäischen Ländern

nicht zutrifft. Mit dieser Aussage des Bundeskanzlers wird das, was wir aus den Ergebnissen der PISA-Studie zur Kenntnis genommen haben, noch einmal bestärkt, dass es in Deutschland einen Zusammenhang gibt zwischen der sozialen Herkunft der Kinder, zwischen ihrem Bildungsstand sowie zwischen der sozialen Herkunft der Kinder und ihrem Gesundheitszustand.

Nachhaltige Familienpolitik bedeutet deshalb ganz besonders in einer Gesellschaft mit mehr als 20 Prozent Arbeitslosigkeit, mit dem geringsten Nettoeinkommen innerhalb der Bundesrepublik, den chancengleichen Zugang zu den zentralen Gütern Bildung und Gesundheit zu gewährleisten. Als Landesregierung, als Sozialministerium haben wir Investitionen in die soziale Infrastruktur gezielt dort getätigt, wo wir genau dieses Ziel erreichen können. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern das soziale Netz erhalten, stabilisiert und vervollkommen. Das soziale Netz in einem dünn besiedelten Flächenland muss bewusst gestärkt werden. Ich denke an dieser Stelle an das soziale Netz Kindertagesbetreuung. Wir haben hier die flächendeckende Versorgung, wir haben einen hohen Versorgungsgrad. Es bedarf aber großer Anstrengungen, auch der kommunalen Vertreter, hier im Rahmen der Jugendhilfeplanung den Zugang für alle Kinder auch in der Zukunft zu sichern, indem dieses Netz erhalten bleibt. Es geht dabei um das Netz, aber es geht natürlich auch um die qualitative Leistung, die im Rahmen dieses Kindertagesbetreuungsnetzes erbracht wird. Und da sind wir gerade mit unseren Leistungen auch im Rahmen der vorschulischen Bildung, denke ich, auf einem guten Weg.

Wir sind aber auch auf einem guten Weg, die schulische Bildung neu zu gestalten, Schule als Bildungsstelle und als Lebensort und in diesem Sinne neben Kita, Schule, Ganztagschule, Freizeit der Kinder und Jugendlichen im Bereich der Schule über die Jugendschule der Sozialarbeiter. Hier sind wir dabei, entscheidende Lebenswege der Kinder mit zu gestalten.

Wir haben neben diesem Erhalt, neben der Verbesserung des Netzes der Kindertagesbetreuung, der Schule auch immer zu bedenken, dass bei den Kindern sehr zeitig durch die äußeren Bedingungen entschieden wird, welchen Weg sie gehen. Es ist in Mecklenburg-Vorpommern so, dass bei uns nur 21,9 Prozent aller Schulabgänger das Abitur erwerben, im bundesdeutschen Durchschnitt sind das 38,9 Prozent. Ich denke, wir haben hier noch einiges zu leisten, um unsere hochgestellten Ziele zu erreichen.

Aber neben Bildung ist es entscheidend, dass alle Menschen Zugang haben zu den Leistungen des Gesundheitswesens. Auch das ist in einem flächendeckenden Land mit einer älter werdenden Bevölkerung, mit einer hohen Arbeitslosigkeit wieder eine große Leistung, die hier von der Landesregierung mit den Partnern des gesellschaftlichen Lebens erbracht wurde. Ich denke nur an die Voraussetzungen, die wir mit dem Krankenhausplan geschaffen haben für die gute medizinische Versorgung in der Fläche.

Wir haben aber, wenn wir über den Zugang zu den Leistungen des Gesundheitswesens sprechen, uns auch daran zu erinnern, dass es uns gelungen ist, Kindergesundheitsziele zu erarbeiten, zu entwickeln, sie rechtlich zu verankern und sie im täglichen Leben umzusetzen in den Kindertageseinrichtungen. Wir haben ein sehr gutes Netz der stationären Pflege für unsere älteren pflegebe-

dürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger geschaffen. Das ist wichtig für die Frauen und Männer, die es betrifft, das ist aber auch wichtig für ihre Familien, die natürlich hier gerade zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein solches Netz dankbar in Anspruch nehmen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal erwähnen unsere sehr gut entwickelte Beratungstätigkeit, das hervorragende Netz der Schwangeren- und Familienberatung und etwas, was wenig im Blickfeld der Öffentlichkeit ist, nämlich die Stiftung für Frauen und Familien, die hilfsbedürftig sind. Im Jahr 2004 – das ist bekannt – wurden im Land etwa 12.500 Kinder geboren und 5.500 Frauen haben durch diese Stiftung Hilfe erhalten in durchschnittlicher Höhe von 480 Euro bei der Geburt eines Kindes. Das sind 44 Prozent der neugeborenen Kinder, die hier über ihre Eltern, über ihre Mütter durch die Stiftung eine finanzielle Unterstützung gewährt bekommen haben.

Insgesamt gibt das Land Mecklenburg-Vorpommern, gibt das Sozialministerium 122 Millionen Euro für familienpolitische Leistungen aus. Ich denke, die familienpolitische Bilanz des Landes kann sich sehen lassen. Ich wiederhole noch einmal: Sie dient dem chancengleichen Zugang zu den sozialen Leistungen des Bildungs- und Gesundheitswesens. Das ist allgemein bekannt. Wir müssen uns aber auch daran gewöhnen, dass damit eine bedeutsame arbeits- und wirtschaftspolitische Leistung erbracht wird, denn Zuschüsse in Höhe von 86 Millionen Euro für die Kindertagesbetreuung sind natürlich für unsere Kinder in den 1.000 Kitas, sie sind aber auch ein Beitrag zur Sicherung der Dauerarbeitsplätze von 8.000 Erzieherinnen im Land. Oder wenn wir uns die Investitionen in die Krankenhäuser vergegenwärtigen, dann sind das natürlich Einrichtungen, die das Gesundheitswesen qualifizieren, es sind aber auch Mittel, die dauerhaft 19.000 Arbeitsplätze im Bereich der Krankenhäuser sichern. Und wenn ich dann noch an die 4.000 niedergelassenen Ärzte denke, die hier mit zu einem intakten Gesundheitswesen gehören, sind alle Investitionen, alle Zuschüsse zu dem Bereich des Sozialministeriums immer auch Leistungen, die dem Erhalt von Dauerarbeitsplätzen in unserer Gesellschaft dienen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nachhaltig ist es also das, was hier das soziale Netz erhält und was auch Arbeitsplätze schafft.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die familienpolitischen Rahmenbedingungen, das wissen Sie, verehrte Abgeordnete, das wissen wir alle, setzt nicht nur das Land, die setzt auch der Bund, die setzen die Kommunen, die setzt die ganze Gesellschaft, die setzen auch die Unternehmen, indem sie Bedingungen schaffen, Familie und Beruf täglich vor Ort in Übereinstimmung zu bringen. Und hier ist immer wieder die Flexibilität der Unternehmer gefragt, in ihren Einrichtungen die erforderlichen Bedingungen zu schaffen. Weil das so ist, setzen wir auf die lokalen Bündnisse für Familien. Wir setzen bei diesen lokalen Bündnissen auch auf die Wirtschaft, auf Betriebe als reale Partner bei der Gestaltung einer familienfreundlichen Welt.

(Harry Glawe, CDU: Dann können Sie doch den Antrag annehmen. Ich weiß gar nicht, was Sie haben.)

Es ist sehr erfreulich zu beobachten, dass gerade, Herr Glawe, nach einer Phase des Beobachtens, des Abwar-

tens wir hier im Lande ein großes Interesse der Gemeinden feststellen können, der Unternehmen feststellen können

(Harry Glawe, CDU: Dann können Sie doch unserem Antrag auch zustimmen. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

für die Initiative der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die sie im vergangenen Jahr gestartet hat und die auch bei uns im Lande Fuß fasst. Gerade heute tagt das 1. Rügener Familienforum. Ich wäre sehr gern dort, aber bin nun aufgrund der Debatten, die wir hier gemeinsam führen, hier.

(Harry Glawe, CDU: Wir hätten Sie längst geholt.)

Ich darf an die Kollegen der CDU noch einmal appellieren: Bringen Sie sich auch ein in diese Debatte!

(Harry Glawe, CDU: Immer. – Ilka Lochner-Borst, CDU: Na klar!)

Bringen Sie sich ein in der täglichen Arbeit!

(Harry Glawe, CDU: Sie reden doch zu unserem Antrag, Frau Ministerin. Sie müssten doch froh sein, wenn unserem Antrag zugestimmt würde, Frau Ministerin.)

Bringen Sie sich ein in Ihren Kommunen, in die lokalen Bündnisse und bringen Sie sich ein in die Familienkonferenz, die ich im Herbst diesen Jahres mit all den Partnern durchführe!

(Egbert Liskow, CDU: Aber wie. – Harry Glawe, CDU: Ja, ich habe mich angemeldet, Frau Ministerin.)

Ein kinder- und familienfreundliches Land,

(Harry Glawe, CDU: Wir müssen uns über die Themen nur noch einigen. Da müssen wir beide reden.)

das heißt vor allem Offenheit für Familien, das heißt Offenheit für Kinder, das heißt Akzeptanz auch bei allen gesellschaftlichen Kräften, dass Kinder in unserem Land der Reichtum der Gesellschaft sind

(Harry Glawe, CDU: Ja, gut, Frau Ministerin, gut. Sehr gut erkannt.)

und dass wir alle gemeinsam Verantwortung tragen, hier die Bedingungen zu gestalten, damit unsere Kinder sich gut entwickeln in ihren Familien. Dazu bedarf es einer Übereinkunft zwischen den Partnern, die an dieser großen zukunftssträchtigen Frage mitwirken.

(Harry Glawe, CDU: Das ist richtig gut, Frau Ministerin. Sie gefallen mir heute, Frau Ministerin. Sie gefallen mir richtig gut heute.)

Insofern, verehrte Abgeordnete der CDU, irritiert mich ungeheuer Ihr Antrag, weil er doch stark auf Staatsgläubigkeit setzt. Ich möchte ganz deutlich sagen, das Leitbild einer nachhaltigen Familienpolitik muss im realen facettenreichen Leben erarbeitet, erstritten und entwickelt werden. Der Antrag, den Sie heute hier vorgelegt haben, wird meines Erachtens der Vielfältigkeit des realen Lebens nicht gerecht.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben ihn nicht gelesen, Frau Ministerin.)

Er ist mir für mein familienpolitisches Verständnis zu eng und ich plädiere deshalb dafür, diesen Antrag nicht anzunehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Das ist nicht fein. Nach Ihrer Rede hätte ich jetzt eigentlich Zustimmung erwartet. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

(Harry Glawe, CDU: Oh, Herr Heydorn! Jörg, nicht so doll!)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich will meine Rede beginnen, indem ich noch einmal kurz auf das KiföG eingehe.

(Torsten Renz, CDU: Neues Thema, neuer Tagesordnungspunkt.)

Das ist hier durch entsprechende Zwischenrufe von Seiten der CDU wieder heftig kritisiert worden, was die Entwicklung der Elternbeiträge betrifft, und vor allen Dingen die Verantwortung des Landes ist dabei wieder thematisiert worden. Wir können, denke ich, gemeinsam zur Kenntnis nehmen, dass die Leistungen des Landes für alle gleich sind. Die Leistungen des Landes sind für alle Kinder gleich.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Und da muss man sich schon die Frage stellen, wie es kommt, dass sich beispielsweise die Elternbeiträge in einer Krippe auf 288 Euro belaufen

(Torsten Renz, CDU: Frau Präsidentin, er redet nicht zum Thema! Er muss zum Thema reden. Er redet zum KiföG.)

und in der anderen Einrichtung auf 130 Euro.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dafür jetzt das Land verantwortlich zu machen ist ein bisschen schwierig.

Ich bin Anfang der Woche in einer Veranstaltung gewesen, wo es auch um dieses KiföG ging. Es war hier in Schwerin. In Schwerin sind die Elternbeiträge auch stark gestiegen. Und die Diskussion kam dann schnell zu dem Punkt, dass Folgendes festgestellt wurde: Das Land gibt mehr Geld. Es bezahlt adäquat den Mehraufwand, der in den Einrichtungen betrieben wird. Warum sind jetzt die Einrichtungen für die Eltern um so viel teurer geworden? Gerade Sie, Herr Liskow, sind über den Flur gegangen und haben das noch einmal explizit und lautstark negativ kommentiert. Ich weiß beispielsweise, dass die Hansestadt Greifswald – da sind Sie ja Stadtpräsident, wenn ich das richtig weiß –, ...

(Egbert Liskow, CDU: Bürgerschaftspräsident.)

Richtig, Bürgerschaftspräsident.

... als die Regelkostensätze noch galten, ihre eigenen Einrichtungen subventioniert hat in einer Größenordnung von über 10 Millionen Euro pro Jahr.

(Torsten Renz, CDU: Ich kann mir nicht vorstellen, dass das alles noch zum Thema gehört. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Über 10 Millionen Euro pro Jahr!

(Torsten Renz, CDU: Was hat das mit unserem Antrag zu tun?)

Wenn Sie das kritisieren, Herr Liskow, dann müssen Sie auch einmal nach vorne kommen und müssen den Leuten erklären, wo das Geld geblieben ist.

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben 120 Millionen Defizit!)

Ja, wo ist dieses Geld geblieben?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich bitte, den Antrag zu berücksichtigen.

Jörg Heydorn, SPD: Ich spreche explizit zum Antrag. Es geht hier um das Thema Familienpolitik und beim Thema Familienpolitik ist die institutionelle Kinderbetreuung für uns ein ganz wichtiger Baustein.

(Torsten Renz, CDU: Sie haben wörtlich gesagt, dass Sie zum KiföG sprechen.)

Insofern vermag ich den inhaltlosen Zwischenrufen von Herrn Renz auch nichts abzugewinnen, Frau Präsidentin.

(Torsten Renz, CDU: Sie haben wörtlich gesagt, dass Sie zum KiföG sprechen.)

Aber wir kommen jetzt zu den originären Ausführungen der CDU. Die CDU stellt sich hier vorne an das Mikro und lässt in persona von Herrn Renz verkünden, wir sind die Familienpartei in Mecklenburg-Vorpommern, ...

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Torsten Renz, CDU: Jawohl! –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es! –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Torsten Koplin, PDS)

Ja, nur Sie müssen meinen Ausführungen auch zu Ende folgen, Herr Renz.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Peter Ritter, PDS)

... um im nächsten Satz dann eingestehen zu müssen, dass Sie programmatisch nichts zu bieten haben.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Es gibt programmatisch von Ihnen nichts. Es gibt nichts, was auf dem Tisch liegt, worüber man diskutieren könnte, was Sie familienpolitisch letztendlich ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Lesen!
Brille aufsetzen und lesen! –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Da kann man nichts finden, was man lesen könnte,

(Harry Glawe, CDU: Das Schwarze alles weg. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

außer, sage ich einmal, Herr Riemann, einer Familiendefinition, die Herr Renz hier vorgetragen hat, die von Anno Tobak ist, die so alt ist wie unser Grundgesetz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Was? –
Wolfgang Riemann, CDU: Da haben Sie wohl nicht zugehört?!)

Und sich dann hier hinzustellen und zu sagen, wir wollen Sie einmal von Ihren verstaubten familienpolitischen Vorstellungen befreien,

(Torsten Renz, CDU: Richtig! Richtig!)

das ist ein Witz. Das ist einfach nur unter der Kategorie „Treppenwitz“ zu verbuchen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und nichts anderes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich möchte jetzt noch einmal auf inhaltliche familienpolitische Schwerpunkte der SPD-Fraktion zu sprechen kommen.

Punkt 1. Wir wollen, mein Kollege Backhaus hat das vorgetragen, die Realisierung eines investiven Sozialstaates, das heißt, unser Sozialstaat muss in Menschen investieren. Wir denken dort insbesondere an Kinder und Jugendliche, die einer entsprechenden Förderung bedürfen. Investitionen in Kinder und Jugendliche haben auch immer etwas mit Chancengerechtigkeit zu tun. Von Herrn Renz sind hier wissenschaftliche Gutachten angesprochen worden. Ich empfehle, die intensive Lektüre von PISA I und II.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und dann werden Sie gemeinsam mit uns zur Kenntnis nehmen müssen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei Ihrer Schulpolitik müssen Sie die wirklich lesen.)

dass gerade für Menschen am unteren Ende der sozialen Fahnenstange sich das Thema Chancengerechtigkeit nicht so darstellt, wie es eigentlich sein müsste. Wir in Mecklenburg-Vorpommern können es uns angesichts unserer demographischen Situation nicht erlauben, Kinder weiter von der Wiege bis zur Bahre in Transferleistungen zu verlieren, sondern wir müssen hier investieren. Wir müssen in Kinder und Jugendliche, in die Köpfe investieren, um unsere Zukunft zu sichern, und das ist Gegenstand unserer Familienpolitik.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der zweite Punkt, den Herr Dr. Backhaus vorgetragen hat, ist ein universalistischer Sozialstaatsanspruch.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Oi, oi! –
Die Abgeordnete Ilka Lochner-Borst bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jörg Heydorn, SPD: Das können wir zum Schluss machen.

Das heißt, wir konzentrieren uns nicht mit unseren Leistungen auf sozial Schwache und sagen, wir geben denen, die sie bedürfen, Geldleistungen und die anderen lassen wir außen vor. Wir sind der Meinung, dass es beispielsweise das Ziel sein muss, die Kindertagesstättenbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern für alle Kinder kostenlos anzubieten, völlig unabhängig vom Einkommen der Eltern,

(Wolfgang Riemann, CDU: Da haben Sie aber ein schönes Gesetz dafür gebastelt.)

denn das, mein lieber Herr Riemann, ist ein soziales Bindemittel. Das bringt das Thema „Identifikation mit dem Sozialstaat“,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

dass alle Menschen merken, dass sozialstaatliche Gesichtspunkte und Leistungen für sie von Vorteil sind.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie lenken jetzt von den ländlichen Kindern ab, ja?)

Und wenn man in dem Zusammenhang die Forderung stellt, das Ehegattensplitting in Frage zu stellen und gegebenenfalls abzuschaffen, dann finde ich das gut und richtig,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Ja, das war Ihr einziger Vorschlag.)

dann finde ich, das ist der richtige Weg, um diese Dinge zu gewährleisten und umzusetzen.

(Beifall Heike Polzin, SPD –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der dritte Punkt, den Herr Dr. Backhaus genannt hat, das möchte ich noch einmal herausarbeiten, war der Bereich der Geschlechtergleichstellung.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Das bedeutet für uns, dass wir uns beim Thema Geschlechtergleichstellung

(Wolfgang Riemann, CDU: Können Sie das gleich noch mal erklären? – Minister Dr. Till Backhaus:
Er hat nicht zugehört.)

auf junge Frauen konzentrieren müssen, die in Größenordnungen zurzeit das Land verlassen. Das heißt, wir müssen Instrumente schaffen, die gewährleisten, dass diese Frauen dem Land erhalten bleiben. Das geht nur über Arbeitsplätze. Und auch da hat unser Minister Herr Dr. Backhaus Vorschläge gemacht.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Der Abgeordnete Backhaus.)

Er hat auf den Bereich der Gesundheitswirtschaft hingewiesen. Den Bereich durchblicke ich auch ganz gut.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir müssen hier klotzen, da müssen wir mehr machen. Das ist ein sehr arbeitsplatzintensiver Bereich, der auch gerade für junge Frauen geeignet ist, neue Jobs zu finden. Das ist der nächste Punkt.

Zum Bereich Lebenschancen habe ich etwas gesagt. Wir müssen – und das ist sozialdemokratischer Anspruch – für die, die heute nicht über die Chancen verfügen, die Bestgestellten haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sind doch schon mal zwei Ministerien, die wir zusammenlegen könnten.)

alles tun, damit denen annähernd gleiche Lebenschancen gewährt werden.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und, Herr Renz, auch Ihre demographischen Interpretationen, was das Thema Kinderwunsch angeht, sind natürlich falsch. Die sind falsch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja, klar! –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Es sind nicht in erster Linie die Frauen, die auf Kinder verzichten, sondern es sind in den Partnerschaften die Männer, die sagen, wir wollen keine Kinder.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wo haben Sie das denn her? – Glocke der Vizepräsidentin)

Wenn Sie sich unsere Statistiken ansehen, Herr Renz, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Sachlichkeit.

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Zuruf von
Wolfgang Riemann, CDU)

Jörg Heydorn, SPD: Nicht die Frauen sind in erster Linie diejenigen, die sagen, Kinder kommen für uns nicht in Frage, sondern es sind die Partner, es sind die Männer. Die Männer sind es.

(Harry Glawe, CDU: Die Idealseite sind doch Wunschinder, oder wollen Sie da widersprechen?)

Das heißt, auch da muss man vielleicht einmal darüber nachdenken, wie man die Herren der Schöpfung dazu bewegt,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Heike Polzin, SPD: Dazu bewegt man sich ganz locker. – Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Gesine Skrzepski, CDU)

Sie haben kritisiert, dass wir uns als SPD nicht eindeutig positioniert haben, Herr Renz. Alles in allem muss man sagen, Ihr Antrag kann nur abgelehnt werden.

(Harry Glawe, CDU: Mehr Leistung!
Mehr Leistung! Mehr Leistung!)

Ihr Antrag kann nur abgelehnt werden und so werden wir verfahren. –

(Beifall Klaus Mohr, SPD)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage der Abgeordneten Lochner-Borst? (Zustimmung)

Bitte, Frau Lochner-Borst, fragen Sie.

(Wolfgang Riemann, CDU: Frag ihn mal, wie viel Kinder er hat!)

Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Kollege Heydorn, Sie haben von moderner und familienfreundlicher Politik der SPD gesprochen. Deshalb frage ich Sie: Ist es modern und familienfreundlich, dass Alleinerziehende durch die SPD-Bundesregierung in Steuerklasse I eingestuft werden und somit steuerlich mehr belastet werden?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Renz, CDU: Er wird das prüfen.)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Lochner-Borst, ich weiß, was seitens der SPD-Finanzpolitiker auf der Bundesebene angestrebt worden ist an finanzpolitischen Veränderungen. Wissen Sie, woran das bisher gescheitert ist?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das ist der Gesamtblockade der CDU zum Opfer gefallen.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

An der Gesamtblockade der CDU. Das ist die Realität. Ob es das Thema Subventionsabbau, ob es das Thema Alleinstehende ist, da müssen Sie einmal gucken. Da müssen Sie Ihre Leute agitieren,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

damit so etwas in die richtige Richtung geht. Da sind Sie bei mir nicht richtig.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage der Abgeordneten? (Zustimmung)

Bitte, fragen Sie, Frau Kollegin.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Kollege Heydorn, welche Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass Alleinerziehende in Steuerklasse I eingestuft werden?

Jörg Heydorn, SPD: Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Kanzler Schröder. Das war der Kanzler! Das war dein Kanzler, Jörg!)

Ilka Lochner-Borst, CDU: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Von Seiten der Fraktion der CDU ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1692 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Es wird nicht mal mehr diskutiert. –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag der CDU mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse jetzt in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der CDU auf Drucksache 4/1692 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der CDU auf Drucksache 4/1692 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Bundesratsinitiative zur Bestattungsvorsorge, Drucksache 4/1696.

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Bundesratsinitiative zur Bestattungsvorsorge – Drucksache 4/1696 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Walther von der Fraktion der PDS.

Gerd Walther, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, dass wir bei diesem Thema jetzt wieder parteiübergreifend agieren und in der gebotenen Sachlichkeit uns dieses, glaube ich, doch sehr wichtigen Themas annehmen können.

Werte Kollegen, mit der Neuregelung der Sozialhilfe im SGB XII, welches das BSHG abgelöst hat, hat sich vieles im Bereich derer, die staatliche Unterstützung zum Leben benötigen, geändert. Nicht geändert hat sich aber die Situation, dass es einzelne Lebensbereiche gibt, in denen Änderungen angeregt, umgesetzt werden müssen, wenn die Lücken offensichtlich werden. Auch in dem alten BSHG war es so, dass diejenigen, die Sozialhilfeleistungen in Anspruch nahmen, eigenes Vermögen zunächst bis zu einem so genannten Schonbetrag aufbrauchen mussten, um Leistungen in vollem Umfang in Anspruch nehmen zu können. Der Schonbetrag, über den wir hier reden und der als Vermögen bestehen darf, liegt momentan bei 2.301 Euro. Dieser Betrag orientiert sich an der Höhe des so genannten Schonvermögens, welches als Freigrenze maßgeblich ist und für die Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen gilt.

Bei der Berechnung des Vermögens, das ist uns aufgefallen, gibt es eine sehr stringente Regelung auch mit Blick auf das, was in Bezug auf Eigenvorsorge für die Bestattung möglich oder eben auch nicht möglich ist. Und wenn ich „uns“ sage, dann betrifft es zwei Bereiche im gleichen Maße: Zum einen beschäftigte uns Sozialpolitiker der PDS das Thema sei längerem und zum anderen war dieses Thema auch Gegenstand der Behandlung im Petitionsausschuss, als uns vor circa einem Jahr eine Petition exakt zu diesem Thema vorlag.

Momentan ist es so, dass private Bestattungsvorsorgeverträge als so genanntes verwertbares Vermögen angesehen werden. Das hängt maßgeblich damit zusammen, dass diese Verträge in der Regel jederzeit kündbar sind und damit, zumindest theoretisch, die Möglichkeit hergeben, zusätzlich bei Bedarf über Bargeld verfügen zu können. Nun kann man nie Fälle ausschließen, in denen auch so etwas passiert, aber schauen wir uns einmal um in unserem Land. Da können wir feststellen, dass sich ganze Generationen, insbesondere ältere Menschen, sehr stark mit diesem Thema beschäftigen. Sie wollen, dass es später den Hinterbliebenen möglich ist, ohne deren Rückgriff auf eigenes Ersparnis die Bestattung der betreffenden Angehörigen zu ermöglichen. Ich glaube, wir haben ganz zu Recht in unserer Antragsbegründung die Formulierung gewählt, dass es eine Frage der Selbstbestimmung und der Würde ist, wenn Angehörige auf diesem Weg vorsorgen wollen.

Für die Vorsorge gibt es verschiedene Möglichkeiten. Je nach den finanziellen Vermögen der Erblasser kann dieses ein separater Schonbetrag, der zweckgebunden für die Begleichung der Bestattungskosten einzusetzen ist, sein. Ein anderer Weg sind auch schon angesprochene Bestattungsvorsorgeverträge. In der Versicherungsbranche nennt sich diese Form der Vorsorge auch Begräbnisvorsorge. Daneben sind andere Versicherungsformen wie die Sterbegeldversicherung oder eine Risiko-

lebensversicherung praktikable Lösungswege. Hier wird es immer darum gehen, dass die entsprechenden Vorsorgeformen variieren können. Jedoch sollte dabei eines verbindlich sein: Wenn wir auf die Konditionen und Leistungen der einzelnen Verträge schauen, sollte am Schluss eine Summe von 5.000 bis 6.000 Euro stehen, mit der alle Verbindlichkeiten im Rahmen der Bestattung beglichen werden können. Und wir sollten uns hier heute auf einen Arbeitstitel von circa 6.000 Euro verständigen, um mit einer einheitlichen Zahl agieren zu können. Jetzt spätestens wird auch klar, warum der reguläre Schonbetrag über 2.301 Euro nicht ausreichend ist.

Uns ist klar, dass wir hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern das eigentliche Problem nicht lösen können. Hier liegt es in der Kompetenz des Bundesgesetzgebers nachzubessern. Bleibt für uns, die wir das Problem mit lösen wollen, die Landregierung aufzufordern, sich auf dem Wege einer Bundesratsinitiative einer Lösung zuzuwenden. Dass es dabei wichtig ist, Partner auch in anderen Landesregionen zu finden, ist klar. Parteiübergreifend können wir hier auch aus dem Landtag in Mecklenburg-Vorpommern heraus Unterstützung leisten.

Die inhaltlichen Kriterien dieser Initiative sind klar. Ich will sie der Vollständigkeit halber noch einmal benennen:

Erstens. Es müssen die Bestattungsvorsorgeverträge beziehungsweise andere zweckgebundene Verträge für die Bestattung rechtlich so gestellt werden, dass sie nicht mehr als verwertbares Vermögen herangezogen werden können.

(Beifall Torsten Koplin, PDS:
Genau, das ist wichtig.)

Zweitens. Sowohl die Beträge unter Punkt 1 oder auch ein zweckgebundener Barbetrag in entsprechender Höhe müssen als zusätzlicher Betrag zum Schonbetrag vorgehalten werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit unserem Antrag wollen wir eine Lücke schließen, die vielleicht bei oberflächlichem Hinschauen eher eine Lappalie ist. Bei genauerem Hinsehen aber fällt auf, dass dieses ein Thema ist, welches die Menschen sehr stark bewegt.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Wer kennt nicht die Oma, die Tante, den Onkel oder gar die eigenen Eltern, Personen im Bekanntenkreis, denen es ein wirklicher Wunsch ist, für ihre eigene Bestattung vorzusorgen? In den letzten Monaten haben wir mehrfach Veröffentlichungen zum Thema zur Kenntnis nehmen müssen, wie es denn ist, wenn für die Bestattung keine finanzielle Vorsorge getroffen wurde oder getroffen werden konnte und die Hinterbliebenen nicht in der Lage sind, für diese Kosten aufzukommen. Wir alle wissen, dass sich diese Fälle künftig sogar noch mehr werden, in denen letztlich die Kommune die Kosten zu tragen hat. Deshalb ist der heutige Antrag, neben dem menschlich zutiefst verständlichen Wunsch nach der eigenen Bestattungsvorsorge, auch ein wesentlicher Baustein dafür, um hier wenigstens teilweise kommende Probleme aus Sicht der staatlichen Finanzierung zu lösen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte im Namen der Koalitionsfraktionen um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Angelika Peters, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Walther.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte steht in einem sozialpolitischen Kontext, der wohl systematisch für die jüngste Entwicklung unseres Landes ist. Die Frage lautet ganz schlicht: Wie und auf welche Weise geht der Sozialstaat mit dem Sterbefall um? Wie steht er dem Einzelnen bei? Wo hilft er und wo nicht?

Vor etwa 120 Jahren wurde mit der Sozialgesetzgebung durch Bismarck die Krankenversicherung eingeführt und in deren Begleitung auch das Sterbegeld. Anfang der achtziger Jahre wurden abhängig vom Monatseinkommen pro Versicherten durchschnittlich 4.200 Mark Sterbegeld gezahlt. 1989 wurde diese Leistung erstmals gekürzt im Rahmen einer Gesundheitsreform und auf 2.100 Mark festgelegt. Alle, die nach dem 1. Januar 1989 erstmalig Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung wurden, hatten dann künftig überhaupt keinen Anspruch mehr auf Sterbegeld. Der letzte große Einschnitt wurde zum 1. Januar 2003 wirksam. Damals wurde das Sterbegeld auf 525 Euro gesenkt und seit dem Januar 2004 ist es aus der Leistung der Krankenversicherung herausgenommen worden.

Nun kann man darüber streiten, ob das Sterbegeld eine originäre Leistung der Krankenversicherung ist oder eher eine versicherungsfremde Leistung. Ich denke, wir sind uns einig, es ist eine erforderliche Leistung. Und gerade als Sozialpolitiker kommen wir nicht an der Tatsache vorbei, dass die Gewährung finanzieller Hilfen auch im Todesfall zu einem Kernbereich sozialstaatlicher Fürsorge gehört, denn gerade ältere Menschen machen sich darüber Gedanken, was jüngere Menschen noch nicht bewegt, wie sie ihren letzten Gang gehen werden.

Etwa 3.000 Euro sind im Minimum für eine angemessene Bestatterleistung und den Erwerb einer Grabstelle aufzuwenden. Insofern war das Sterbegeld, das 2004 abgeschafft wurde, auch nur ein Zuschuss. Jetzt ist die Leistung vollkommen weggefallen und die Gesellschaft denkt darüber nach, die Ersparnisse derjenigen heranzuziehen, die speziell für diesen Fall Vorsorge getroffen haben.

Es ist heute die Realität, dass gerade Empfänger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II bei der Beantragung von Hilfeleistungen damit zu rechnen haben, dass das für die Beerdigung angesparte Geld auf dem Konto oder angesparte Sterbegeldversicherungen beziehungsweise Bestattungsvorsorgeverträge als Vermögen mit eingesetzt werden. Gemäß Paragraph 90 des SGB XII ist grundsätzlich das gesamte verwertbare Vermögen vor der Gewährung von Sozialhilfe einzusetzen. Hierzu gibt es Ausnahmeregelungen, jedoch ist die Sterbegeldversicherung oder der Bestattungsvorsorgevertrag bei diesen Ausnahmeregelungen nicht erwähnt. Theoretisch gibt es die Möglichkeit, Sterbegeldversicherungen oder Bestattungsvorsorgeverträge unter die in Paragraph 90 Absatz 3 SGB XII angeführten Härtefallregelungen abzufassen. Rechtssicherheit für die Betroffenen bietet diese Möglichkeit aber

nicht, da es noch keine einheitliche Verwaltungspraxis und keine Rechtsprechung zu diesem Punkt gibt.

Ähnliches wie für Sozialhilfeempfänger gilt auch für die Empfänger von Arbeitslosengeld II. Bis auf das Schonvermögen in Höhe von grundsätzlich 1.600 Euro haben deshalb Sozialhilfeempfänger ihr Vermögen auch im Todesfall einzusetzen. Auch hierbei sind Sterbegeldversicherungen und Bestattungsvorsorgeverträge nicht ausgenommen. Zwar wird in diesem Bereich ein Grundfreibetrag, also das gesamte Schonvermögen, altersabhängig festgesetzt und beträgt 200 Euro je Lebensjahr, insgesamt maximal 13.000 Euro, aber es gibt keine Möglichkeit, angespartes Vermögen für die eigene Bestattung unabhängig von diesem Schonbetrag gesondert zu berücksichtigen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat unter Anwendung des Bundessozialhilfegesetzes, also noch zu Zeiten des BSHG, in seiner Entscheidung vom vergangenen Jahr eine angemessene finanzielle Vorsorge für den Todesfall als Schonvermögen anerkannt. Ausdrücklich hat es dabei den Wunsch vieler Menschen, für die Zeit nach ihrem Tod vorzusorgen, gewürdigt. Ihnen sollen die Mittel erhalten bleiben, die für eine angemessene Bestattung angespart wurden. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist es deshalb gerechtfertigt, eine angemessene finanzielle Vorsorge für den Todesfall vom anzurechnenden Vermögen zu verschonen.

Das ist auch der Kerngedanke dieses hier vorliegenden Antrages. Es ist so, dass die etwas unklare Rechtssituation oder auslegbare Rechtssituation – so muss man eher sagen – mitunter zu inakzeptablen Ergebnissen führt. Zwar übernehmen die Kommunen als Träger der Sozialhilfe die Bestattungskosten, wenn es den Familienangehörigen nicht zumutbar ist, diese zu tragen. Es sind aber Einzelfälle bekannt, dass Bestattungsunternehmen zögerlich sind und bis alles erledigt ist, bis sie über die Kostenzusage verfügen, doch nicht im Interesse des Verstorbenen handeln. Sie müssen erst einmal prüfen, ob es Verwandte gibt. Sie kennen das aus einzelnen Fällen. Das soll mit dem hier vorliegenden Antrag verhindert werden. Es soll verhindert werden, dass es lange dauert, bis eine verstorbene Frau, ein verstorbener Mann seine letzte Ruhestätte gefunden hat.

Wir haben im Bestattungsgesetz des Landes Regelungen, die hier aber nicht weiterhelfen. Zwar ist eine verstorbene Frau, ein verstorbener Mann innerhalb von 36 Stunden nach Eintritt des Todes in eine Leichenhalle zu überführen. Das Gesetz trifft aber keine ausdrückliche Regelung darüber, wann, in welchem Zeitraum der Verstorbene zu bestatten ist. Es liegt in unser aller Interesse, auch die eigene Bestattung als das allgemeine Persönlichkeitsrecht zu würdigen, das aus unserem Grundgesetz resultiert, und hier Rechtssicherheit zu schaffen, um dem Verstorbenen auch bei seinem letzten Gang die gesellschaftliche Würdigung zu erweisen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich hier und heute

zu diesem Antrag spreche, dann nicht, weil ich über Nacht zu einer Sozialexpertin geworden bin oder weil ich mich in allen Themenbereichen fit fühle, sondern weil diesem Antrag auch ein Fall zugrunde liegt, den ich als Berichterstatterin in den Petitionsausschuss eingebracht habe.

(Angelika Peters, SPD: Richtig.)

Auch wenn ich mich bereits im April vergangenen Jahres mit der Problematik beschäftigt habe, so ist diese Petition für mich immer noch sehr präsent, denn es ging um einen jener Fälle, die einen nicht loslassen. Zu erkennen ist das schon allein an dem Umstand, dass die Akte zwei Monate bei mir lag, in denen ich versucht habe zu helfen. Worum ging es mir? Da wendet sich die Tochter eines alten Ehepaares an uns mit der Bitte um Hilfe für ihre Eltern, da ihre eigenen finanziellen Möglichkeiten, die Eltern zu unterstützen, erschöpft waren. Der Vater, der ein langjähriges Berufsleben hinter sich hat, in dem er pflichtgemäß Steuern und Sozialversicherungsabgaben entrichtete, hatte sogar für sein eigenes und für das Ableben seiner Ehefrau vorgesorgt. Er hat mit Geld aus einer Rentennachzahlung einen so genannten Bestattungsvorsorgevertrag mit über insgesamt 8.500 Euro abgeschlossen.

Nun wissen wir, dass viele Dinge nicht planbar sind und unvorhergesehene Schicksalsschläge jeden von uns treffen können. Nicht alles lässt sich absichern, so auch in diesem Fall. Die Ehefrau wird pflegebedürftig, das Vermögen des Ehepaares muss aufgebraucht werden, bevor staatliche Unterstützung, sprich in diesem Fall die Sozialhilfe, greift. Dem ist grundsätzlich auch zuzustimmen. In dem vorliegenden Fall verlangte das Sozialamt von den Antragstellern, dass die Bestattungsvorsorgeverträge aufzulösen sind, da diese zum Vermögen zählen und das so genannte Schonvermögen überstiegen.

Aus verschiedenen Gründen hat mich diese Entscheidung betroffen gemacht, insbesondere nachdem mir eine Mitarbeiterin des zuständigen Sozialamtes am Telefon erklärte, dass Bestattungsvorsorgeverträge dazu missbraucht werden könnten, Geld am Sozialamt vorbeizuschummeln, um es dann für sich selbst zu verwenden. Wie man das hinbekommt, wenn man tot ist, konnte die Dame mir leider nicht erklären. Auch war die Auflösung der Bestattungsvorsorgeverträge vertraglicherseits mit finanziellen Verlusten verbunden. Zudem war die Versicherungssumme nicht unangemessen hoch, circa 8.600 Euro für zwei Beerdigungen. Ich habe die Verträge studiert. Extravaganzen konnte ich dabei nicht erkennen, sondern nur, dass Beerdigungen wirklich eine kostspielige Angelegenheit sind.

Gefehlt hat mir bei der Entscheidung des Sozialamts auch das Verständnis dafür, dass es für viele, gerade ältere Menschen unheimlich wichtig ist, im Falle ihres Todes für die Bestattung vorzusorgen. Das hat mich an meine Oma erinnert, die erst beruhigt war, nachdem sie der ganzen Familie mehrfach erklärt hatte, wie sie beerdigt werden möchte und wo das Geld liegt, das sie dafür angespart hat.

Zu ähnlich gelagerten Fällen gab es bereits einige Gerichtsurteile, zwar von diversen Oberverwaltungsgerichten und sogar eines vom Bundesverwaltungsgericht, allerdings kamen sie zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen, was die Behandlung von Bestattungsvorsorgeverträgen angeht. Das zeigt, dass gerade diese sehr spezielle Problematik höchst richterlich noch sehr kontrovers gese-

hen wird. So lautete, die Sozialministerin hat es angeführt, der Leitsatz des Bundesverwaltungsgerichtes zu einem Fall: Eine angemessene finanzielle Vorsorge für den Todesfall ist zu verschonen. In unserer Sachverständigenanhörung, die ich aus den oben genannten Gründen beantragte, wurde dieser Eindruck von den Vertretern des Sozialministeriums und des Kommunalen Sozialverbandes bestätigt. Der Kommunale Sozialverband unterstützte jedoch gänzlich die Linie des Sozialamtes und als Ergebnis der Sitzung musste festgehalten werden, dass jeder Fall anders liegt und dass die Petenten hätten klagen müssen, falls sie mit der Entscheidung des Sozialamtes nicht einverstanden sind.

Da die Entscheidung auf der Grundlage der noch im letzten Jahr geltenden Sozialgesetze getroffen worden war, blieb uns als Petitionsausschuss nichts anderes übrig, als zu beschließen, dass den Eltern der Petentin nicht geholfen werden konnte. Wir alle hatten, ich erinnere mich sehr gut daran, große Bauchschmerzen bei dieser Entscheidung. Daher, meine Damen und Herren, begrüße ich den Antrag der PDS- und SPD-Fraktion, auch wenn nach der neuen Gesetzeslage in diesem Fall die Eltern der Petentin den Bestattungsvorsorgevertrag wahrscheinlich nicht hätten auflösen müssen, da das Schonvermögen für Personen, die vor dem Jahr 1948 geboren wurden, jetzt doch sehr viel höher ist als noch nach der alten Gesetzeslage. Mit diesem Antrag wird Rechtssicherheit für die Versicherungsnehmer geschaffen und das ist für das persönliche Empfinden der Senioren sehr wichtig. Die CDU-Fraktion hält ebenso wie Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, eine Nachbesserung für solche Fälle für menschenwürdig und notwendig. Wir werden daher Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU,
Gabriele Měšt'an, PDS, und Gerd Walther, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schlupp.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem Frau Schlupp die Emotionen gerade älterer Leute sehr präzise beschrieben hat, ist dem in dieser Hinsicht nichts hinzuzufügen. Wir haben es hier bei dem Thema Einkommens- und Vermögenseinsatz mit einer Geschichte zu tun, die im Sozialrecht seither praktiziert wird. Da gab es schon immer dieses Schonvermögen, differenziert nach Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt war es geringer als bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen. Wir wissen alle, dass die SGB-II-Leistungen – im Volksmund Hartz IV – modifizierte Sozialhilfe sind. Meines Erachtens hat man beim Zustandekommen diesem Bereich zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

Unser Antrag zielt in die Richtung, dass man das korrigiert, dass man das entsprechend nachholt, dass Menschen, die für den eigenen Tod Vorsorge treffen, sei es dadurch, dass Geld zurückgelegt wird, oder dadurch, dass Versicherungsleistungen bedient werden, die Sicherheit gibt, dass das einfach statthaft ist, und dass da nicht jemand kommt und sagt, das ist verwertbares Vermögen und bevor sie jetzt die Augen zumachen, greifen Sie mal darauf zurück und setzen Sie das zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes ein.

Worauf es uns ankommt, ist, noch einmal zu betonen, dass man das nicht grenzenlos machen sollte, dass man nicht jedes Vermögen als Vorsorgevermögen für den Fall des eigenen Todes deklarieren kann, sondern dass man sinnvolle Grenzen einzieht und einfach die maßgeblichen Beträge etwas erhöht. Insofern kann ich noch einmal sagen, ich bitte um Zustimmung für diesen Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Gabriele Měšt'an, PDS –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Walther von der Fraktion der PDS.

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Ich kann mich kurz fassen. Ich möchte mich bedanken für die sehr sachliche, konstruktive Diskussion zum Thema Bestattungsvorsorge. Ich freue mich, dass wir bei diesem aus meiner Sicht sehr wichtigen Thema hier sehr rasch zu einem Konsens gekommen sind, wie wir damit umgehen. Es freut mich auch, weil ich persönlich in den letzten Monaten sehr stark bei diesem Thema dafür geworben habe, Mehrheiten zu finden. Sie wissen, das ist im parlamentarischen Raum nicht immer so einfach. Dass wir es an dieser Stelle dennoch geschafft haben, im Sinne der Betroffenen auch unseres Landes, freut mich umso mehr. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken und für die Zustimmung nochmals werben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Siegfried Frieze, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Walther.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1696. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1696 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Vorfahrt für Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern – Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik strukturell bündeln –, Drucksache 4/1694.

Antrag der Fraktion der CDU:
Vorfahrt für Arbeitsplätze
in Mecklenburg-Vorpommern
– Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-
politik strukturell bündeln –
– Drucksache 4/1694 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Strenz von der Fraktion der CDU.

Karin Strenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meinen Ausführungen möchte ich gerne vorab ein paar Thesengrundsätze beziehungsweise Forderungen voranstellen:

Erstens. Wir müssen die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zielgerichteter für arbeitsmarktentlastende

Maßnahmen einsetzen, denn zurzeit wird nur ein Viertel der ESF-Mittel für diesen Zweck eingesetzt und das ist zu wenig.

Zweitens. Die Mittel aus dem ESF sollten verstärkt für Zuverdienstmöglichkeiten eingesetzt werden. Dadurch ließen sich die Beschäftigungsmaßnahmen des Landes nahezu verdoppeln. Auf dieser Basis könnte auch die Entwicklung eines dauerhaften gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektors sinnvoll sein.

Drittens. Die Programme zur Förderung von Existenzgründungen müssen zwischen Arbeits- und Wirtschaftsministerium besser koordiniert werden.

Viertens. In der Arbeitsmarktpolitik wird zu viel Geld für Verwaltung und so genannte Overheadkosten eingesetzt. Bei manchen Projekten werden bis zu 50 Prozent der Mittel nur für Verwaltung verwendet. Das muss anders werden!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Fünftens. Die Programme und Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik müssen überschaubarer werden, denn nicht die Vielzahl an Richtlinien und Einzelprogrammen bringt die Erfolge, sondern die Konzentration auf möglichst wenige Bereiche. Wir müssen vor allem dort fördern, wo eine Chance auf Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt real besteht.

(Barbara Borchardt, PDS:
Und da gibt es ein Muster?)

Meine Damen und Herren, diese fünf Thesen bilden zumindest zum Teil die Grundlage des Ihnen hier vorliegenden Antrags und finden nicht nur deshalb weitgehend meine vollste Zustimmung. Ich gestehe nämlich, diese Thesen und Grundsätze sind nicht meiner Feder entsprungen. Diese Forderungen, meine Damen und Herren, die im Kern eine Neuausrichtung und Umstrukturierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Land Mecklenburg-Vorpommern fordern, wurden vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Herrn Dr. Backhaus natürlich in Mecklenburg-Vorpommern auf dem letzten Parteitag im April in Gägelow offenbart.

Meine Damen und Herren, nun bin ich die Letzte, die nicht bereit wäre, gute programmatische Vorstellungen des politischen Mitbewerbers anzuerkennen

(Beifall Andreas Petters, CDU)

und als Grundlage für eine vielleicht gemeinsame Initiative dann auch zu verwenden. Darum und deshalb geht es uns mit dem vorliegenden Antrag im Kern um drei Dinge:

Erstens wollen wir angesichts der Tatsache von Rekordarbeitslosigkeit und chronischer Wachstumschwäche eine Bündelung der Ressourcen vollziehen, um so zumindest auf der Ebene der Verwaltung ein Ziehen an einem Strang in Richtung Wachstum und Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Für die CDU-Fraktion ist es schlicht und einfach nicht ersichtlich, warum direkt zusammenhängende Politikfelder einer künstlichen strukturellen Teilung unterzogen worden sind. So sind, ich denke, das ist unstrittig in diesem Hohen Hause, die Existenzgründerpolitik, die Existenzgründerförderung sowie die Verbesserung des Existenzgründerklimas originäre, also ursprüngliche Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Wohin es führt, wenn dieser ordnungspolitischen Grundregel nicht entsprochen wird, hat nicht

zuletzt der leider öffentlich ausgetragene Streit über Kompetenzen und Ziele der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zwischen Minister Ebnet und Minister Holter offenbart.

Zweitens. Meine Damen und Herren, gleiche Ursache, ähnliches Problem offenbart sich in den bestehenden Doppelzuständigkeiten im Politikfeld Tourismus. Der eine kümmert sich um die Infrastrukturförderung, der andere wiederum versucht sich ein bisschen an der Humankapitalförderung. Für das touristische Marketing wiederum interessieren sich beide. So gibt es Broschüren zum Tourismusmarketing für Denkmale und im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Strukturprogramms, ASP, ein eigenes Aktionsprogramm Tourismus.

(Regine Lück, PDS: Ja, das ist auch richtig so. –
Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Gleichzeitig und unverzahlt wird das Landesmarketing wiederum vom Wirtschaftsministerium betreut. Die offensichtlich fehlende Verzahnung und Ausrichtung auf einen zielgerichteten Ausbau des Qualitätstourismus muss nun endlich beginnen! Die Bündelung der Ressourcen ist auch in diesem Fall der erste Schritt in eine bessere Zukunft.

Meine Damen und Herren, der dritte Punkt fasst Genanntes zusammen und fordert eine eindeutige Festlegung des Landtages, dass Arbeitsmarktpolitik auf Seiten der Landesregierung endlich als elementarer Bestandteil der Wirtschaftspolitik angesehen werden muss. Wirtschaft und Arbeit sind in diesem Fall nicht zwei Seiten einer Medaille, sondern ein und dieselbe Seite.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ein künstliches Auseinanderreißen dieses Politikfeldes offenbart die genannten Probleme. Ich hoffe deshalb inständig, dass die mir vom Hörensagen avisierte Kabinettsreform auch ein Jahr vor der Wahl noch genutzt wird, um zum Wohle des Landes die Politik zielgerichtet im Wirtschaftsministerium auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt auszurichten.

(Beifall Andreas Petters, CDU)

Über alle weiteren zu klärenden Fragen wird dann im kommenden Jahr oder vielleicht auch schon viel früher der Wähler entscheiden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Gabriele Měšt'an, PDS: Das hoffe ich auch.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Strenz.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Petters, das hat an der Stelle nichts mit Ehre zu tun,

(Andreas Petters, CDU: Hochrangige
Bearbeitung. – Peter Ritter, PDS:
Ja, die SPD nimmt die Sache wenigstens
ernst. – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

wobei ich gestehen muss, Frau Strenz, Sie haben sich ja nun wirklich Mühe gegeben, das will ich respektieren.

Wollen Sie nicht zuhören?

(Karin Strenz, CDU: Sie haben auch eine laute Stimme.)

Ich dachte, wir machen hier eine Debatte.

Frau Strenz, Sie haben sich ja Mühe gegeben und Sie machen das nicht so plump wie andere. Aber ich muss Ihnen sagen, dieses Kuscheln hier im Parlament oder dieser Versuch, zu Kuscheln mit uns, das funktioniert nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

In Wirklichkeit wollen Sie so ein bisschen den Spaltpilz hier reinhauen. Und deswegen: Ein Schelm, der Böses bei Ihrem Antrag denkt, weil letztendlich haben Sie ja nachher doch – ich versuche mal, den richtigen Begriff zu finden – die Maske fallen lassen. Das ist Ihre alte Leier von der Zusammenlegung von zwei Ministerien.

(Gabriele Měšt'an, PDS: Die die 1.000 Arbeitsplätze schafft, ha, ha, ha!)

Ihr Hauptzielobjekt ist immer Wirtschaft und Arbeit. Wie gesagt, Sie haben es geschickt gemacht, aber der Wahlkampf lässt schon mächtig grüßen. Das war letztendlich Ihre Aussage.

Meine Damen und Herren, mit der Aussage, dass Arbeitsmarktpolitik elementarer Bestandteil der Wirtschaftspolitik ist – das ist von der CDU so gesagt worden –, sprechen Sie uns aus dem Herzen. Das ist als Erstes einmal festzuhalten. Aber zweitens sprechen Sie als CDU der Arbeitsmarktpolitik die eigenständige Daseinsberechtigung ab.

(Regine Lück, PDS: Genau das ist es!)

Arbeitsmarktpolitik aber hat gerade in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, das sollte auch Ihnen nicht verborgen geblieben sein, selbstverständlich ihre Berechtigung. Die SPD hat sich immer für eine aktive Arbeitsmarktpolitik stark gemacht und das wird auch in Zukunft so bleiben. Für die Frage der Berechtigung der Arbeitsmarktpolitik ist es eben nicht allein entscheidend, ob sie in einem einzigen Wirtschafts- und Arbeitsministerium durchgeführt wird oder in zwei verschiedenen Ministerien. Ich sage Ihnen, es bedarf eines Gleichgewichts von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, dabei ist es natürlich selbstverständlich, dass die Arbeitsmarktpolitik sehr eng mit der Wirtschaftspolitik verknüpft sein muss. Arbeitsförderung ist von Nutzen für die Wirtschaft, und zwar besonders dann, wenn die Arbeitsmarktpolitik das Potential des Einzelnen fördert, seine Qualifikation erhöht und damit eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt baut. Das weiß im Übrigen auch die Wirtschaft, deswegen engagiert sie sich in vielen Bereichen dort mit. Insofern kann ich Ihre Begründung, das Nebeneinander von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erweise sich als Standortnachteil, überhaupt nicht nachvollziehen.

Und da möchte ich der Opposition hier im Hause auch auf die Sprünge helfen, wenn es denn noch funktioniert. In

Bayern und in Baden-Württemberg existieren auch nebeneinander ein Wirtschaftsministerium und ein Arbeitsministerium.

(Karin Strenz, CDU: Aber hier funktioniert es nicht.)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das ein Standortnachteil für diese beiden Länder ist. Sie erzählen uns doch immer, von Bayern lernen heißt Siegen lernen. Also an der Stelle sieht das für uns dann ja schon mal ganz gut aus.

Um eine zielgerichtete Ausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hin zum ersten Arbeitsmarkt zu erreichen, ist die Koordinierung selbstredend weiter zu verstärken und zu verbessern. Das bestreitet, glaube ich, niemand ernsthaft. Die Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik wird fortgeführt. Das ist nämlich ein permanenter Prozess. Aber wir wissen alle, angesichts hoher Arbeitslosigkeit braucht das Land auch weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere auf den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist. Aber gerade weil der erste Arbeitsmarkt noch keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, ist gezielte öffentlich geförderte Beschäftigung weiterhin in diesem Lande erforderlich.

(Beifall Ute Schildt, SPD, und Barbara Borchardt, PDS)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns auch als Parlamentarier nichts in die Tasche lügen. Ich habe diesen Prozess seit 1990 – damals noch als Gewerkschafter – sehr intensiv mitbegleiten dürfen und müssen. Für Menschen, die auf Dauer kaum noch Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen, muss doch sinnvolle Beschäftigung angeboten werden. Es ist doch besser, Arbeit anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Regine Lück, PDS)

Das war eigentlich immer unstrittig.

In diesem Zusammenhang hat auch die SPD immer wieder Vorschläge gemacht zur Verbesserung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Ich denke da direkt an arbeitsmarktentlastende Maßnahmen und viele andere Dinge. Ich kann Ihnen also sagen, aktive Arbeitsmarktpolitik war und ist seit 1990 ein unverzichtbarer Begleiter des Strukturwandels in ganz Ostdeutschland, gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern. Und – um da auch Ihrem Gedächtnis auf die Sprünge zu helfen – das galt im Übrigen auch unter den CDU-Ministerpräsidenten dieses Landes.

Meine Damen und Herren, unstrittig ist, denke ich mir zumindest, dass es in Ostdeutschland zu einem sozialen Kollaps gekommen wäre, wenn wir nicht im Wesentlichen auf aktive Arbeitsmarktpolitik zurückgegriffen hätten. Was dann in Ziffer 2 Ihres Antrages gesagt wird und was das anbelangt, so ist die Forderung, die Zuständigkeiten für touristisch relevante Bereiche zusammenzuführen, nichts Neues. Sie sind damit vor kurzem schon einmal hier im Landtag gescheitert, deswegen will ich mich darauf gar nicht groß fokussieren.

Um noch einmal auf den eigentlichen Kern Ihres Antrages zu kommen, denn die ersten beiden Ziffern sind im Grunde genommen nur Prosa: Sie fordern die Zusammenlegung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in einem Ministerium. Diese Diskussion, und, meine Damen

und Herren, das sage ich ganz bewusst auch als Parlamentarier, ist hier letztendlich fehl am Platze. Wenn Sie an der Regierung wären, würden Sie mindestens genauso vehement dafür plädieren, dass eine solche Strukturentscheidung originäres Regierungshandeln ist. Und da haben Sie, Gott sei Dank und wahrscheinlich noch in langer Zeit, nicht mitzureden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Übrigens, und das will ich hier der Vollständigkeit halber auch einmal sagen, in der Mehrzahl der insbesondere auch von der Union regierten Bundesländer sind die Zuständigkeiten für Arbeit und Wirtschaft durch zwei Ministerien abgedeckt, das heißt also, werden getrennt gehandelt. Ich will einmal aufzählen: Baden-Württemberg, Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium; Bayern, Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium; Brandenburg, beides getrennt; Hessen, hier: Herr Koch, getrennt; Nordrhein-Westfalen, nach Ankündigung von Herrn Rüttgers wird das jetzt zusammengehörende Wirtschafts- und Arbeitsministerium getrennt in zwei verschiedene Ministerien;

(Gabriele Měšt'an, PDS: So ist es.)

Schleswig-Holstein, getrennt; auch Rheinland-Pfalz gehört dazu. Nur Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und wenige andere haben das zusammen. Das heißt also, 9 von 16 haben es getrennt.

(Karin Strenz, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren, wie wir erfahren durften – Frau Merkel stellt ja schon ihr Schattenkabinett zusammen –,

(Heiterkeit bei Gabriele Měšt'an, PDS –
Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

soll Herr Stoiber, und da bin ich doch ganz überrascht, das Ressort Wirtschaft übernehmen und, wenn ich das richtig lese, der Herr Müller aus dem Saarland soll das Ressort Arbeit übernehmen.

(Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD –
Gabriele Měšt'an, PDS: Hört! Hört!)

Also so viel zu Ihrer Ernsthaftigkeit und Philosophie, meine Damen und Herren. Mehr braucht es zu Ihrem durchsichtigen Antrag nicht. – Besten Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schlotmann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Bunge von der Fraktion der PDS.

Dr. Martina Bunge, PDS: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich sage Ja zur Vorfahrt für Arbeitsplätze, aber bitte schön nicht um jeden Preis. Ich sage Ja zur Bündelung der Aufgaben bei Existenzgründungen. Aber warum bitte schön muss das in einer Institution erfolgen?

Enttäuscht bin ich ein wenig über Ihre Art der Anträge heute. Ihre Aussage ist im Prinzip, wir schmeißen alles zusammen und dann ist es okay. Und, Frau Strenz, wenn Sie heute zur inoffiziellen Eröffnung des Wahlkampfes

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

den Thesen des Kontrahenten Beifall zollen und keine eigenen Vorstellungen haben,

(Martin Brick, CDU: Wir sind ein Kontrollorgan.)

dann ist das auch ein Stück schwach.

(Beifall Gabriele Měšt'an, PDS)

Sie haben mir in der letzten Sitzung Beifall gezollt, zum Glück sind die Kollegen jetzt anwesend, die da zugehört haben, dass beispielsweise kopierbare, verlagerbare Ansiedlungen zu fördern Scheinerfolge werden können. Was wir brauchen sind innovative Unternehmen, die nachhaltige Arbeitsplätze eher garantieren. Dafür passiert einiges im Land. Zum Beispiel befördert das Arbeitsministerium durch das Projekt INFEX Ausgründungen aus Hochschulen, das Wirtschaftsministerium steckt viel in Technologieförderung. Ich denke, hier müssen wir noch mehr tun. Doch da hilft uns das Zusammenwerfen von Strukturen wenig. Warum tun Sie sich bei diesbezüglichen Vorschlägen so schwer? Ist es vielleicht eine Erblast?

(Karin Strenz, CDU: Unsere Erblast, das sind Sie.)

Schauen Sie mal die Technologieförderung an, Zahlen im Land. Seit SPD und PDS regieren, verdoppelt, ja verdreifacht sich die Technologieförderung. Die Innovationschwäche der Wirtschaftsunternehmen Mecklenburg-Vorpommerns hat die Politik der CDU und F.D.P. Anfang der neunziger Jahre maßgeblich mit verursacht. Für mich heißt das für heute und morgen mehr Innovation und Technologie, mehr in diese Bereiche zu stecken, das aber nicht zu Lasten des ESF zu tun, sondern durch Schwerpunktverlagerungen bei EFRE. Aber darin werden Sie mir ja nicht zustimmen, wenn Sie in Ihrem Antrag die Arbeitsmarktpolitik als Bestandteil der Wirtschaftspolitik deklarieren.

(Karin Strenz, CDU: Ja.)

Ich denke, Arbeitsmarktpolitik ist nicht Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Wenn wir das bei den benannten Mitteln einmal verdeutlichen: Die EFRE-Mittel fließen vorrangig in Investitionen und Infrastruktur, faktisch Hardware, in Beton, so kann man sich das am besten merken. Die ESF-Mittel fließen vor allen Dingen in die Humanressourcen, also in die Software, in die Köpfe. Eine vornehmliche Aufgabe der ESF-Mittel ist auch die Verhinderung der Ausgrenzung besonders benachteiligter Personen, die schlichtweg meistens herunterfallen. Ich verwahre mich strikt, dies als Sozialklimbim zu diskreditieren, wie es in manchen Diskussionen zu vernehmen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Ute Schildt, SPD)

Ich habe mit sehr viel Wohlwollen die Worte von meinem Kollegen Schlotmann gehört, dass wir gleichgehen, ein Gleichgewicht von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zu sehen.

(Reinhard Dankert, SPD: Dies
war schon immer unsere Meinung.)

Sehr schön.

Ihren Beifall, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, fand letzte Woche auch die Aussage, wir müssen die Hochschulpolitik in ihrer Bedeutung für die Wirtschaftspolitik, für die Wirtschaftsentwicklung begreifen.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Gestern zollten Sie Frau Kühnel Beifall, die Agrarpolitik als Wirtschaftspolitik deklarierte, weil wir um starke Unternehmungen im ländlichen Raum kämpfen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben eben ein ganzheitliches Wirtschaftsverständnis.)

Sollen wir das alles in einem Ministerium konzentrieren, wenn Sie konsequent wären? Es kommt doch vorrangig auf die Inhalte an bei dem, was uns weiterhilft. Die Form muss gefunden werden, ist aber zweitrangig. Herr Schlotmann hat es schon dargelegt, wie es in Deutschland aussieht. Neun Länder haben getrennte Ressorts. Und wenn man dem Sonntagswahlsieger Herrn Rüttgers glauben darf, kommt die zehnte Trennung von Wirtschafts- und Arbeitsministerium in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Tagen dazu.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Ich denke, ein gemeinsames, auf ein Ziel, auf ein Leitbild ausgerichtetes Agieren einer Landesregierung ist ein Muss für den Erfolg. Strukturen sollten als originäres Recht dem Landeschef vorbehalten bleiben. Bei Teamwork ist die Struktur zweitrangig. Wichtig wäre für uns, uns tatsächlich den Problemen zuzuwenden.

Existenzgründerinnen und Existenzgründer sagen mir, Frau Bunge, es ist uns wurscht, wer in der Landesregierung wofür zuständig ist. Wichtig wäre für uns beispielsweise, wenn sich nach der Antragstellung auf eine Förderung alle, die regierungs- und verwaltungsseitig beteiligt sind, mit den Antragstellern an einen Tisch setzen und dann rasch und direkt die Probleme lösen. Erstrebenswert wäre, wenn nach der Schaffung von Gründerklima, nach der Existenzgründerförderung durch das Arbeitsministerium eine nahtlose Unternehmensförderung des Wirtschaftsministeriums folgte.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Gut wäre, wenn wie bisher die Aktionsprogramme des Arbeitsministeriums den Förderschwerpunkten des Wirtschaftsministeriums folgen, wie das beispielhaft beim Aktionsprogramm Tourismus ist, das jetzt umschlägt in das Aktionsprogramm zur Gesundheitswirtschaft.

Fazit: Wir haben gute Beispiele der Landesregierung von Teamwork, wir haben weniger gelungene Beispiele. Lassen Sie uns unsere parlamentarische Kontrollpflicht, unser Impulsrecht sachlich wahrnehmen und die Wirkung hier nicht in Formfragen verkennen! Deshalb wird die PDS Ihrem Antrag nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Bunge.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Petters. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Petters, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Dr. Bunge, Sie haben uns jetzt gerade mit Ihren letzten Worten Recht gegeben, dass dieser Antrag wirklich notwendig ist,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

weil Sie sich auch mal inhaltlich mit diesen Positionen auseinander gesetzt haben.

(Heiterkeit bei Gabriele Měšt'an, PDS: Was heißt denn hier „auch mal“? Das gibt's ja wohl nicht!)

Sie haben gesagt, Teamwork ist richtig und Teamwork heißt nicht, dass man einfach so zusammensitzt wie in den Querschnittsgesprächen zwischen den Ressorts, sondern Teamwork heißt auch, dass es eine ganz klare Führung gibt. Die fordern wir in diesem Bereich ein. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt und deswegen freuen wir uns, dass Sie das auf der einen Seite auch unterstützen.

Und wenn Sie, Frau Bunge, sagen, Arbeitsmarktpolitik ist keine Wirtschaftspolitik, dann sage ich Ihnen ganz klar: Nur dort, wo Wirtschaftspolitik gemacht wird, kann auch Arbeit entstehen, und das ist für uns ein wesentlicher Bestandteil der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Und was sind dann die Nachteile?)

Um zu Herrn Schlotmann zu kommen, der leider nicht mehr im Saal ist.

(Volker Schlotmann, SPD: Augen auf!)

Doch noch da?

(Peter Ritter, PDS: Es gibt Fraktionsvorsitzende, die nehmen teil an der Landtagssitzung.)

Herr Schlotmann, wenn Sie das schon als Kuscheln zwischen CDU und SPD bezeichnen, nur wenn wir Sachpolitik machen und auch mal einem Vorschlag von Ihnen zustimmen, dann tut mir das wirklich Leid.

(Heike Polzin, SPD: Wenn Sie Wahlkampfpolitik machen, Herr Petters. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und ich muss sagen, Herr Schlotmann, ich bin ein wenig enttäuscht gewesen. Ich habe gedacht, dadurch, dass sich der Fraktionsvorsitzende mit dem Antrag befasst, erhalten wir eine besonders hohe Wertschätzung unserer Vorlage.

(Volker Schlotmann, SPD: Da waren Sie falsch gewickelt.)

Jedoch ist bei Ihnen leider mal wieder der Gewerkschafter durchgekommen

(Beifall Rainer Pracht, CDU – Torsten Koplin, PDS: Hat er was gegen Gewerkschaften hier?)

und wir haben hier einen Vertreter des DGB gehört,

(Torsten Koplin, PDS: Das ist ein Gewerkschaftspolitiker. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

der uns seine Meinung zu arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen der Steinzeit noch einmal deutlich gemacht hat.

(Heiterkeit bei Regine Lück, PDS – Volker Schlotmann, SPD: Wissen Sie, Herr Petters, da haben Sie keine Ahnung von. Wenn Sie als freigestellter Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums hier reden müssen, dann tun Sie das. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Herr Schlotmann, Sie haben darüber hinaus in unserem Antrag kritisiert,

(Zuruf von Gabriele Měšt'an, PDS)

dass acht Ministerien in den Bundesländern diese Regelung nicht haben, und haben unter anderem Baden-Württemberg und Bayern angeführt.

(Reinhard Dankert, SPD: Unter anderem.)

Wenn wir uns in Bezug auf die Größe und die Art der Fälle mit diesen beiden Bundesländern wirklich befassen würden –

(Volker Schlotmann, SPD: Tun Sie das doch!)

und schauen Sie sich ein Organigramm eines Wirtschaftsministeriums in Bayern und Baden-Württemberg an –

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

dann sehen Sie, wie viel Mittelstand es dort gibt und dass man sich dort wirklich mit diesen Fragen befassen muss und es in dem Fall überhaupt nicht möglich wäre, etwas zusammenzulegen. Bei uns gibt es wenig Wirtschaft und wir haben die Möglichkeit, diese kleinen Pflänzchen der Wirtschaft mit Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik zusammenzuführen.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU,
und Dr. Henning von Storch, CDU)

Und dass Sie unsere Anträge immer nur als Prosa bezeichnen, das kennen wir ja schon von Ihnen.

(Volker Schlotmann, SPD: Einen Teil Ihrer Rede!)

Aber ich sage Ihnen ganz klar, Herr Schlotmann, hätten Sie sich nur mit einem Satz inhaltlich mit unserem Antrag auseinander gesetzt, dann hätte ich wirklich sagen können, okay, dann hätten wir Sie mal wieder loben können und dann wäre das vielleicht unter Ihrer Überschrift wie der „kuscheln“ gewesen.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie haben mich doch noch nie gelobt. – Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, unser vorliegender Antrag fordert die Landesregierung auf, in den Politikfeldern Existenzgründung, Tourismus und Arbeitsmarktpolitik die Kräfte zu bündeln. Ich denke, dass die Vorredner, die hier gesprochen haben, doch nicht ernsthaft der Auffassung sein können, dass das eine Sache ist, die nicht im Landtag beraten werden müsste und zur originären Organisationsaufgabe der Landesregierung gehört. Wir sind das Parlament. Wir müssen doch sagen, wie wir uns etwas vorstellen, und die Landesregierung hat dies dann nach unseren Vorstellungen abzuarbeiten.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Ist es also nicht legitim, dass wir hier auf ein Defizit hinweisen?

Sie haben zu Recht gesagt, Herr Schlotmann, wir haben vor einigen Monaten schon einmal einen ähnlichen Antrag zum Tourismus gehabt. Aber leider wird dieser Tourismusantrag von Ihren Koalitionsfraktionen im Tourismusausschuss als so unnotwendig angesehen, dass er überhaupt nicht mehr aufgerufen wird. Deswegen sind wir heute noch einmal mit einem übergreifenden Ansatz hier in die Debatte gegangen und ich finde es schade, dass Sie das hier eigentlich nur genutzt haben, um wieder – wir haben das ja von Herrn Backhaus heute schon gehört –

den Bundestagswahlkampf einzuläuten. Das war aus meiner Sicht dem Sachantrag nicht wirklich dienlich.

(Ute Schildt, SPD: Das ist doch nicht wahr.)

Die Bündelung der Arbeitsfelder, wie in unserem Antrag aufgeschrieben, ist unter der Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern die höchste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer hat und das Wachstum, meine Damen und Herren, so leicht immer Stagnation, manchmal etwas im Plus, manchmal etwas im Minus ist, nötig. Deswegen können wir doch nicht einfach ruhelos dieser ganzen Angelegenheit zuschauen. Wir denken, wir müssen auch mit solchen Sachanträgen, auch wenn es Ihnen wehtut, dass wir da einen aktuellen Koalitionsstreit aufgreifen, darüber sprechen, Herr Schlotmann und Frau Bunge, dass dort Handlungsbedarf besteht.

(Volker Schlotmann, SPD: Herr Petters, das hat nicht wehgetan. Ich hab' darüber geschmunzelt. Sie müssen auch mal zugucken.)

Herr Schlotmann, meine Damen und Herren, das Dilemma offenbart sich beispielsweise bei den Existenzgründern. Immer wieder wird mittlerweile auch von Vertretern der Sozialdemokratie betont, dass Politik nicht Arbeitsplätze schaffen kann –

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

das haben wir von Herrn Clement sehr häufig gehört, aber auch von Herrn Schlotmann –, sondern dass wir nur die Rahmenbedingungen verändern können. Dann frage ich Sie: Warum weigern Sie sich, in diesem Bereich etwas Gutes zu tun? Nur weil Sie dann in der Koalition eventuell ein Problem hätten? Das verstehe ich nicht, Herr Schlotmann.

(Reinhard Dankert, SPD: Das verstehen Sie nicht? – Volker Schlotmann, SPD: Ja, fragen Sie mal Frau Merkel!)

Das Entstehen neuer Unternehmen, neuer Ideen und letztendlich neuer Produkte, Herr Schlotmann, die schöpferische Zerstörung, wie sie einst der berühmte Nationalökonom Schumpeter bezeichnete,

(Volker Schlotmann, SPD: Ah, jetzt mal gleich die Maske runter, den Schummelpeter!)

kann vom Staat mit gründerfreundlichen Rahmenbedingungen unterstützt werden. Die Betonung liegt auf „kann“, denn die Realität sieht, zumindest in dem Bereich, auf den sich unser Antrag bezieht, nicht so positiv aus. Das beginnt schon mit der Tatsache, dass es zwei konkurrierende Verwaltungseinheiten gibt. Man kann doch wirklich zugeben, das sind zwei konkurrierende Verwaltungseinheiten. Herr Ebnet und Herr Holter versuchen doch, sich im gleichen Spielzimmer zu profilieren, meine Damen und Herren,

(Barbara Borchardt, PDS: Sie versuchen zu helfen.)

sehr, sehr häufig.

(Barbara Borchardt, PDS: Na Sie haben ja eine Denkweise, das versteht man gar nicht.)

Und das ist einfach nicht gut. Wir müssen die Schaffung von Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern in den Vordergrund stellen und nicht die parteipolitische Profilierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das eine Haus hat die Investitionen und den regionalen Entwicklungsfonds EFRE, das andere fördert mit ESF-Mitteln Qualifizierungsmaßnahmen und verbessert das Klima für Existenzgründungen. Eine zentrale Anlaufstelle gibt es dort nicht. Nach unserer Auffassung muss die da sein, damit Menschen, die in diesem Land noch aktiv sind, die etwas machen wollen, die Existenzen gründen wollen, dass die auch wirklich einen Service aus einer Hand bekommen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Ich nehme nur mal das Mikrodarlehen: Auf der einen Seite kümmert sich der Wirtschaftsminister mit seinem Landesförderinstitut um das Mikrodarlehen, auf der anderen Seite kümmert sich die so genannte Gesellschaft für Struktur- und Arbeitsmarktentwicklung mbH um dieses Thema.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ja, ja.)

Meine Damen und Herren, warum können wir uns dies in diesem Land leisten, wenn ich Frau Keler immer wieder höre, dass wir sparen müssen, dass gerade dort aus dem Hause Finanzen immer wieder dafür gesorgt wird, dass etwas zusammengelegt werden soll? Und dann weigern Sie sich, hier das Vernünftige zusammenzulegen, was nicht mit großen politischen Aktionen zu tun hat?! Hier geht es darum, das Vernünftige zu tun, und dazu fordern wir Sie mit unserem Antrag auf.

Es geht nicht nur um die Verbesserung der Effizienz, um eine klare Zuordnung von Zuständigkeiten sowie die Einfachheit, sondern insbesondere gegenüber dem eigentlich Angesprochenen, nämlich dem potentiellen Existenzgründer, ist dieses Durcheinander nicht zu rechtfertigen, zumal aus meiner Sicht nur die persönlichen Eitelkeiten der Hausspitzen ausschlaggebend für den Status quo sind. Meine Damen und Herren, ich fordere Sie als Vertreter der Fraktionen und der Parteien auf, endlich Tacheles zu reden und dort Veränderungen herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, mit der Frage der Behandlung technologieintensiver Existenzgründungen möchte ich an dieser Stelle einen weiteren Problempunkt in die Diskussion einbringen. Zur Technologie habe ich leider von Ihnen, Frau Dr. Bunge und Herr Schlotmann, wirklich keinen Satz gehört.

(Dr. Martina Bunge, PDS:
Haben Sie nicht zugehört?)

Denn wenn wir sagen, und die SPD hat das auch immer wieder gefordert, Innovation bedeutet Wachstum,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

dann müssen wir doch in dem Bereich Technologiepolitik – und ich bin ein positiv denkender Mensch, Herr Schlotmann, auch nach Ihrer Rede immer noch –,

(Volker Schlotmann, SPD: Das traue ich
Ihnen gar nicht zu! – Torsten Koplin, PDS:
Das hätte ich aber nicht gedacht!)

gerade im Bereich der Zukunft für unser Land, den kleinen Keimzellen, die sich in unseren Technologiezentren entwickeln, auch versuchen, in diesem Falle den Service optimal an den Punkt zu bringen. Wenn wir aber gerade

sehen, dass wichtige Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Arbeitsministerium angeboten werden von unterschiedlichen Trägern der Arbeitsmarktpolitik, und wenn es Investitionsförderung in der Technologiepolitik gibt aus dem Hause Ebnet, dann sage ich Ihnen ganz klar, dass das Technologieberatungsinstitut aus dem Wirtschaftsbereich und die Stellen von Herrn Holter immer wieder Reibungspunkte haben. Sie müssen mir ganz klar sagen, wo es Schnittstellen gibt. Es sagt Ihnen doch heutzutage jeder, da gibt es Verluste. Wir wollen doch das Optimale für unser Land hier herausholen.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten Punkt unseres Antrages, zum Tourismus.

Der Tourismus, da sind wir uns einig, und da sollten Sie mir auch einmal zuhören, Herr Schlotmann, ist doch gerade hier in unserem Hohen Hause immer ein Thema gewesen, dem wir parteiübergreifend zur Seite gestanden haben.

(Reinhard Dankert, SPD: Jaja.)

Wir wollten uns dort immer wieder für Investitionen einsetzen. Das ist gut so und dagegen möchte ich auch gar nicht reden. Aber wir waren uns doch auch immer im Klaren darüber, dass neben schönen Hotels und Produkten auch die Investition – Frau Bunge, das haben Sie ja gesagt – in den Menschen wichtig ist, in den Service et cetera pp. Und wenn wir diese Politik für Tourismus wirklich ernst meinen, dann muss Tourismuspolitik auch in einem Hause wirklich von Anfang bis Ende durchgehalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Martina Bunge, PDS: Das ist
das, was vernünftig funktioniert.)

Ich möchte heute nicht über mein Lieblingsthema Marketing sprechen. Dort ist es genauso wichtig, meine Damen und Herren, dass das aus einer Hand kommt, dass so wenig wie möglich Brüche da sind, so wenig wie möglich Verluste für unser Land.

Die mittlerweile offenkundigen Meinungsverschiedenheiten der Häuser zwischen Herrn Holter und Herrn Ebnet werden zum Beispiel deutlich bei dem ASP-Aktionsprogramm Tourismus, wo, wenn Sie fleißiger Leser von Pressemitteilungen aus dem Hause Holter sind, Sie sich immer wundern, wer hier eigentlich Tourismusminister in diesem Lande ist, oder auch im Bereich Denkmale. Sie sagen, Frau Bunge, die beiden Häuser arbeiten sehr gut zusammen. Wir haben andere Quellen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir hören immer nur, dass dadurch Bürokratie wesentlich erhöht worden ist. Wenn zwei Minister das gleiche Feld bepflanzen, dann meldet sich als Dritter noch der Landwirtschaftsminister, der gerade hier hereingekommen ist.

(Regine Lück, PDS: Sie hören doch nur, was Sie
wollen! – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Wie meine Kollegin Frau Strenz gerade schon feststellte, hat er auf dem Parteitag in Gägelow noch einmal ganz klar gesagt,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

dass die Bündelung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wichtig ist, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Richtlinien und Einzelprogramme nach Backhaus-Aussage bringen Erfolge ...

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Herr Backhaus! So viel Zeit muss sein.)

Herr Backhaus, Herr Dr. Backhaus, so viel Zeit ist auch immer. Entschuldigen Sie.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Wenn er das zitiert, kann er sagen, nach Backhaus' Aussage. – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Pracht, CDU)

Als er die Bündelung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Gägelow forderte sowie betonte, dass nicht die Vielzahl an Richtlinien und Einzelprogrammen Erfolge bringt, sondern die Konzentration auf möglichst wenige Bereiche,

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

kann ich sagen, da sind wir voll bei Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Da hat er vollkommen Recht! Da hat er vollkommen Recht! – Dr. Martina Bunge, PDS: Das ist das, was vernünftig funktioniert.)

Da ist diese Intention unseres Antrages hier ganz klar erledigt. Und ich erwarte eigentlich, wenn Sie ehrlich sind und auch zu dem stehen, was Sie da gesagt haben,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

dass Sie unserem Antrag zustimmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Alles sehr, sehr vernünftig. – Klaus Mohr, SPD: Stellen Sie doch den Antrag. – Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu dem teilweise in den Medien ausgetragenen Streit von Wirtschaftsminister Ebnet und Arbeitsminister Holter insbesondere zum Thema „Zukunft der Wirtschaftsförderung“ sagen. Dass Meinungsverschiedenheiten, meine Damen und Herren, am Kabinettschisch zum politischen Geschäft gehören, dazu hat wirklich keiner etwas zu sagen. Man hat auch schon einiges davon gehört und dass da manchmal etwas intensiver gestritten wird.

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist doch richtig so oder nicht? – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Kritisch aber wird es nach meiner Auffassung, wenn man das öffentlich austrägt, und dies ist in der Vergangenheit geschehen. Das hat, meine Damen und Herren, insgesamt nach meiner Auffassung dem Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern geschadet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Ich zitiere die Deutsche Presse-Agentur vom 8. April 2005: „Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern soll nach dem Willen ihres Vorsitzenden“ – diesmal ohne Doktor, es ist ein Zitat – „Till Backhaus in der rot-roten Koalition auf eine effektivere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dringen.“

(Volker Schlotmann, SPD: Was?)

So weit okay.

(Volker Schlotmann, SPD: Was?)

„Außerdem müsse die Förderung von Existenzgründungen zwischen PDS-geführtem Arbeits- und dem SPD-geführten Wirtschaftsministerium besser koordiniert werden.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da hat er Recht! Da hat er Recht! – Volker Schlotmann, SPD: Ja, da hat er Recht. Er hat's ja auch nicht abgestritten. Er hat's auch nicht bestritten.)

Oder aber, meine Damen und Herren, Deutsche Presse-Agentur vom 13.04.2004, ich zitiere: „Vor allem Ebnet hatte eine Umverteilung von Fördermitteln zugunsten der Wirtschaft gefordert. Der SPD-Landesvorsitzende Agrarminister Till Backhaus und der SPD-Landesparteitag hatten einen effektiveren Einsatz der Arbeitsförderung verlangt, die von PDS-Minister Helmut Holter verantwortet wird. Die PDS hatte Vorstöße scharf kritisiert.“

Meine Damen und Herren, da sehen wir doch ganz klar die Zerstrittenheit bei diesem Thema.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist die Wahrnehmung der Presseleute.)

Herr Schlotmann hat in seinem Redebeitrag dazu – und ich war sehr gespannt auf die Position der SPD – leider nicht mit einem Wort etwas gesagt.

(Zurufe von Ute Schildt, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern leidet im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik an einem Schilderwald von Zuständigkeiten. Die höchste Arbeitslosigkeit sowie seit Jahren fehlende Wachstumsdynamik im Land erfordern aber genau das Gegenteil, nämlich das energische und zielführende Umstrukturieren gerade dieser Politikfelder. Auch fiskalisch, meine Damen und Herren, ist eine Bündelung der Ressourcen – und da sind demnächst wieder Haushaltsverhandlungen – unabwendbar. Sinkende Zuweisungen im Rahmen des Solidarpaktes II sowie die neue EU-Förderperiode ab 2007 – dazu werden wir in der nächsten Landtagssitzung einen weiteren Antrag zu unseren Vorstellungen vorlegen –

(Volker Schlotmann, SPD: Das fand ich in Ordnung jetzt. Das ist doch schon mal was, worauf wir uns einstellen können. – Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD, und Heike Polzin, SPD)

bedeuten weniger Geld für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Ein zielgerichteter und effizienter Mittelseinsatz, meine Damen und Herren, zur Schaffung einer breiteren wirtschaftlichen Basis ist deshalb zwingend erforderlich. Helfen Sie mit – auch Herr Schlotmann bitte –, den Schilderwald zu durchforsten,

(Volker Schlotmann, SPD: Ich helfe Ihnen immer, wo ich kann. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD – Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

damit es letztlich wirklich heißt: Vorfahrt für Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Petters.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1694. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. –

(Volker Schlotmann, SPD: Alle.)

Danke schön. Stimmenthaltungen? –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wieso stimmt Ihr denn da nicht zu?)

Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1694 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Öffnung des Grenzübergangs Hintersee, Drucksache 4/1691.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Öffnung des Grenzübergangs Hintersee
– Drucksache 4/1691 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Fiedler-Wilhelm von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Danke schön, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die mangelnde Durchlässigkeit an der deutsch-polnischen Grenze berührt die Menschen und beschäftigt diesen Landtag nicht zum ersten Mal.

(Heike Polzin, SPD: Das stimmt. –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Da es in diesem Antrag, der hier zur Debatte steht, um den Grenzübergang Hintersee in meinem Heimatkreis Uecker-Randow geht, möchte ich mich auch insbesondere auf diesen Grenzübergang in meiner Rede beziehen.

Auf den Grenzübergang Hintersee angesprochen, meine Damen und Herren, reagieren die Menschen in meinem Heimatkreis Uecker-Randow nur noch mit Kopfschütteln und Achselzucken. Ratlosigkeit und Unverständnis machen sich aber auch unter den Kommunalpolitikern breit. Als Anfang der 90er Jahre mit dem Ausbau der Straße bis zur Grenze bei Hintersee auf deutscher Seite Pflöcke für einen baldigen Übergang für die Menschen der Region und unsere Besucher eingeschlagen wurden, war die Freude groß. Der Umweg über Linken und Pomellen, um zu unseren polnischen Nachbarn zu gelangen und auch umgekehrt, sollte bald der Vergangenheit angehören. Aber noch heute landen Sie am Ende dieser schönen Straße bei Hintersee an einem Drahtzaun, der diesen Weg jäh abschneidet.

Eine Never-ending-Story wird sie mittlerweile genannt. Sie frustriert uns. Niemand durchschaut mehr die Gemengelage zwischen Deutschland und Polen, zwischen der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern und dem Bundesinnenministerium beziehungsweise dem Auswärtigen Amt. Ein Blick in die Parlamentsdatenbank zeigt, dass sich Abgeordnete und Landesregierung seit 1992 immer wieder mit dieser Problematik beschäftigt haben. Im Laufe der Zeit wurde aber auch klar, dass die Öffnung der Grenzübergänge Garz auf Usedom und Hintersee im Uecker-Randow-Kreis leider in einen untrenn-

baren Zusammenhang gebracht wurden, was die Situation wegen unterschiedlichster Befindlichkeiten in den jeweiligen Regionen nicht gerade leichter machte. Sah es zwischenzeitlich auch so aus, als ob man dem Ziel näher gekommen wäre, haben die Antworten, die die jeweiligen Landesregierungen, egal welcher Couleur, gaben, schnell wieder für Ernüchterung gesorgt.

Hier, meine Damen und Herren, eine kleine Chronologie. Auf die erste Anfrage aus dem Jahre 1992, welche Grenzübergänge vorgesehen waren, kam die Antwort der Landesregierung: Garz, Swinemünde, Hintersee/Entepöl, Altwarp/Neuwarp, Ueckermünde/Swinemünde. Die polnische Seite war zu diesem Zeitpunkt nur bereit, drei Übergänge für den Personenverkehr zuzulassen, die allerdings nicht auf dem Territorium Mecklenburg-Vorpommerns sein sollten.

Mittlerweile ist wieder ein bisschen Bewegung in die Sache gekommen. Eine weitere Kleine Anfrage vom November 1992 wurde folgendermaßen beantwortet: „Der Straßenübergang Hintersee/Entepöl (Dobieszczyń)“ wurde dem Bundesinnenministerium „als vorrangig zu lösende Aufgabe für das 1. Halbjahr 1993 benannt.“ Immerhin schon ein Fortschritt.

Im September 1997 gab es erneut eine Kleine Anfrage zur Öffnung der Grenzübergänge Garz, Hintersee. Dort antwortet die Landesregierung, „am 17. Juni 1997“ sei ein „Beschluss über ihre Haltung zur ... Eröffnung der Grenzübergänge ... gefaßt“ worden. Hintersee sollte für den Personenverkehr, also Pkw und Bus, zu öffnen sein. Die technischen Voraussetzungen dafür waren vorgesehen für die Jahre 1998/99.

Die Landesregierung hat beiden Grenzübergängen zugestimmt und Hintersee Priorität eingeräumt, „weil“, so wörtlich, „dieser Übergang für den Verkehr aus dem Ostseeraum zu einer Entlastung für ... Pomellen und Linken führen wird“. Die Bedeutung des Grenzüberganges Hintersee wurde sogar unterstrichen, weil er „verkehrsrechtlich an der ehemaligen Hauptverkehrsstraße nach Stettin liegt“.

Eine weitere Kleine Anfrage aus dem Jahre 1998 wurde folgendermaßen beantwortet: Nach dem „deutsch-polnischen Regierungsabkommen vom 6. November 1992“ sei „die Eröffnung“ von „Garz und Hintersee in Aussicht genommen. ... mit Rücksicht auf die besondere Verkehrsproblematik auf Usedom“ – mein Kollege Wolfgang Riemann hatte da im letzten Jahr zu dieser Problematik ausführliche Ausführungen gemacht – sollten „beide Grenzübergänge für Fußgänger, Radfahrer und Busse“ geöffnet werden. „Eine spätere Öffnung für Pkw ist nicht ausgeschlossen.“ Erstmals wird gesagt, dass der Termin der Öffnung für beide Grenzübergänge jedoch ungewiss sei, da Polen Hintersee und Garz nur „parallel“ öffnen wollte.

Eine weitere Kleine Anfrage aus dem Jahr 2001, wann denn nun mit der Öffnung von Hintersee zu rechnen sei, wurde folgendermaßen beantwortet: „Auf Wunsch Polens soll die Öffnung des Grenzüberganges Hintersee zeitgleich mit Garz erfolgen.“

Auf der ersten Sitzung der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe „Grenzübergänge/Infrastruktur“ des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Woiwodschaft Westpommern im Juli 2001 erklärten die Vertreter der polnischen Seite, dass die Bauarbeiten für die Grenzübergangsstelle, die am Grenzübergang Garz-Swinemünde

auf polnischem Territorium errichtet wird, im Jahr 2002 begonnen und gegen Ende 2003 abgeschlossen werden können. Mit einer vorherigen Öffnung der beiden Grenzübergänge sei nicht zu rechnen.

Im Jahr 2003 gab es hier einen Antrag aller Fraktionen, dem natürlich auch im Landtag zugestimmt wurde, zu einer gemeinsamen Erklärung des Rechts- und Europa-ausschusses dieses Landtages und des Ausschusses für Entwicklung, Marketing und Internationale Zusammenarbeit des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern vom 29. September 2003. Hierin heißt es: „Der kleine Grenzverkehr soll auf die Gemeinden der Euroregion POMERANIA ausgeweitet werden.“ In der Begründung zum Antrag auf Drucksache 4/929 gelingt auch nur wieder der Rückblick auf Übereinkünfte, die bisher doch nicht realisiert werden konnten.

Ich darf weiter aus diesem Antrag zitieren: „Bisher ist es aus unterschiedlichsten Gründen nicht gelungen, die in der Anlage 2 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Grenzübergänge und Arten des grenzüberschreitenden Verkehrs vom 6. November 1992 enthaltenen neuen Grenzübergänge Garz-Swinemünde ... und Hintersee-Entepöl ... zu eröffnen.“ Weiter wird gesagt, dass die Grenzübergänge zwar vorgesehen seien, wann aber die Zulassung für den Pkw-Verkehr nun endlich realisiert werden könnte, sei immer noch nicht klar.

Was, meine Damen und Herren, stellen wir uns langsam die Frage, sind diese unterschiedlichsten Gründe, die hier in der Begründung aufgeführt wurden? Bis heute gibt es keine Öffnung. Am 12.05.2004 gab es eine Plenarsitzung in diesem Hause zu einer Unterrichtung durch die Landesregierung zur „Erweiterung des Kleinen Grenzverkehrs um Pkw-Verkehr am Grenzübergang Ahlbeck-Swinemünde“. Der Pkw-Verkehr im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs wurde seitens des Bundesministeriums des Innern aus Personal- und sicherheitstechnischen Gründen zunächst abgelehnt. Auch die zu den Euroregionen zählenden Gemeinden, und zwar in den Landkreisen Nordvorpommern, Uecker-Randow, Ostvorpommern, Rügen, sowie die Hansestädte Greifswald und Stralsund in den kleinen Grenzverkehr über die 15-Kilometer-Grenzumschlingung hinaus in das deutsch-polnische Abkommen aufzunehmen ist bisher nicht gelungen. Verantwortlich ist hier nach Auskunft des Bundesministeriums des Innern, das Auswärtige Amt oder die polnische Regierung.

Meine Damen und Herren, inzwischen ist ein Jahr vergangen, seit Polen der EU beigetreten ist und Mecklenburg-Vorpommern, speziell der Uecker-Randow-Kreis, keine EU-Außengrenze mehr darstellt. Wir sind keinen Schritt weiter gekommen. Die mangelnde Durchlässigkeit an der deutsch-polnischen Grenze ist nach wie vor ein Ärgernis nicht nur für die Bürger dieser Region.

Die Menschen, meine Damen und Herren, sind aber inzwischen weiter als die Politik. Am mittlerweile zur Tradition gewordenen Grenzfest am 1. Mai eines jeden Jahres in Rieth, Altwarp, Nowe Warpno oder Neuwarp nehmen immer mehr Menschen teil und nutzen die Möglichkeit, unkompliziert den Nachbarn zu besuchen. Es gibt keine Wirtschaftsmesse oder Leistungsschau in Pasewalk, Torgelow oder Stralsund mehr, ohne dass auch polnische Unternehmer sich präsentieren. Kindergärten und Grundschulen scheuen sich nicht, Kinder mit der kompli-

zierten polnischen Sprache vertraut zu machen. Schul-, Städte- und Gemeindepartnerschaften sind schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Das deutsch-polnische Gymnasium hat sich zu einer Institution entwickelt, die nicht mehr nur deutsche und polnische Jugendliche durch das gemeinsame Lernen zusammenbringt. Immer mehr Menschen jeden Alters erlernen in der Volkshochschule Uecker-Randow die polnische Sprache. Polnische Lehrlinge in deutschen Unternehmen sind keine Seltenheit mehr. Die Wohnungsgesellschaften unterhalten ein Büro in Stettin, das sanierte, aber leider leerstehende Wohnungen aufgrund der demographischen Entwicklung in unserem Kreis insbesondere für Studenten der Stettiner Universität anbietet. Ganz wichtig wäre dieser Übergang gerade für die Wohnungsgesellschaften Torgelow und Eggesin, weil sie natürlich viel zu weit von der Grenze weg sind. Polnische Bürger interessieren sich für Häuser und Grundstücke. Dass es mit dem Immobilienmarkt im Uecker-Randow-Kreis nicht zum Besten bestellt ist, glaube ich, ist wohl kein Geheimnis. Orchester, Chöre und Künstlergruppen aus Polen sind aus unserem kulturellen Leben nicht mehr wegzudenken. Ich könnte diese Liste endlos weiter fortsetzen.

Es verwundert wohl niemanden, dass sich der Kreistag Uecker-Randow vor zwei Wochen einstimmig über alle Fraktionen und Wählervereinigungen hinweg für einen Antrag der CDU-Fraktion ausgesprochen hat, der die schnellstmögliche Öffnung des Grenzüberganges Hintersee zum Inhalt hat. Die Geduld der Menschen ist auch in Pommern nicht unendlich. Leider mischen sich Töne in die Diskussion um die Problematik des Grenzüberganges Hintersee, die einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Menschen dies- und jenseits der Grenze abträglich sind. Mutmaßungen über angebliche Boykotte von Umweltschützern oder Grundstücksbesitzern auf beiden Seiten machen die Runde. Die Befindlichkeiten zum Grenzübergang Garz, an den unser Grenzübergang wohl schicksalhaft gebunden ist, tun ihr Übriges. Wir wollen aber keine Gräben aufschütten lassen, sondern klare Signale und ehrliche Antworten. Dass der geplante private Nationalpark von Herrn Professor Succow als Nordgrenze genau die Straße von Hintersee bis zum Grenzübergang hat, macht uns auch nicht gerade glücklicher.

Herr Minister Timm, sehen Sie sich bitte als Innenminister dieses Landes nicht nur als Mittler zwischen Bundes- und Landesinteressen. Und, Herr Ministerpräsident, machen Sie Ihren Einfluss bei den Parteifreunden in der Bundesregierung geltend! Versuchen Sie, auf die Tube zu drücken! Ihr Parteifreund und Abgeordneter aus dem Uecker-Randow-Kreis Heinz Müller sagte kürzlich gegenüber unseren Regionalzeitungen, der „Pasewalker Zeitung“ und des „Nordkurier“, hinsichtlich des Grenzüberganges Hintersee: „Es müssen endlich Fakten geschaffen werden.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Fiedler-Wilhelm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Europa wird größer, aber in Hintersee bleibt die Grenze geschlossen. Wer dort vor Ort war, kann nur den Kopf schütteln, wie Frau Fiedler-Wilhelm das schon getan hat. Die Straße ist bis zum Grenzstreifen gebaut, dahinter aber ist Schluss – kein Abfertigungsgebäude, keine Straßenverlängerung in Polen. Seit zwölf Jahren gibt es das entsprechende Grenzübergangsabkommen, geschehen aber ist in Hintersee nichts beziehungsweise fast nichts. Sie wissen, meine Damen und Herren, dass Verhandlungspartner der Republik Polen in dieser Angelegenheit die Bundesregierung ist, vertreten durch das Bundesinnenministerium und das Auswärtige Amt. Das Land Mecklenburg-Vorpommern kann diesen Prozess nur begleiten, indem es seine Auffassung mitteilt und indem es die Voraussetzungen schafft, für die es selbst zuständig ist. Das haben wir getan mit dem Straßenbau und das werden wir wohl oder übel, was die Auffassungen betrifft, die wir haben, auch in Zukunft tun müssen.

Das erwähnte Abkommen betrifft nicht nur den Grenzübergang Hintersee, sondern auch den geplanten Übergang bei Garz, der auf der Insel Usedom an Swinemünde anschließt. Beide Übergänge sollten seit jeher zeitgleich geöffnet werden. Zudem ist in beiden Fällen eine identische Nutzung für Fußgänger, Fahrradfahrer und Busse vereinbart worden. Die Grenzabfertigung soll beim Übergang Hintersee-Entepöl auf deutscher Seite und beim Übergang Garz-Swinemünde auf polnischem Gebiet vorgenommen werden.

Von Mecklenburg-Vorpommern ist die Öffnung des Grenzübergangs Hintersee-Entepöl, Landesstraße L 28, für die vereinbarten Verkehrsarten – ich sage es noch einmal: Fußgänger, Fahrradfahrer und Busse – vorbereitet worden. Die straßenseitige Anbindung ist auf deutscher Seite seit langem fertig. Es fehlt nur noch ein kleines Stück im unmittelbaren Grenzbereich, der vom Bau der Grenzabfertigungsanlage durch das Bundesinnenministerium abhängig ist.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Der Bau dieser Abfertigungsanlage wird wie erwähnt im zeitlichen Zusammenhang mit den Bauarbeiten auf polnischer Seite am Grenzübergang bei Garz begonnen, um eine zeitgleiche Öffnung zu ermöglichen. Nach Auskunft der polnischen Seite werden die Grenzabfertigungsanlagen auf beiden Seiten erst zum Herbst 2006 fertig gestellt werden können. Die Gründe hierfür liegen wohl vor allem in der infrastrukturellen Erschließung der relativ entlegenen unerschlossenen Räume im Bereich der jeweiligen Grenzabschnitte. Sie mögen auch zu tun haben mit dem häufigen Wechsel von Zuständigkeiten auf der polnischen Verwaltungsseite.

Meine Damen und Herren, auf der Sitzung der deutsch-polnischen Expertenkommission im letzten Jahr im polnischen Misdroy war auf Betreiben der von Mecklenburg-Vorpommern entsandten Mitglieder wenigstens eine Grenzöffnung für Ende diesen Jahres ins Auge gefasst worden. Die Landesregierung hat in der Folge alles in ihrer Macht Stehende getan, um diesen Termin einzuhalten. So ist die Zufahrtsstraße B 110 zum Grenzübergang Garz in der vorhandenen Breite bereits im Jahr 2004 saniert worden. Dazu ist im weiteren Verlauf der B 110 mit der Fertigstellung der Torfgrabengrenzbrücke, die deutsches und polnisches Hoheitsgebiet verbindet, noch im Herbst diesen Jahres zu rechnen.

Da das Innenministerium und das Woiwodschaftsamt Westpommern ständig Informationen über die jeweiligen Baufortschritte austauschen, wurde zu Beginn diesen Jahres sehr bald erkennbar, dass es Polen aufgrund von Anpassungsproblemen bei der Infrastruktur nicht schaffen würde, die Öffnung des Grenzübergangs Garz-Swinemünde noch in diesem Herbst zu ermöglichen. Ähnliches ist zum Übergang Hintersee mitgeteilt worden. Es sei die Verfestigung von circa zwei Kilometern Woiwodschaftsstraße und der Bau einer Buswendeschleife zwar erforderlich, könne aber in den nächsten Monaten nicht in Angriff genommen werden, so weit die Mitteilung aus der Woiwodschaft Westpommern.

Auf der aktuellen Sitzung der deutsch-polnischen Expertenkommission für Grenzübergänge, die erst vorletzte Woche in Potsdam stattgefunden hat, wurde aus den genannten Gründen sehr schnell deutlich, dass sowohl auf polnischer Seite als auch auf Seiten der Bundesregierung Probleme hinsichtlich der Fertigstellung der Abfertigungsanlagen an den Grenzübergängen fortbestehen, wie gesagt, seit 1992. Der Expertenkommission blieb daraufhin gar nichts anderes übrig, als einvernehmlich festzustellen, dass beide Grenzübergänge wegen noch notwendiger Bauarbeiten im Jahr 2005 nicht mehr eröffnet werden können. Auf Drängen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, wenigstens einen neuen Termin zur Grenzöffnung festzulegen, verständigten sich beide Delegationen darauf, die beiden Grenzübergänge nunmehr spätestens im Herbst 2006 in Betrieb zu nehmen.

In dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion ist außerdem die Rede von einer Nutzung des geplanten Grenzübergangs bei Hintersee durch Personenkraftwagen. Dazu will ich Folgendes sagen: Diese Nutzungsmöglichkeit war nicht Gegenstand des bereits im Jahre 1992 abgeschlossenen zwischenstaatlichen Grenzübereinkommens. Die Landesregierung hält es, um weitere zeitliche Verzögerung zu vermeiden, für sinnvoller, erst einmal die vereinbarten Ziele zu verwirklichen, die, wie gesagt, inzwischen bereits 14 Jahre in Arbeit sind. Ein neues Vertragswerk würde möglicherweise Stillstand für weitere zwölf Jahre oder auch mehr bedeuten können. Die Frage einer Zulassung für Pkw-Verkehr wird dennoch in einem vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegebenen Gutachten mit der Bezeichnung „Integriertes Verkehrsentwicklungskonzept Usedom/Wollin“ untersucht. Das Wirtschaftsministerium unseres Landes ist hier eng eingebunden. Danach wird sich beantworten lassen, wie in Zukunft die Verkehrsströme auf der Insel Usedom gelenkt werden können.

Meine Damen und Herren, ich will auch, genauso wie Sie, Frau Fiedler-Wilhelm, darauf hinweisen, dass Europa sich nicht in Brüssel entscheidet, sondern an solchen Orten wie Hintersee. Da entscheidet sich Europa für die Bürger. Hier erfahren die Menschen hautnah, wie ernst wir es alle meinen, wenn wir „Europa“ sagen, und zwar je weiter entfernt vom Entscheidungsort, desto wichtiger.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und in diesem Sinne, glaube ich, ziehen wir am selben Strang. Ich hoffe, dass wir – mit „wir“ meine ich jetzt die polnische Seite und die Seite der Bundesregierung – den zuletzt vereinbarten Termin, Herbst 2006, tatsächlich einhalten. Man spricht ja bereits davon, dass ab 2007 das Schengen-Abkommen in Kraft treten soll. Dann haben wir rechtlich gesehen eine vollständig andere Lage.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Fiedler-Wilhelm?

Minister Dr. Gottfried Timm: Bitte sehr.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Frau Fiedler-Wilhelm.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Danke, Herr Minister.

Habe ich Sie richtig verstanden, dass der Pkw-Verkehr von Hintersee nach Dobieszczyń, also Entepöl, im Abkommen von 1992 enthalten war? Aber ist es nicht auch richtig, dass die polnische Seite den Pkw-Verkehr für die Zukunft nie ausgeschlossen hat? Das ist meine erste Frage.

Minister Dr. Gottfried Timm: Der Pkw-Verkehr ist im Abkommen nicht enthalten.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Im Abkommen nicht, aber ...

Minister Dr. Gottfried Timm: Im Abkommen nicht enthalten.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Trotzdem hat die polnische Seite laut Beantwortung der Kleinen Anfragen durch die Landesregierung immer gesagt – nach den Antworten zu urteilen –, die polnische Seite hat den Pkw-Verkehr nie wirklich ausgeschlossen. Es wurde immer wieder auf den Pkw-Verkehr in Zukunft hingewiesen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich akzeptiere das noch mal als Erläuterung der Frage.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Entschuldigung.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Okay.

Herr Minister.

Minister Dr. Gottfried Timm: Das Problem ist, dass hauptsächlich die polnische Seite ein Paket schnürt und einen Grenzübergang und seine Öffnung mit dem Grenzübergang an einer anderen Stelle verknüpft. Das ist in diesem Falle Garz-Swinemünde. Und nur dann, wenn alle Grenzübergänge zeitgleich geöffnet werden können, kann es zu einer Öffnung auch in Hintersee kommen. Ob das mit Pkw-Verkehr ist oder ohne, entscheidet sich nicht in Hintersee, sondern entscheidet sich daran, ob man sich zu allen Punkten einig wird. Und die Bundesregierung sagt in diesem Falle als deutsche Seite, dass wir zuerst einmal die vereinbarten Vertragsbestandteile umsetzen. Da kann sozusagen kein Vertragspartner mehr ausbüchsen, will ich mal sagen. Und erst dann, wenn wir diese Umsetzung hinter uns haben, sollte man daran denken, weitere Vertragsverhandlungen aufzunehmen. Sonst würde man wahrscheinlich über Jahre hin, außer Verträge zu verhandeln, nichts erreichen.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage?

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich muss sagen, das ist nicht Aufgabe der Landesregierung, hierzu zu verhandeln, sondern es ist Aufgabe der Bundesregierung. Das ist allerdings deren Standpunkt, den ich hier wiedergebe.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Frage der Abgeordneten? (Zustimmung)

Bitte schön, Frau Fiedler-Wilhelm.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Herr Minister, da ich davon ausgehe, dass Sie sich händeringend um unsere Belange in Berlin kümmern

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

und für unsere Belange kämpfen, darf ich noch einmal eine Frage stellen. Sie hatten es gerade angesprochen, das Thema Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen. Halten Sie es zum jetzigen Zeitpunkt für möglich, diese schicksalhafte Verbindung der beiden Grenzübergänge Garz und Hintersee eventuell aufzulösen und mit einem zu beginnen und mit dem anderen fortzufahren? Wie hoch sind die Erfolgchancen dafür?

Minister Dr. Gottfried Timm: Wissen Sie, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass wir das versucht haben. Aber es war eben nicht möglich. Die polnische Seite besteht darauf, dass die Verknüpfung, die im Vertragswerk angelegt ist, eingehalten wird. Und wenn darauf bestanden wird, geht es eben nur gleichzeitig. Aber wie wir gesehen haben, geht es gleichzeitig auch nicht. Insofern können wir nur hoffen, dass die letzten Beschlüsse der Expertenkommission in Potsdam, die, wie gesagt, auf das nächste Jahr datieren, nun auch umgesetzt werden.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Darf ich eine letzte Frage stellen?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, eine weitere Frage?

Minister Dr. Gottfried Timm: Ja, gerne.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sehen Sie unsere Bemühungen – mit „uns“ meine ich Mecklenburg-Vorpommern – ausreichend durch die Bundesregierung unterstützt?

Minister Dr. Gottfried Timm: Es war ja nicht nur eine Regierung, das läuft nun seit 14 Jahren.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Deshalb sagte ich, Mecklenburg-Vorpommern. – Entschuldigung.

Minister Dr. Gottfried Timm: Wie gesagt, Mecklenburg-Vorpommern, darum geht es. Wie viele Regierungen seit 1992 sich hierum bemüht haben, müsste man zählen. Ich würde sagen, vier. Mein persönlicher Eindruck ist der, dass diese Säge nicht in Berlin klemmt. Mehr will ich dazu nicht sagen.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Danke schön.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Herr Walther. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt hat er sich aber die Latte der Kleinen Anfragen durchgelesen.)

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Seit 1992 besteht die politische Forderung, aber auch der Wunsch der Bevölkerung vor Ort im Uecker-Randow-Kreis nach einer Öffnung des Grenzüberganges Hintersee-Dobieszczyń.

In allen Legislaturen hat sich der Landtag unseres Bundeslandes mit dieser Frage beschäftigt – das wurde in den

Redebeiträgen zuvor auch schon deutlich –, sich eindeutig positioniert und seinen Willen bekräftigt, sich für diese Öffnung einzusetzen. Neben diesen Bekenntnissen wissen wir, zumindest teilweise, auch um die Aktivitäten der Landesregierung beziehungsweise der Landesregierungen, die seit 1992 hierfür in unserem Land zuständig waren. Unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Färbung seit 1992 hatten sich alle Landesregierungen gleichlautend hier positioniert.

Nun wissen wir mit den Aktivitäten im Hintergrund zum einen, dass diese Frage der Grenzöffnung äußerstes Fingerspitzengefühl in der Verhandlung selbst braucht, und zum anderen, dass die Abhängigkeiten mit Blick auf die Befindlichkeiten – Innenminister Timm hat das eben schon einmal versucht, vorsichtig anzudeuten – natürlich vor Ort auch bestehen. Für uns war deshalb, und das ist, glaube ich, auch der aktuelle Hintergrund für den CDU-Antrag hier im Landtag, resultierend auch aus der gemeinsamen Entschließung im Uecker-Randow-Kreis, also im Kreistag dort, die Positionierung der polnischen Seite vor wenigen Wochen ein wenig verwunderlich, die vorsichtig formuliert hat, dass der Ball, der gespielt werden müsste, momentan auf der deutschen Seite des Spielfeldes liegt. Das war für uns sehr neu. Ich glaube, das ist der sachliche und auch verständliche Hintergrund dafür, dass wir gesagt haben, wir möchten hier eine möglichst einvernehmliche Klärung herbeiführen, woran es denn momentan krankt, was denn momentan der Grund fürs Bremsen ist.

Wir wissen auch um den direkten Zusammenhang der beiden Grenzübergänge Garz-Swinemünde auf Usedom und des Grenzüberganges Hintersee-Dobieszczyń im Uecker-Randow-Kreis. Gerade mit Blick auf den Usedomer Übergang muss man natürlich sagen, dass die Öffnung dort bedeutend problematischer gesehen werden kann, gesehen werden muss als die Öffnung in Hintersee, weil zu Recht, glaube ich, die Angst vor einem Verkehrskollaps auf der Insel zumindest in der Hochsaison nicht so unbegründet ist, wenn man sich den Pkw-Verkehr, der in diesen Tagen wieder beginnen wird, anschaut.

Es wird also maßgeblich darauf ankommen, dass die Vertreter der deutschen Seite – und hier meine ich ganz bewusst die Vertreter unseres Landes, mir persönlich reicht der Blick nur auf die Bundesregierung an der Stelle nicht aus – zielstrebig, aber mit gebotener diplomatischer Verhandlungsstrategie versuchen, ein Ergebnis zu befördern, mit der beide Seiten leben können. Denn neben den politischen Problemen am Straßenrand, in diesem Falle am Rande der fertig gestellten Bitumenstraße im Hinterseer Forst, die dort seit zehn Jahren im Dornröschenschlaf verharnt, ist die Achse vor Ort enorm wichtig. Es geht um das Zusammenwachsen der Regionen beidseits der Grenze. Es geht um europäische Normalität, die auch hier endlich einziehen muss. Es geht auch um die Verbesserung der Lebenssituation von direkt betroffenen 40.000 Einwohnern, wenn ich jetzt einmal den städtebaulichen Komplex Ueckermünde, Torgelow, Eggesin sehe, die heute einen enormen Umweg in Kauf nehmen müssen, um das Oberzentrum Stettin, direkt vor ihrer Haustür eigentlich, auf Umwegen – heute über 80 Kilometer Weg – zu erreichen. Im weitergehenden regionalen Bezug würden sich über 150.000 Menschen auf deutscher Seite über diesen kürzeren Weg nach Polen sicherlich sehr erfreut zeigen. Vor diesem Hintergrund haben wir im Kreistag Uecker-Randow einen sehr einstimmigen Beschluss über alle Grenzen hinweg getroffen.

Eines will ich aber auch noch einmal ganz deutlich sagen, weil hier eben so ein bisschen der Disput aufkam mit Blick auf die Frage, welche Verkehrsarten sind es denn nun, die für Hintersee und für Garz auf Usedom die entscheidenden seien. Ich sage noch einmal ganz eindeutig, und das ist vielleicht aus der heutigen Landtagssitzung auch noch einmal eine Erwartungshaltung, die wir an die Landesregierung formulieren: Für Hintersee muss der Individualverkehr fester Bestandteil der Planungen sein, das heißt, der Pkw-Verkehr muss für Hintersee bestehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn wir uns jetzt zufrieden geben mit einer Planung für Fußgänger, Fahrrad und Busse, dann ist das schlicht und einfach eine Lösung – in Anführungsstrichen –, die den Beteiligten vor Ort nicht das bringt, was wir benötigen. Deshalb auch meine sehr intensive und nachdrückliche Bitte, dass wir an der Stelle, wo es die Möglichkeit gibt, auch den Pkw-Verkehr, sprich den so genannten Individualverkehr, mit auf die Tagesordnung nehmen,

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

natürlich immer mit Blick auf das, was die polnische Seite bereit ist, hier zu leisten.

Ich möchte noch einmal an die gemeinsame Erklärung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und der Woiwodschaft Westpommern erinnern. Hier wird – das hatte ich zumindest ein bisschen anders herausgelesen aus der Erklärung, ich habe sie mir gestern Abend noch einmal angesehen – davon gesprochen, dass man mit Blick auf die deutsche Seite doch vielleicht mit Hintersee-Entepöl beginnen sollte, so steht es wörtlich formuliert in der damaligen gemeinsamen Erklärung, weil dort die logistischen Probleme vor Ort geringer sind.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sehr richtig.)

Das ist ein ganz kleiner Unterschied – ich will das hier nur noch einmal ganz fachlich darstellen – zum gleichzeitigen Agieren, weil es eben ein paar Unklarheiten gibt. Ich glaube schon, wir sollten an der Stelle auch die Möglichkeit geben, dass wir uns sachlich und fachlich über diese Fragen, die gestellt wurden, verständigen, dass wir uns auch darüber verständigen, was vielleicht künftig geleistet werden kann aus der Mitte des Landtages heraus. Ich würde für die Fraktionen der Koalition vorschlagen, den Antrag in den Rechts- und Europaausschuss zu überweisen, um dort eine Klärung der Fragen herbeizuführen, um gegebenenfalls dann hier, wenn es sich ergeben sollte, parlamentarische Aktivitäten für den Landtag selbst ableiten zu können. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Walther.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Detlef Müller. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Wolfgang Riemann, CDU: Open the door, Herr Müller! – Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD)

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist einer der vielen Vorteile, die unsere Fraktion bietet, und zwar dass wir zwei Müllers haben. Ich spreche sozusagen in Vertretung des anderen Herrn Müller,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Dr. Ulrich Born, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Herr Müllerchen!)

der im Auftrag des Städte- und Gemeindetags unterwegs ist. Insofern sehen Sie es mir nach, Frau Fiedler, dass ich die Örtlichkeiten nicht ganz so kenne. Aber ich kann gut nachvollziehen, dass Sie als engagierte Abgeordnete natürlich dafür kämpfen, dass in Ihrem Wahlkreis bestimmte Projekte umgesetzt werden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

für die das ganze Land, für die die Landesregierung Verantwortung tragen, keine Frage.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Aber – auch das haben meine Vorredner eigentlich schon ein bisschen durchblicken lassen oder auch gesagt – für dieses Projekt ist nun einmal die Landesregierung nur mittelbar verantwortlich

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Keine Ausrede!)

und insofern, Frau Fiedler, glaube ich, dass wir schauen müssen, dass wir die Bundesregierung sozusagen mehr in Bewegung bekommen. Da gebe ich Ihnen völlig Recht.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig!)

Und auch darauf haben meine Vorredner hingewiesen, es war ja eigentlich schon im Jahre 1992 im deutsch-polnischen Regierungsabkommen geregelt, sehr geehrte Frau Fiedler, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Fiedler-Wilhelm, ist auch doppelt.)

Frau Fiedler-Wilhelm, Entschuldigung.

... wann und wie der Grenzübergang Hintersee geöffnet wird, damals – nach meinem Kenntnisstand – ohne die Regelung für Pkws.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich muss zugeben, Frau Fiedler, Frau Fiedler-Wilhelm, Entschuldigung –

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

das ist auch in Ihrer Nachfrage an den Innenminister zum Ausdruck gekommen –, auch ich finde es schon sehr ungewöhnlich, dass man diese beiden Grenzübergänge miteinander koppelt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, ja, sehr richtig!)

Ich habe relativ wenig Verständnis dafür, dass das so ist. Aber es ist nun einmal so und insofern hat man manchmal auch den Eindruck, dass diese Kopplung dazu beiträgt, dass sich die Öffnung verzögert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele von uns kennen noch den Kollegen Grams. Frau Fiedler-Wilhelm hat auch auf die Kleinen Anfragen hingewiesen. Auch der Kollege Grams aus Ihrer Fraktion hat sehr häufig Kleine Anfragen gestellt zu diesem Thema

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ich habe sein Erbe angetreten.)

und immer wieder gab es ausweichende Antworten beziehungsweise ...

(Rainer Pracht, CDU: Es kommen nur seine Bienen rüber im Augenblick! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nur die Bienen können rüber, richtig.

... in der Antwort auf seine letzte Kleine Anfrage war das Jahr 2002/2003 genannt, wo es losgehen sollte. Und auch darauf haben meine Vorredner hingewiesen, ...

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Seit 1999 lag das schon, ja.)

Na ja, gut. Aber die letzte Anfrage war ja erst 1998.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wir haben das immer wieder nach hinten geschoben. 1998/99 sollten Sie das schaffen.)

Aber von unserer Seite aus, und auch darauf haben meine Vorredner hingewiesen, kann es eigentlich losgehen. Wir haben die Bedingungen geschaffen. Die straßenseitige Anbindung ist vorhanden,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Seit 1992.)

bis auf diese 80 Meter noch. Aber das ist, denke ich, auch relativ schnell hinzubekommen. Insofern, glaube ich, sehr geehrte Frau Fiedler-Wilhelm,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das reicht. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

meine sehr verehrten Damen und Herren, mit ein bisschen gutem Willen, auch das haben meine Vorredner zum Ausdruck gebracht, insbesondere auf der polnischen Seite – das sage ich hier jetzt ganz bewusst – wäre da sicherlich schon einiges mehr passiert. Insofern bin ich auch überrascht, dass man sich nun am 11. und 12. Mai dieses Jahres in dieser bereits zitierten und benannten Expertenkommission darauf verständigt hat, mit der Grenzöffnung erst noch wieder ein Jahr zu warten. Das macht mich schon betroffen und insofern kann ich da nur sagen: Schade, schade!

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Walther hat hier vorgeschlagen, den Antrag in den Europausschuss zu verweisen. Wir haben jetzt noch einmal interfraktionell versucht, das zu besprechen,

(Beifall Peter Ritter, PDS)

und ich schlage Ihnen vor, dass wir diesen Antrag federführend in den Innenausschuss und mitberatend in den Rechts- und Europausschuss überweisen, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist sehr gut, ja. – Peter Ritter, PDS: Ja, man trifft sich ja mal wieder.)

Richtig, Herr Ritter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

... damit wir uns das Thema dann noch einmal intensiv vornehmen können. Frau Fiedler-Wilhelm,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja.)

Sie sind natürlich herzlich eingeladen, wenn es im Rechts- und Europausschuss behandelt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut! Sehr gut! – Peter Ritter, PDS: Wir können ja mal wieder eine Ausschussreise machen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Riemann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe es als eine gewisse Missachtung des Parlamentes an, wenn der zuständige Minister bei diesem Thema den Saal verlässt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Peter Ritter, PDS: Oh, mir kommen die Tränen, Herr Riemann. – Dr. Margret Seemann, SPD: Oh, meine Güte!)

Der Herr Innenminister hat in seiner Pressemitteilung von einer unendlichen Geschichte gesprochen, hat aber dann ausgeführt, dass es eigentlich gar nicht so ist. Ich habe den Verdacht und andere vor mir auch – ich denke an die Diskussion mit Karsten Neumann, die wir hier im Parlament dazu geführt haben –, dass diese unendliche Geschichte noch weitergeht. Ich habe den Verdacht, dass man deshalb jetzt keine baulichen Anlagen errichtet und an der Kopplung festhält und das auch von deutscher Seite aus nicht mit Liebe betrachtet, weil man mit Schengen 2007 möglicherweise diese Anlagen nicht mehr benötigt, und man sagt: Lasst das doch ruhen! Und Mecklenburg-Vorpommern – wen interessiert das schon in Berlin? Wir sind weit weg.

(Heike Polzin, SPD: Lassen Sie den Stier weiterrennen, obwohl gar kein rotes Tuch mehr da ist.)

Und wenn der Herr Innenminister ausführt, beide Übergänge sollten seit jeher zeitgleich geöffnet werden, dann will ich dem Herrn Innenminister seine Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Schoenenburg, Drucksache 2/3063, entgegenhalten: Das war nicht immer so. Es sollte 1998/99 Hintersee eröffnet werden, 2000 Garz. Und es ist nicht so gewesen, dass wir gesagt haben – und diese Landesregierung, der Innenminister waren damals schon zuständig und sind auch heute noch zuständig –, Hintersee nur für Fußgänger, Fahrradfahrer und Busse.

(Heike Polzin, SPD: Das ist auch richtig.)

Hier steht drin, ich nehme an, dass der Innenminister das wahrheitsgemäß beantwortet hat, ich darf zitieren: „Danach soll der Grenzübergang Hintersee zunächst für Personenverkehr (Pkw und Bus) geöffnet werden.“

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sehr richtig.)

Wir sollten dabei bleiben und sagen: Das, was damals schon mit den Polen vereinbart worden war – und davon gehe ich aus –, lassen wir uns auch nicht wieder nehmen. Bei Garz, da würde ich Herrn Walther Recht geben, ist das etwas komplizierter. Da sollten wir tatsächlich bei Fußgängern, Fahrradfahrern, Reisebussen, Buspendelverkehr zunächst einmal bleiben. Aber ich hätte es auch schon schön gefunden, wenn man sich mit dem EU-Beitritt einen Versuch für 14 Tage gestattet hätte – da wäre

kein Chaos gekommen, die 14 Tage hätten wir auf der Insel ausgehalten –, um das einmal zu testen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Gucken wir uns an, was bisher geleistet worden ist.

Der Innenminister ist immer noch nicht da, nun werde ich langsam ärgerlich.

(Heike Polzin, SPD: Ja, ich auch.)

Die Straßen sind gebaut worden. In Hintersee enden sie am Grenzzaun, in Garz enden sie etwa 200, 300 Meter vor der Grenze. Die Brücke in Garz ist abgerissen. Ich hoffe, dass sie in diesem Jahr noch neu gebaut werden kann, aber überzeugt bin ich davon nicht. Und wenn wir dann sagen, wir bauen in Hintersee die Grenzabfertigung auf deutscher Seite, warum geht die deutsche Seite nicht in Vorleistung und sagt, so guckt, wir sind fertig, und jetzt die polnische Seite? Warum üben wir den entsprechenden Druck nicht auf Berlin aus, dass mit den Polen dort verhandelt wird?

Und interessant wird es dann noch, wenn ich in einem Brief des Vorsitzenden des Sejmik lese, wo sich die Polen lustig machen über die Erarbeitung einer solchen Studie – es geht hier um die Studie „Integriertes Verkehrskonzept“, der Innenminister hat davon gesprochen –, es sei unverständlich, wie lange man für die Erarbeitung einer solchen Studie brauche, die für eine verhältnismäßig kleine Region vorbereitet werden sollte, was drei Monate, höchstens ein halbes Jahr in Anspruch nimmt. Wir reden hier von Leuten, die vom Fach sind und das beurteilen können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Wir stehen aber hier und sagen: Na ja, zuerst sollte die Studie für unsere Region 2003 in Auftrag gegeben werden, dann wurde sie 2005 in Auftrag gegeben, 2006 soll sie fertig werden, möglicherweise Ende 2005. Ich habe den Eindruck, ich darf weiter zitieren, „dass die deutsche Seite einen Vorwand gefunden hat, um die Entscheidung bezüglich der Öffnung der Grenzübergänge wegzuschieben.“ Das ist die polnische Seite, die hier spricht. Ich werde einfach nicht fertig damit, dass man dies gegenseitig nicht auflösen kann, noch dazu, wo wir beide in der EU sind und vielfach partnerschaftliche Beziehungen über Kommunen in der Region mit der polnischen Seite haben. Und da fragen die Polen natürlich auch: Warum geht das nicht von deutscher Seite? Warum geht das nicht mit euch? Warum können wir die Grenzübergänge dort nicht öffnen, dort nicht öffnen? Warum muss es Sondergenehmigungen geben, wenn du in Ahlbeck über die Grenze fährst?

Ich will noch etwas ausführen. Warum geht es nicht, dass die Usedomer Bäderbahn verlängert wird? Die Mittel der Europäischen Union werden für solch ein Projekt zweckgerecht angewandt.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Wann – wir haben das im Landtag vor einem Jahr, vor zwei Jahren thematisiert, ich habe die Protokollauszüge, die kann jeder gerne nachlesen – schaffen wir die Voraussetzungen der verkehrlichen Infrastruktur auf der Insel Usedom für die Öffnung des Grenzüberganges? Bis heute ist nur das Stückchen Straße gebaut, es ist keine Redoute saniert, es gibt keine Abbiegespuren, es gibt keinen Kreisverkehr, so dass der Verkehr auch auf der Insel Usedom flüssig laufen könnte. Ich weiß nicht, ob der Innenmi-

nister, nachdem ich ihn vor gut einem Jahr eingeladen habe, an einem Regentag im Sommer auf der Insel Usedom war und sich die Stausituation einmal angeguckt hat. Da ist in einem Jahr nichts passiert.

Noch ein krasses Beispiel: Ein Unternehmer aus unserer Region baut eine Seebrücke in Misdroy. Wir wollen einen Seebrückenverkehr haben. Und auch da bitte ich einfach um die Hilfe der Landesregierung. Ich höre nichts aus der Region. Dort werden die Leute allein gelassen.

(Angelika Peters, SPD: Aber der ehemalige Bürgermeister von Koserow hat doch so viel Erfahrung.)

Ja, ein bisschen schon, Frau Peters, ein bisschen schon.

(Angelika Peters, SPD: Na bittel)

Er kann mit seinen Schiffen Misdroy, die Seebrücke, die er selber gebaut hat, nicht anfahren, weil die Grenzkontrollen einfach nicht in Gang kommen. Er muss die Leute nach Swinemünde karren und kann dann mit dem Schiff von Swinemünde nach Misdroy fahren. Also, bitte schön, wo leben wir denn? Das ist doch nicht EU-konform. Ich bitte einfach, dass die Landesregierung sich auch für solche Arbeitsplätze schaffenden Investitionen einsetzt, die beiden Seiten nutzen.

(Angelika Gramkow, PDS: Was soll sie denn noch alles machen?)

Und, Herr Innenminister, Sie haben hier gesagt: Na ja, es kommt dann möglicherweise im nächsten Jahr, spätestens im Herbst 2006. Das haben Sie ausgeführt. Wir werden dieses begleiten und wir werden dort nicht locker lassen, denn, ich sage einmal, solange wir die Bretter hier bohren für die Karniner Brücke, solange ist an einem kleinen einfachen Grenzübergang doch nicht zu bohren. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Riemann.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1691. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, diesen Antrag federführend in den Innenausschuss und mitberatend in den Rechts- und Europaausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Weniger Bürokratie in Heimen, Drucksache 4/1693.

Antrag der Fraktion der CDU: Weniger Bürokratie in Heimen – Drucksache 4/1693 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Weniger Bürokratie in den Heimen unseres Landes, aber auch in der Bundesre-

publik Deutschland wird immer mehr ein Thema für Landtage und für Regierungen. Die Frage, die sich insgesamt für alle stellt, lautet: Wie können wir im gesellschaftlichen Konsens die Pflege des einzelnen Menschen, der Familie und ganzer Gruppen voranbringen, auf eine vernünftige Basis stellen, physische, psychische und soziale Potentiale ausnutzen, um Pflegende zu motivieren, aber selbst auch als Pflegende zu agieren? Dazu ist auch unsere Gesellschaft gefordert.

Meine Damen und Herren, es ist unbestritten, dass die Pflege einen immer höheren Stellenwert erlangen wird. Das sagen alle demographischen Zeichen. Und wer das Buch „Methusalem-Syndrom“ gelesen hat, ...

(Torsten Koplin, PDS: Komplott.)

„Methusalem-Komplott“, Entschuldigung, ja.

(Torsten Koplin, PDS: Ich hab's nicht gelesen.)

... der weiß, in welche Richtung wir am Ende denken müssen.

Von den 1,7 Millionen Einwohnern Mecklenburg-Vorpommerns sind heute über 400.000 Bürgerinnen und Bürger älter als 50 Jahre. Daraus ergeben sich automatisch die Fragen, die die Gesellschaft zu beantworten hat: Wie kann die Menschenwürde gewahrt werden? Wie kann ich menschenwürdig alt werden? Wie muss ich menschenwürdig pflegen? Bis hin zu der Frage des menschenwürdigen Sterbens muss die Gesellschaft Antworten geben.

(Beifall Rainer Pracht, CDU)

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Diese Aussage ist im Grundgesetz nachzulesen.

(Torsten Koplin, PDS: Sehr richtig.)

Das ist heute und es muss auch in Zukunft geübte Praxis in der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege sein. Das ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen.

Wie sieht es in Mecklenburg-Vorpommern aus? Wir haben statistisch gesehen am Ende des Jahres 2001 48.800 pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürger im Land Mecklenburg-Vorpommern gehabt. Davon waren 14.800 in stationärer Pflege, 23.000 Bürgerinnen und Bürger wurden in der Häuslichkeit durch Angehörige gepflegt und 11.500 erhielten ambulante Pflegeleistungen durch ambulante Pflegedienste. Das sind insgesamt über 120.000 Fälle.

Die Frage des Älterwerdens ist eine entscheidende. Die Pflegebedürftigkeit nimmt nach dem 90. Lebensjahr dramatisch zu, und zwar zu 70 Prozent. Im Vergleich mit anderen Bundesländern hat Mecklenburg-Vorpommern in der Altersgruppe 75 und älter die höchste Pflegewahrscheinlichkeit. Dieses gilt für Frauen wie auch für Männer. 29 Prozent aller Frauen in dieser Altersgruppe und 19 Prozent aller Männer in dieser Altersgruppe waren im Jahre 2001 pflegebedürftig.

Betrachtet man die Pflegebedürftigkeit nach Alter und Geschlecht, so fällt auf, dass die Pflegebedürftigkeit der Frauen ab 75 Jahren deutlich höher liegt als die der Männer. Tendenziell ist aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Pflegebedürftigkeit zu rechnen. Das geht so weit, dass der Anteil der Pflegeleistungen, der durch die Angehörigen und Mitglieder von Familien erbracht wurde, im Jahre 2001 bei 50 Prozent lag. Meine Damen und Herren,

auch ambulante Pflegedienste – davon haben wir circa 400 in unserem Land – leisten Enormes.

Es geht auch darum, für die Zukunft die Pflege und die Pflegestufen und damit die Finanzen und die Pflegebedürftigkeit zu definieren. Aber das ist heute nicht das entscheidende Thema. Das entscheidende Thema und das Anliegen der CDU-Fraktion ist heute, Bürokratie einzudämmen. Wir haben es mit über 800 Vorschriften zu tun, die durch verschiedene Gesetzgebungen, Richtlinien, Verordnungen und so weiter wirken, und zwar im ambulanten wie auch im stationären Bereich. Unser Ansatz muss sein, dort zu entrümpeln, dafür zu sorgen, dass der, der Pflege braucht, auch Pflege erhalten kann.

(Beifall Rainer Pracht, CDU,
Beate Schlupp, CDU, und Torsten Koplin, PDS)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen an einem einfachen Beispiel vortragen, wie es sich auswirkt. Stellen Sie sich im stationären Bereich eine Pflegekraft vor, die in der Regel sieben oder acht Stunden am Tag arbeitet und Pflege verrichten soll. Das ist die graue Theorie. In der Praxis ist es so, dass man damit rechnen muss, dass eine Pflegekraft alleine mit der Pflegedokumentation bis zu drei Minuten pro Heimbewohner zu tun hat, das heißt hochgerechnet auf 100 Heimbewohner, 300 Minuten. Das sind fünf Stunden, die eine Pflegekraft zu leisten hat, nur um zu dokumentieren. Diese fünf Stunden gehen der Pflege verloren.

(Torsten Koplin, PDS: Statistik.)

Ich glaube, hier müssen wir endlich anfangen, darüber nachzudenken, wie wir helfen können, damit dieser Dokumentationswahnsinn aufhört. Das ist ein Punkt.

Über einen zweiten Punkt will ich nachher noch in der Aussprache referieren. Da geht es darum, dass die Behörden und die Aufgaben zusammengefasst werden müssen, damit endlose Besuche, endlose Besichtigungen, endlose Kontrollen verkürzt werden und tatsächlich der Pflege die Priorität zugetan wird. Deswegen hoffe ich, dass Sie mit Blick auf den Paragraphen 20 des Heimgesetzes dieser Kontrollwut auch ein Ende setzen wollen und dass Sie der CDU in diesem Falle folgen. Ich weiß, das ist ein schwerer Weg. Wir brauchen den Bundesrat und wir brauchen bundesgesetzliche Änderungen. Aber das, was wir auf Landesebene machen können, sollten wir aus unserer Sicht tun im Interesse der über 50.000 Pflegebedürftigen in unserem Land und vor allem im Interesse der 15.000 in den Heimen untergebrachten Menschen, die dort ihren Lebensabend verbringen, und auch im Interesse der Beschäftigten, die Pflege zu leisten haben, die dazu auch berufen sind, die einer Berufung nachgehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich hoffe in der Aussprache auf Ihr Verständnis und wenn Sie können, stimmen Sie zu. Wenn Sie nicht zustimmen können, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Antrag in den Gesundheits- und Sozialausschuss überweisen könnten. Dann könnten wir die Debatte dort weiterführen. Ich weiß, der eine oder andere wird es damit abtun wollen, dass wir jetzt Wahlkampf haben auf Bundesebene. Nichtsdestotrotz müssen wir im Land weiterarbeiten. Wir müssen an diesen Strukturen weiterarbeiten und wir müssen versuchen, der Regierung den einen oder anderen Handlungsauftrag zu geben. Und, Frau Ministerin, ich hoffe dabei auch auf Ihre

Unterstützung, denn Sie sind sozusagen für uns auf der Bundesebene aktiv als Sozialministerin. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat um das Wort gebeten die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir lesen es fast täglich in den Zeitungen, wir erleben es selbst: Diese Gesellschaft wird immer älter. Das freut uns, bringt aber auch altersbedingte Probleme mit sich. Es erhöht sich die Multimorbidität, also die Mehrfacherkrankung. Es steigt der Anteil der Menschen mit Altersdemenz und es erhöht sich dadurch mitunter die Pflegebedürftigkeit.

Pflege, das ist das Stichwort. Frauen und Männer, die pflegebedürftig werden, müssen sich anderen anvertrauen, ihren Familienmitgliedern oder aber Pflegerinnen oder Pflegern. Werden sie bei der Verrichtung der täglichen Handreichungen von Dritten unterstützt, so ist es erforderlich, dass diese Unterstützung korrekt und kompetent erfolgt. Die Angehörigen und die Pflegebedürftigen haben einen Anspruch darauf, dass darüber auch ein Nachweis geführt wird und ein wirksames Controlling diesen Prozess begleitet. Das so sensible Verhältnis zwischen den Pflegebedürftigen und den Pflegern braucht überprüfbare Spielregeln. Wer weniger Bürokratie in Heimen fordert, sollte das immer bedenken.

Selbstverständlich dürfen Pflegeleistungen nicht darunter leiden, dass Verwaltungsarbeiten erledigt werden müssen. Deshalb gilt es, den Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand in der Pflege zu optimieren. Dass hier bundesweit Handlungsbedarf besteht ist allein schon mit der Einberufung des runden Tisches im Jahr 2003 durch die Bundesregierung deutlich geworden. Durch die Einbindung von Bund, Ländern, Kostenträgern, Verbänden, Interessenvertretungen und Fachwissenschaft sind dort alle Kräfte gebündelt worden, die in der Pflege Verantwortung tragen. Eine wichtige Arbeitsgruppe dieses runden Tisches befasst sich ganz speziell mit der Aufgabe, Entbürokratisierungsprozesse in der Altenpflege aufzudecken und auf breiter Basis, also zusammen mit den Betroffenen und nicht über ihre Köpfe hinweg, Lösungsvorschläge zu finden.

Nach Expertenmeinungen sind bürokratische Fehlentwicklungen weniger auf rechtlichen Vorgaben als vielmehr auf praktischen Umsetzungsproblemen zu begründen. Die Forschungsgesellschaft für Gerontologie hat darauf hingewiesen, dass es keine belastbaren Daten dafür gibt, dass mit der Novellierung des Heimgesetzes und mit dem Pflegequalitätssicherungsgesetz der Verwaltungs- und Bürokratieaufwand gestiegen wäre. Beide Gesetze – sowohl das Heimgesetz als auch das Pflegequalitätssicherungsgesetz – sind ein wichtiges Schutzinstrument für Heimbewohner/-innen, aber auch für das Pflegepersonal. Daher muss hier sehr gründlich abgewogen werden, auf welche Vorschriften tatsächlich verzichtet werden kann.

Der runde Tisch erarbeitet zurzeit Vorschläge, um unnötige Bürokratie abzubauen. In einem Zwischenschritt

wurde bereits über die erarbeiteten Empfehlungsentwürfe diskutiert. Diese sollen im Sommer der Bundesregierung vorgelegt werden. Ich gehe davon aus, dass diese Ergebnisse nicht nur Impulse für die in der Pflege Tätigen geben, sondern auch Empfehlungen für den Bundesgesetzgeber zur Harmonisierung von Bundesgesetzen. Insbesondere denke ich da an das SGB V, an das SGB XI sowie an das Heimgesetz oder an die Überprüfung von Vorschriften hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Praxis-tauglichkeit innerhalb der einzelnen Gesetze.

Der Landespflegeausschuss Mecklenburg-Vorpommern hat in der Beratung am 19. Mai 2005 beschlossen, weitere Vereinfachungen auf den Weg zu bringen. Aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben haben der Medizinische Dienst der Krankenkassen und die Heimaufsicht zum Teil überschneidende Kompetenzen. Eine Abstimmung beider Prüfinstanzen untereinander ist deshalb unausweichlich. Es ist uneffektiv, dass in eine Einrichtung heute die Heimaufsicht und morgen möglicherweise der MDK kommt und dass dann beide vielleicht noch gleiche Sachverhalte prüfen.

Bereits vor In-Kraft-Treten des novellierten Heimgesetzes, das heißt also vor dem 1. Januar 2002, gab es zwischen den Heimaufsichtsbehörden, dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen, den Pflegekassen und den Sozialhilfeträgern eine terminliche und inhaltliche Abstimmung von Prüfungen in den Pflegeeinrichtungen. Mit der Einführung des Paragraphen 20 des Heimgesetzes, der die Bildung gemeinsamer Arbeitsgemeinschaften vorschreibt, hat sich die Qualität der Zusammenarbeit zwischen der Heimaufsicht und dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen weiter verbessert. So arbeitet heute in jedem Landkreis beziehungsweise in jeder kreisfreien Stadt eine solche Arbeitsgruppe, die nicht nur den MDK und die Heimaufsicht, sondern auch andere Beteiligte einbezieht und in der Praxis bereits als Ergebnis einen geringeren Verwaltungsaufwand und schnellere Arbeitsabläufe dokumentieren kann.

Auch in Bezug auf die Prüfungsinhalte hat es eine verbesserte Abstimmung zwischen dem MDK und der Heimaufsicht gegeben. So prüft die Heimaufsicht in der Regel die personelle und sachliche Ausstattung der Einrichtungen, die soziale Betreuung, die Heimverträge sowie die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner im Prozess der Betreuung. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen konzentriert sich seinerseits auf die Ergebnisqualität, die Pflegedokumentation, den Einsatz von Hilfsmitteln und das gesamte Qualitätsmanagement in der Pflege. So weit wie möglich werden diese Prüfungen gemeinsam, das heißt abgestimmt, durchgeführt. Großer Wert wird dabei auf die Beratung der Pflegedienste beziehungsweise der Einrichtungen gelegt. Bereits in der Vergangenheit hat der MDK über die Akademie für Sozialmedizin Tagesschulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegeeinrichtungen zum Führen einer Pflegedokumentation angeboten und bietet gerade diese Fortbildung auch weiterhin an. Das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ein spürbarer Beitrag zur Minimierung der Probleme in diesem Bereich und zu weniger Verwaltungsaufwand in den Einrichtungen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Vorschlag des Antrages sagen, die Zahl angemeldeter Kontrollen in den Heimen zu reduzieren und stattdessen verstärkt auf unangemeldete Kontrollen zu setzen. Ich möchte ausdrücklich dahingestellt sein lassen, ob unangemeldete Kontrollen

zu einem geringeren Aufwand führen als angemeldete Kontrollen. Es ist zweifelhaft, ob uns ein solcher Schritt, wie er im Antrag gefordert wird, weiterbringt. Prüfungen der Heimaufsicht haben nach Paragraph 15 Absatz 4 des Heimgesetzes mindestens einmal im Jahr für jedes Heim zu erfolgen. Die Tendenz zu unangemeldeten Prüfungen ist, gerade sofern auch Beschwerden vorliegen, steigend. Die Prüfungen des MDK, die im Auftrag der Landesverbände der Pflegekassen durchgeführt werden, erfolgen derzeit im Durchschnitt alle drei bis vier Jahre, vorausgesetzt, dass die Erstprüfung ohne Beanstandungen war. Grundsätzlich ist die erste Prüfung immer eine angemeldete Prüfung. Jeder Beschwerde, das möchte ich ganz ausdrücklich sagen, wird durch eine unangemeldete Prüfung nachgegangen. Ebenso sind Nachprüfungen bei schlechter Erstprüfung unangemeldet üblich. Das ist die allgemein akzeptierte Praxis.

Die Feststellung, dass Arbeitszeitmessungen ergeben hätten, dass lediglich 40 bis 45 Prozent der Arbeitszeit von Pflegekräften für und mit den Pflegebedürftigen der Einrichtung verbracht werden, kann nach mir vorliegenden Einschätzungen aus der Praxis nicht nachvollzogen werden. Sofern Einzelfälle, also Beschwerden, vorliegen, darf ich daran appellieren, diese dem MDK mitzuteilen, damit sie geprüft werden können.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass im Land in den vergangenen Jahren eine deutliche Verbesserung in der direkten Pflege spürbar geworden ist. Dazu haben die außerordentlich engagierte Arbeit der Träger, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den etwa 400 ambulanten Pflegediensten, in den etwa 200 stationären Pflegeeinrichtungen, aber auch die Heimaufsicht und der Medizinische Dienst der Krankenkassen mit effektiven Kontrollen und umfangreicher Beratung beigetragen. Insgesamt 633 Qualitätsprüfungen hat der MDK im Zeitraum von 1996 bis 2004 in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen durchgeführt. Jetzt merken Sie auch, bei 86,3 Prozent der Prüfungen im stationären Bereich und 83,1 Prozent der Prüfungen im ambulanten Bereich wurde dabei ein guter beziehungsweise sehr guter Pflegezustand attestiert.

(Torsten Koplin, PDS: Hört, hört!)

Lediglich in einem Fall haben die Landesverbände der Pflegekassen im Jahr 2003/2004 einen Versorgungsvertrag mit einer stationären Einrichtung gekündigt.

Pflegekassen, Träger und Aufsicht sind gefordert, auch zukünftig offensiv für Verbesserungen einzutreten. Das Land hat gemeinsam mit den anderen Ländern darauf hingewirkt, dass sich der Bund zeitnah mit notwendigen Novellierungen des Heimgesetzes, der Heimmindestbauverordnung, der Heimpersonalverordnung, mit Fragen der Anpassung des Heimgesetzes an das SGB XI sowie der Überwindung von Schnittstellen zwischen dem SGB V und dem SGB XI befasst.

Das war natürlich auch Ihnen, sehr verehrter Herr Glawe und sehr verehrte Kollegen von der CDU-Fraktion, bewusst und bekannt, denn „Weniger Bürokratie in Heimen“, so heißt auch ein Antrag der Unionsfraktionen, den diese bereits am 22. Februar in diesem Jahr in den Bundestag eingebracht haben. Bereits in der Bundestagsdebatte zu diesem Antrag wurde darauf verwiesen, dass ein großer Teil der von der Union vorgelegten Forderungen eine auffällige Ähnlichkeit mit den schon am runden Tisch zur Pflege im Umlauf befindlichen Empfehlungsvorschlägen zur Entbürokratisierung hat. Deshalb mein Fazit: An

der Lösung der Probleme wird seitens des Bundes und der Länder bereits intensiv gearbeitet. Aktionismus ist überflüssig. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Bevor ich zum Thema komme, gestatten Sie mir folgende Vorbemerkung: Zumindest den eingeweihten Sozialpolitikern ist bekannt, dass auf der Bundesebene weitreichende Veränderungen im Bereich des Pflegeversicherungsgesetzes sowie auch des Heimgesetzes beabsichtigt waren. Im Herbst dieses Jahres sollten diese Projekte angepackt werden, so dass ich mich bis zum letzten Wochenende gefragt habe, was jetzt unsere Aufforderung an den Bundesrat bringen soll, wenn auf der Bundesebene diese Dinge laufen.

Nun haben wir seit Sonntag alle neue Erkenntnisse und wir können uns zum jetzigen Zeitpunkt fragen, was es für einen Sinn macht, wenn wir im Herbst, im September die Bundesregierung neu wählen, jetzt eine Bundesratsinitiative zu dem Thema „Novellierung des Heimgesetzes des SGB XI“, der Heimmindestbauverordnung et cetera einzufordern, wo doch jeder, der das politische Geschäft kennt, weiß, dass da nichts passiert. Insofern sind das schon für uns hinreichende Gründe, den Antrag abzulehnen, aber es kommen noch ein paar andere hinzu.

Doch nun zur Sache. Es ist heute schon darauf hingewiesen worden, dass der Paragraph 20 Heimgesetz die unterschiedlichen Akteure, die beim Thema „Prüfung von Einrichtungen“ involviert sind, zur Zusammenarbeit verpflichtet. Wenn Herr Glawe Recht haben sollte, dann haben wir da kein Regelungsdefizit, dann haben wir hier zunächst einmal ein Vollzugsdefizit, das beseitigt werden muss, indem man einfach an entsprechender Stelle die notwendigen Hinweise gibt. Aber mir sind einfach auch ein paar andere Tatsachen bekannt.

Die CDU versucht mit dem Antrag zu suggerieren, dass hier Prüfungsorgien in den Heimen stattfinden und jeden Tag eine andere Prüfung initiiert wird. Dem ist nicht so. Unsere Ministerin hat darauf hingewiesen, welcher Prüfungsaufwand in den Einrichtungen stattfindet. Und auch für die Umstellung auf unangemeldete Prüfungen haben wir wenig Verständnis. Wir haben zu dem Thema, Herr Glawe, da waren Sie auch anwesend, im Sozialausschuss eine Anhörung gehabt. Da haben wir uns mit dem Bericht des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen beschäftigt, die eindeutig zu dem Ergebnis gekommen sind, dass in Bundesländern, wo unangemeldet geprüft wird – es gibt solche Bundesländer, wo unangemeldet geprüft wird –, keine anderen Prüfergebnisse erzielt werden als in Ländern, wo mit Anmeldung geprüft wird.

Wenn man sich einmal vorstellt, wie eine derartige Prüfung abläuft und was das für den Organisationsalltag so einer Einrichtung bedeutet, wenn da jemand an der Tür steht und sagt kuckuck, kuckuck

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Da muss man die Hände in den Taschen haben, wenn der kuckuck ruft. –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

oder guten Tag, ich bin die Dame vom MDK, die Heimaufsicht habe ich auch noch mitgebracht, wir wollen jetzt einmal hier unangemeldet eine Prüfung vom Zaun brechen, dann ist der Arbeitsalltag in dieser Einrichtung gelaufen. Insofern sollte man von solchen unangemeldeten Überprüfungen Abstand nehmen, weil sie erwiesenermaßen auch nicht zu anderen Ergebnissen führen.

Die Ministerin hat gerade den Antrag der CDU im Bundestag angesprochen. Aber das ist nicht alles. Ich habe eine Fachzeitschrift, die heißt „CAREkonkret“. Das ist die Ausgabe vom 6. Mai 2005. Darin steht: „CDU fordert eine Reform des Heimrechtes“. Das ist nicht die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, auch nicht die Bundes-CDU gewesen, sondern das war die CDU in Magdeburg, wo die entsprechende Fachpolitikerin gefordert hat, dass die Bürokratie in den Heimen zurückgedrängt werden muss. Es scheint jetzt so ein Flächenphänomen bei der CDU zu sein, das fängt im Bundestag an und geht durch alle Länder weiter, wo man dann voneinander abschreibt und die Reduzierung der Bürokratie in den Heimen letztendlich zum Thema macht.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Ein anderer Punkt, der mir in dem Antrag nicht gefällt, ist die Tatsache, dass die CDU die Ergebnisqualität in den Vordergrund stellt. Ergebnisqualität hat Vorrang. Jeder, der sich mit dem Thema auskennt, weiß, dass Pflege ein laufender Prozess ist. Das heißt, der Pflegebedarf eines pflegebedürftigen Menschen verändert sich. Deswegen darf man das Thema „Pflegeprozess und Pflegestruktur“ nicht aus den Augen lassen. Nur wenn dieser Prozess genau beobachtet und dokumentiert wird, hat man letztendlich die Möglichkeit, auf einen sich verändernden Pflegebedarf reagieren zu können. Deswegen halte ich davon nichts. Wir brauchen entsprechende fachliche Strukturen und wir brauchen fachlich ausgestaltete Prozesse, um dieses Projekt vernünftig zu gewährleisten und im Ergebnis auch eine vernünftige Ergebnisqualität vorhalten zu können. Wenn man bei der Prozessqualität und bei der Strukturqualität Abstriche macht, wird sich das meines Erachtens auch auf die Ergebnisqualität negativ bemerkbar machen.

Jeder von uns weiß, wo die eigentlichen Ursachen sind. Und das kann man, denke ich, auch benennen. Das Pflegeversicherungsgesetz ist 1995 in Kraft getreten und seitdem sind die Pflegestufen nicht mehr dynamisiert worden. Das heißt, die Zahlbeträge sind irgendwann noch auf Euro umgerubelt worden,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

aber die Leistungen wurden nicht erhöht. Natürlich kam in den Heimen der Aufwand dazu. Das Thema Pflegedokumentation ist verschärft worden. Seitens der Ministerin ist schon auf das Pflegequalitätssicherungsgesetz hingewiesen worden, was letztendlich zu mehr Aufwand führt, der heute nicht vergütet wird. Natürlich ist das ein Problem, aber das liegt nicht daran, dass diese Pflegedokumentation nicht der richtige Weg ist, sondern es ist einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass dafür nicht genügend Geld zur Verfügung steht.

Natürlich ist es ein wichtiges Thema der Zukunft, mit dem wir uns auch in Mecklenburg-Vorpommern auseinander setzen müssen und bei dem, denke ich, immer alle Parteien in die gleiche Richtung gehen müssen. Es gibt beispielsweise eine Studie der Bertelsmann-Stiftung und

des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, die zu dem Ergebnis kommt, dass wir, wenn wir im Bereich der Pflege nicht umsteuern, bis zum Jahr 2050 einen weiteren Bedarf an Pflegeplätzen in einer Größenordnung von 800.000 zusätzlichen Pflegeplätzen in der Bundesrepublik Deutschland haben werden.

Was das angesichts unserer demographischen Situation für Kosten bedeutet, brauche ich hier keinem zu erklären. Deswegen ist eine Novellierung des Heimgesetzes dringend geboten. Es müssen alternative Wohn- und Betreuungskonzepte entwickelt werden, die es ermöglichen, mehr Menschen im ambulanten Bereich unterzubringen. Jeder, der vom Fach ist, kennt die Situation der Wohngruppenkonzepte. Da muss man heute ganz genau aufpassen, dass das Thema Mietvertrag vom Betreuungsvertrag getrennt ist, dass sich die Leute ihre Sozialstation selbst aussuchen dürfen und so weiter und so fort. Denn wenn das nicht erfüllt ist, ist man mit diesen Betreuungsformen im Heimgesetz – und das bedeutet, eine Mindestbauverordnung ist einzuhalten, die Heimpersonalverordnung ist einzuhalten – an dem Punkt, dass diese Wohn- und Betreuungsformen letztendlich nicht mehr zu finanzieren sind. Sie kosten ein Vielfaches von dem, was heute eine Heimunterbringung kostet. Deswegen bedarf es dringender Veränderungen auch im Bereich des Heimgesetzes. Diese Veränderungen waren eigentlich für den Herbst dieses Jahres vorgesehen. Da gab es entsprechende Referentenentwürfe, die schon relativ weit anberaten waren und die natürlich jetzt in der Schublade bleiben, weil wir uns erst einmal mit den Wahlen beschäftigen.

Und dann geht es ja nicht nur um das Thema Bürokratieabbau. Wir haben eine ganze Reihe von anderen wesentlichen Dingen, die man auch mit in Angriff nehmen sollte, wenn man sich dazu entschließt, das SGB XI zu verändern.

Ich will ein paar Beispiele bringen. Fangen wir an mit dem Begriff der Pflegebedürftigkeit: Der Begriff der Pflegebedürftigkeit heute im SGB XI ist sehr somatisch internistischer Natur, das heißt, geistige und psychische Beeinträchtigungen werden nicht hinreichend berücksichtigt. Besonders deutlich bemerkbar sind die Leistungsdefizite bei demenziell erkrankten Menschen. Hier bedarf es dringend einer Verbesserung, um diesem Personenkreis eine adäquate Leistung gewähren zu können.

Ich habe das Thema schon angesprochen, wenn man heute das SGB XI verändert, dann ist es meines Erachtens unabdingbar erforderlich, dass man eine Dynamisierung der Pflegeleistungen einbaut. Es kann nicht sein, dass dann wieder zehn oder über zehn Jahre ins Land gehen müssen und die Leistungen nicht angepasst werden.

Ein weiterer Punkt ist für mich die Frage der Feststellung von Pflegebedürftigkeit. Meines Erachtens ist es wichtig, dass im Rahmen dieser Feststellungsverfahren der tatsächliche Hilfebedarf eines Menschen festgestellt wird und dabei auch rehabilitative Elemente berücksichtigt werden. Wir müssen dazu kommen, dass den Grundsätzen „Prävention vor Rehabilitation“ und „Rehabilitation vor Pflege“ Rechnung getragen wird, das heißt, dass solche Verfahren bei uns Lebensrealität in der Pflege werden. Das ist eine Sache, die unbedingt realisiert werden muss.

Ein weiterer Punkt, den ich für sehr wichtig halte, ist die Einführung eines Entlassungs- und Überleitungsmanage-

ments aus dem Krankenhaus. Auch da gibt es heute keine klaren Regelungen. Wir sind heute im DRG-System, das heißt, es gibt Fallpauschalen, die dazu führen, dass Menschen immer eher aus dem Krankenhaus entlassen werden. Davon sind ...

(Harry Glawe, CDU: Die meisten gehen ja gar nicht zum Hausarzt, die gehen gleich zum Pflegedienst.)

Herr Glawe, Sie können hier gleich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten Ihre Ausführungen machen, aber lassen Sie mich jetzt einfach meine Rede ordentlich zu Ende bringen

(Beifall Torsten Koplin, PDS – Harry Glawe, CDU: Ja.)

und dann können Sie gern an dieser Stelle Ihre Weisheiten verbreiten.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben noch nicht zum Thema geredet.)

Das heißt, auch hier gibt es nach meinem Dafürhalten, wenn man schon zu Gesetzesänderungen kommt, Handlungsbedarf. Also man darf nicht nur das Thema Bürokratieabbau ins Auge fassen, sondern wenn man das SGB XI ändert und das Heimgesetz, dann muss man sich die komplette Palette vornehmen.

Ein weiterer Punkt, den ich Ihnen in diesem Zusammenhang nennen möchte, ist ein eigenständiger Leistungsanspruch der Tagespflege.

(Harry Glawe, CDU: Ja, unbestritten, Herr Kollege.)

Auch heute ist es so, dass Tagespflege nicht in hinreichendem Umfang in Anspruch genommen wird, weil diese Tagespflegeinanspruchnahme auf andere Leistungen des SGB XI angerechnet wird. Das wäre also ein weiterer Punkt.

(Harry Glawe, CDU: Das ist unbestritten, Herr Heydorn, dass es so sein muss. Da sind wir uns völlig einig.)

Noch ein Punkt ist die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement. Wenn man sich einmal ansieht, wie die Anzahl unserer älteren Menschen auch hier im Lande zunimmt und wie gerade der Anteil der Hochbetagten steigt, dann wird man sich darüber Gedanken machen müssen, wie man neben professionellen Strukturen letztendlich Menschen dazu bewegt, sich auf der Grundlage des Ehrenamtes im Bereich der Pflege zu engagieren und zu nützlichen Dingen zu kommen. Da muss man zusehen, dass auf der kommunalen Ebene gute Konzepte entwickelt werden.

Ich könnte diesen Forderungskatalog weiter fortsetzen. Er ist im Grunde genommen immer noch nicht abgeschlossen.

(Rainer Pracht, CDU: Sie sollten mal zum Thema reden.)

Ja, Moment, ich rede zum Thema.

(Rainer Pracht, CDU: Sie reden zum Ehrenamt, vom Fundament unserer Demokratie.)

Das ist nicht wahr. Moment, Moment, Herr Pracht! Ich sage Folgendes noch mal: Meine These ist, wenn man das Heimgesetz und das SGB XI aufmachen muss, um Veränderungen vorzunehmen, die gegebenenfalls das

Thema Bürokratieabbau zum Ziel haben, dann bin ich bei Ihnen. Nur darauf sollte man sich nicht reduzieren. Ich zeige Ihnen nur auf, wo ich noch Veränderungsbedarf sehe und wo ich sage,

(Beate Schlupp, CDU: Machen Sie einen Änderungsantrag!)

das muss man dann gleich mitmachen, damit man zu ordentlichen Dingen kommt.

(Harry Glawe, CDU: Lassen Sie uns das im Ausschuss bearbeiten, dann können wir auch weiterreden.)

Und deswegen kann ich Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren von der CDU, wenn man einmal losspringt, dann sollte man nicht zu kurz springen, sondern die Dinge komplett in Angriff nehmen, die erforderlich sind, um zu vernünftigen Verhältnissen im Bereich der Pflege zu kommen.

(Rainer Pracht, CDU: Dann landen wir hinter Seehofer. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Heydorn.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Herr Koplin. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Torsten Koplin, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, würden Sie die Debatte vielleicht danach oder draußen weiterführen?! Danke schön.

Herr Koplin, bitte schön, Sie haben das Wort.

Torsten Koplin, PDS: Es sind ja wichtige Dinge, die da zur Sprache kommen, weil Sie vermuten, und ich denke, völlig zu Unrecht vermuten, wir würden jetzt hier in Tiefschlaf fallen angesichts der Bundeswahlen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, Sie dürfen das, Herr Koplin. – Beate Schlupp, CDU: So hat sich das angehört.)

Ach so, dann machen Sie hier sozusagen Unterschiede. Ich denke, das ist nicht angebracht.

Ich möchte Ihnen gern Folgendes sagen: In Auseinandersetzung mit dem Antrag wollte ich mich über Internetrecherchen nicht nur belesen und schauen, wie die Situation ist, um zu einer Empfehlung für meine Fraktion zu kommen, sondern ich habe mich in einigen Heimen auch noch mal umgeschaut und mich unter anderem nach der Frage der Bürokratie erkundigt. Mir ist bestätigt worden, dass es belastend ist für die Pflegerinnen, für das Leitungspersonal, für diejenigen, die damit umgehen. Eine solche Antwort habe ich erwartet, weil es sehr wohl viel Mühe macht, alles zu dokumentieren und die entsprechenden Dinge bereitzuhalten. Gleichwohl ist mir gesagt worden, es ist immer ein Abwägungsprozess, denn die Dokumentation der Pflege ist immer auch eine Sicherheit für die zu Pflegenden, und um die geht es letztendlich. Da

muss man sich den Antrag, den Sie gestellt haben, schon genau anschauen. Mir ist im Übrigen nicht bestätigt worden, das hätte mich auch verwundert, dass das Pflegepersonal vier bis fünf Stunden am Tag faktisch am Computer oder vor dem Karteikasten sitzen würde.

(Harry Glawe, CDU: Da haben Sie nicht nachgefragt, Herr Koplin. Das ist Ihr Problem.)

Ja, nachzufragen ist kein Problem, es ist einfach, sich schlau zu machen. Sie haben statistisches Material bemüht.

(Harry Glawe, CDU: Das scheinen Sie bis heute ja gar nicht gewusst zu haben.)

Ich will das nicht kommentieren, weil das auch nachlesbar ist, was Sie gesagt haben. Ich stelle es einfach nur in Frage. Das ist aber insofern nicht der Punkt.

Der Grundansatz des Antrages ist durchaus bedenkenswert und Bürokratieabbau, sagen die Expertinnen und Experten, ist gerade in der Pflege notwendig. Nun ergibt sich aber die Frage, ob Ihr Antrag hilfreich ist, um dem Problem Herr zu werden und eine Gegenentwicklung einzuleiten. Hilft Ihr Antrag? Ich denke, insofern auch die Empfehlung an die PDS-Fraktion, die sich genauso wie die SPD entschieden hat: Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen, weil er leider in der Sache nicht hilfreich ist.

Ich möchte ein paar Punkte noch mal beleuchten. Sie haben zum Beispiel eine bessere Zusammenarbeit der Prüfinstanzen gefordert. Das ist korrekt, das ist im Übrigen gesetzlich fixiert und hat hier schon eine Rolle gespielt. Es geht letztlich um ein Vollzugsproblem. Dem Gesetzgeber aufzutragen, dass er ein Gesetz einhalten muss, das wäre völlig obsolet, weil es ein grundgesetzlicher Auftrag ist, dass alle Behörden auf der Grundlage von Gesetzen zu handeln haben. Also müssten wir die Situation beleuchten und hinterfragen. Das übrigens, Herr Heydorn hat darauf Bezug genommen, haben wir im Sozialausschuss getan, und zwar nicht nur in Auseinandersetzung mit dem Bericht des medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen, sondern auch im vergangenen Jahr in einer Sitzung, wo wir ausdrücklich dem MDK unseres Landes empfohlen haben, sich mit anderen noch mal hinzusetzen und die Frage der Verschlinkung und Standardisierung von Abfragen, die in Heimen getätigt werden, auf die Tagesordnung zu nehmen. Das wird gemacht und fließt ein in die Arbeit des runden Tisches, der hier schon Erwähnung fand.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Insofern haben wir ein kleines Mosaiksteinchen dazu geliefert, dass da Bewegung hineinkommt. Und insofern ist es auch nicht sonderlich sinnvoll, wenn wir im Sozialausschuss in den nächsten Tagen und Wochen womöglich einen zweiten Aufguss kreieren und das ganze Thema noch einmal hochholen. Sie sollten jetzt erst einmal Ihre Arbeit ordentlich beenden und wir werden uns das anschauen.

Darüber hinaus muss ich Ihnen sagen, dass Ihr Antrag Widersprüchliches enthält, und ich muss insofern jetzt in dem Antrag ein bisschen herumpuzzeln. Im Punkt 2 Ihres Antrages wollen Sie die Beschränkung auf ein Kontrollgremium – eine legitime Forderung. Im Punkt 5 Ihres Antrages wiederum wollen Sie die klare Abgrenzung zweier Prüfinstanzen. Es wäre also hilfreich gewesen, noch einmal zu hinterfragen: Was will ich eigentlich, was ist

Anliegen des Antrages? Dass es zwei Prüfinstanzen gibt, hat letztlich einen inhaltlichen Hintergrund. Frau Ministerin hat darauf abgestellt, dass MDK und Heimaufsicht durchaus unterschiedlichen Fokus legen auf die Geschehnisse und die Rahmenbedingungen für die Heime.

Ein weiterer Gedanke, den ich ansprechen möchte, hat hier ebenfalls Erwähnung gefunden, nämlich angemeldete Kontrollen. Sie sprechen sich dafür aus, dass diese angemeldeten Kontrollen zurückgefahren und offenbar durch unangemeldete Kontrollen ersetzt werden. Ich habe das hinterfragt und mir ist von Expertinnen und Experten gesagt worden: Also beim besten Willen, die unangemeldeten Kontrollen würden noch viel mehr Schwierigkeiten bringen, wenn sie ausgedehnt werden zulasten der angemeldeten Kontrollen, denn diese geben den Heimen immer noch die Chance, dass der Dienstplan entsprechend eingerichtet wird. Unangemeldete Kontrollen stark auszuweiten würde zu Schwierigkeiten führen, die darin bestehen, dass letztlich an der Stelle den zu Pflegenden die Zeit genommen wird.

Dann operieren Sie mit Begriffen, die recht schwammig sind und letztlich nicht greifbar und schlüssig zu einer Nachvollziehbarkeit von Beschlüssen führen würden. Sie operieren in Ihrem Antrag mit dem Begriff der verbesserten Pflege. Verbesserte Pflege als ein Schlagwort ist durchaus auch in unserem Sinne, wenn wir es denn nur definieren würden. In Ihrem Antrag ist die Sache sozusagen nicht ganz kenntlich. Und insofern ist es schwer, einer solchen Sache zuzustimmen, auch wenn man es wollte.

Nun noch zur Verschlankung der Pflegedokumentationen. Da sagen die Experten, eine Standardisierung wäre hilfreich und sinnvoll. Eine Verschlankung von Dokumentation enthält aber auch das Risiko der Ungenauigkeit und damit folgend eine schlechtere Pflegedurchführung bei den zu Pflegenden. Insofern ist das auch eine Sache, die eher zweifelhaften Charakters ist.

Insofern möchte ich es an dieser Stelle jetzt dabei bewenden lassen, den Antrag auseinander zu nehmen. Gesagt hatte ich es, wir können diesem Antrag so nicht zustimmen und halten auch kurzfristig eine Behandlung im Sozialausschuss für nicht zielführend und sinnvoll. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Jörg Heydorn, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Koplin.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Glawe. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Koplin, Sie demotivieren mich hier fast, indem Sie meinen, dass die CDU Pflege nicht begriffen hat.

(Torsten Koplin, PDS: Das habe ich nicht gesagt.)

Eine menschenwürdige und hochwertige Pflege ist nur im gesellschaftlichen Konsens erreichbar und im Verbund aller gesellschaftlichen Kräfte.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist richtig.)

Und ich stelle hier schon wieder fest, dass Rot-Rot dazu nicht bereit ist. Das kann es eigentlich nicht sein.

(Gabriele Měšt'an, PDS: Ach, was Sie immer alles raushören! – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Sie können doch nicht einfach hierher gehen und sagen: Jetzt, weil Wahlkampf auf Bundesebene ist, weil Herr Schröder beschlossen hat, wir machen Wahlkampf,

(Gabriele Měšt'an, PDS: Sie erzählen vom Wahlkampf! – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

machen wir für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nichts mehr und arbeiten nicht an der Entbürokratisierung. Das kann es doch nicht sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Margret Seemann, SPD: Das hat auch kein Mensch gesagt, Herr Glawe!)

Welches Politikverständnis haben Sie eigentlich,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

wenn Sie jetzt sozusagen vier Monate nichts machen wollen, nur weil Sie wahlkämpfen?!

(Gabriele Měšt'an, PDS: Also bitte, bitte!)

Das ist den Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern und der CDU-Fraktion nicht zu vermitteln.

(Minister Dr. Till Backhaus: Katzen aus dem Sack! – Torsten Koplin, PDS: Sehr dürrtig.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Glawe, einen Moment bitte.

Herr Minister, keine Zwischenrufe von der Regierungsbank bitte schön!

Herr Glawe, Sie haben das Wort.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Entschuldigung, Herr Glawe.)

Harry Glawe, CDU: Wogegen wir uns wehren ist erstens, bei der Pflege geht es um einen ganzheitlichen Ansatz. Ich will versuchen, mich wieder ein bisschen zurückzunehmen, aber im Mittelpunkt steht der Mensch in dieser Frage, der pflegebedürftige Bürger, der Hilfe braucht. Und da ist nun mal, wie es im Leben so ist, die Politik mit Gesetzen gefragt. Und wenn Sie Landesarbeitsausschüsse oder auch einen Landespflegeausschuss einsetzen, ist das in Ordnung. Oder Sie sagen dazu runder Tisch, das ist auch in Ordnung. Nur am Ende muss die Politik sagen, was sie will. Und Frau Ministerin muss auf Bundesebene sagen, was im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist. Dabei wollen wir ihr helfen. Sie verweigern sich, meine Damen und Herren. Es geht insgesamt um soziale Hilfen, um die Zukunft der Heime, um die Zukunft der Pflege,

(Torsten Koplin, PDS:
Das steht doch außer Frage.)

um das Wohnen in der Gemeinde, um barrierefreies Wohnen,

(Torsten Koplin, PDS: Das Antrag taugt nichts.)

um Familie, um Freunde, um Finanzen und auch um Bürokratie. Das ist sozusagen Politik im Selbstverständnis

und das scheinen Sie wieder nicht begriffen zu haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Nun will ich Ihnen noch mal zwei, drei Dinge sagen. Es gibt 800 Vorschriften und bürokratische Hemmnisse. Worüber Sie gesprochen haben, Herr Heydorn wie auch Herr Koplin, sind Dinge, die vom MDK und, ich vermute, vielleicht von der Heimaufsicht des Landes aufgeschrieben worden sind.

(Torsten Koplin, PDS:
Das ist doch gar nicht wahr!)

Heimaufsicht, Gesundheitsamt und MDK – das sind die drei, die Sie genannt haben. Alles andere ist Ihnen wahrscheinlich gar nicht gegenwärtig, habe ich den Eindruck.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Bauaufsicht, Brandschutz, Rettungsamt, Amt für Arbeitsschutz, Standesamt, Zuwendungsgeber, Investitionsmaßnahmen, Sozialversicherungsträger – ich kann es auflisten, wir haben 800 verschiedene Vorträge.

Jetzt noch einmal zu Herrn Heydorn, zu seinen Ausführungen nach der Prüfung von Pflege- und Prozessqualität. Es ist selbstverständlich der CDU bekannt, dass wir nach Struktur, Prozess und Ergebnis zu einem Pflegeprozess kommen und immer wieder darüber nachdenken müssen, ob die Qualität in Ordnung ist oder nicht, ob sie ex- oder intern gesichert und geklärt werden muss. Das ist der CDU sehr wohl bekannt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Herr Heydorn, das muss ich Ihnen noch einmal sagen, da brauche ich von Ihnen keinen Nachhilfeunterricht. Und bei der Frage der Auslöser einer Prüfung, ist sie turnusmäßig anders durch berechnigte Antragsteller, sind alle Pflegekassen oder auch Beschwerdeführer sozusagen Betroffene, das ist alles in Ordnung, nur man muss doch mal fragen dürfen, ob es weiterhin angezeigt ist, dass man all diese Dinge zusammenfassen kann. Deshalb haben wir in unseren Antrag hineingeschrieben, dass – so, wie es das Heimgesetz in Paragraph 20 auch fordert – nicht nur Absprachen stattfinden, sondern die Kontrollen nicht durch verschiedene Institutionen an verschiedenen Tagen zu verschiedenen Zeiten stattfinden, ohne dass sie laufend oder teilweise den Pflegeprozess in den Heimen stören. Wir tragen nicht das vor, was wir uns ausdenken, sondern das ist so, wie das Leben draußen spielt, meine Damen und Herren,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist der entscheidende Punkt.)

denn wenn ich draußen in den Pflegeheimen bei den Fachkräften vortrage, welches Leid oder welches Kreuz durch die Dokumentation in der Pflege ausgelöst wird, erhalte ich in jeder Belegschaftsversammlung Beifall. Sie sagen: „Das ist blanker Unsinn, Glawe, was du hier erzählst.“ Ich meine, Ihnen fehlt so langsam auch der Realitätssinn.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das hat kein Mensch gesagt, Herr Glawe.)

Sie wissen gar nicht mehr, was draußen los ist.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Pracht, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Sie lassen sich nur noch Berichte von der Regierung aufschreiben oder von den Institutionen und diese tragen Sie hier vor, aber im Leben sind Sie nicht mehr. Sie sind sozusagen weit abgehoben.

(Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Pracht, CDU:
Richtig. – Torsten Koplin, PDS:
Ach, das ist doch Unsinn, was Sie erzählen!)

Und jetzt fällt Ihnen noch ein, dass Herr Schröder die Wahl gewinnen will,

(Torsten Koplin, PDS: Jetzt werden Sie un-seriös! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

die SPD vielleicht auch noch mal gehört werden will und die PDS irgendwann über die 5-Prozent-Klausel springen möchte. Und das machen Sie hier sozusagen zu Lasten von 15.000 stationären Pflegebedürftigen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Legen Sie doch mal 'ne neue Platte auf, Herr Glawe!)

Frau Staatssekretärin, Sie spielen genügend Platten und ich rede die Platte,

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

die ich als CDU vertreten muss, und lasse mir von Ihnen nicht vorschreiben, was ich hier sagen darf und was ich hier nicht sagen darf.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Pracht, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig. – Dr. Margret Seemann, SPD: Sie reden den gleichen Unsinn wie davor.)

Das kann auch eine Staatssekretärin der CDU nicht verbieten, und zwar das Wort, die Meinung, die ich hier zur Pflege vortrage.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Pracht, CDU – Siegfried Frieze, SPD: Wir leben in einem freien Land, Herr Glawe.)

Genau, das ist sehr gut. Das können wir beide dann auch unterschreiben.

Meine Damen und Herren, wir möchten, dass wir bei den Schwerpunkten von Begehungen, Organisation, Pflege, Essen und Trinken, ärztlicher Versorgung, Hygiene, Gebäude- und Lebensqualität, um einige Schlagworte zu nennen, mehr zusammenfassen, dass diese Kommissionen zusammen ein Heim besichtigen oder sich die Probleme, die in den jeweiligen Wohngemeinschaften im ambulanten Bereich entstehen, ansehen, als wenn verschiedene Institutionen zu verschiedenen Zeiten den Leuten sozusagen die Arbeitszeit wegnehmen und den zu Pflegenden die Pflege entziehen. Darum geht es.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genau dasselbe wie mit den Statistiken.)

Und deswegen fordern wir als CDU Entbürokratisierung im Bereich Pflege, um dem zu Pflegenden die Pflege angeeignet zu lassen, die er braucht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. Sehr gut. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Bei der Frage, wie wir Pflege zukünftig mit den Pflegestufen I, II und III finanzieren –

(Torsten Koplin, PDS: Wichtige Frage.)

die Definitionen, sage ich mal, sind so eine Sache –, brauchen wir noch etwas Zeit, das will ich jetzt noch gar nicht hochrühren, weil das ein weiteres Thema ist,

(Torsten Koplin, PDS:
Dafür haben wir gar keine Zeit.)

denn es wird irgendwann so sein, dass es in der Pflegestufe I dazu kommt, einen Regelsatz zu haben, der für den ambulanten wie für den stationären Bereich gilt. Ich denke, da gibt es weitestgehend Konsens, zumindest in den Diskussionen, die in den Fachgruppen stattfinden.

(Torsten Koplin, PDS:
Es kommt nur auf die Höhe an.)

Es kommt auf die Höhe an. Und dabei wird es dann darauf ankommen, auf welcher Welle man schwimmt. Fakt ist eins, die Gesellschaft muss die Kraft dazu aufbringen, a) es zu finanzieren, aber b) es auch finanzierbar zu halten, denn alles ist nicht bezahlbar, meine Damen und Herren.

In diesem Sinne will ich mich jetzt sozusagen auch zurückziehen und hoffe immer noch, dass Sie diesen Antrag nicht ablehnen. Denn wie sagte es eigentlich zur Arbeitsverweigerung der Kollege mit dem Kuckuck? Ich sage, Sie sind scheinbar in Wolkenkuckucksheim schon angekommen und die Bürger werden Sie wahrscheinlich im September nicht richtig verstehen und Sie abwählen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Herrschaften von der CDU, ich hätte Ihnen schon etwas mehr Seriosität zugetraut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Gabriele Měšt'an, PDS)

Ich hätte Ihnen schon etwas mehr Seriosität zugetraut. Also den Leuten zu suggerieren, wir könnten hier Blockade machen für Dinge, die auf der Bundesebene entschieden werden, das ist schon starker Tobak. Die Dinge werden bei uns nicht entschieden, das muss jeder zur Kenntnis nehmen.

Herr Glawe sprach die Wahlen im September an, da wollen wir dann einmal sehen, auf der Bundesebene kommt es doch zum Schwur. Die Dame, die Sie jetzt zur Kanzlerkandidatin machen wollen, hat sich hinter die Vorschläge der Herzog-Kommission gestellt. Und wie diese Vorschläge der Herzog-Kommission aussehen, das muss ich Ihnen doch nicht erzählen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Dann soll das Thema Pflegerisiko weitestgehend privatisiert werden, das sind doch die Themen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Margret Seemann, SPD, und
Gabriele Měšt'an, PDS: Sehr richtig.)

Klären Sie das doch erst einmal auf der Bundesebene, damit Ihnen diese Dinge nicht passieren. Da kommt es

zum Schwur und wir wollen einmal schauen, wie die unterschiedlichen Konzepte aussehen. Kopfpauschale oder Bürgerversicherung, Herr Glawe?

(Harry Glawe, CDU: Ach, das ist gar nicht das Thema! Das ist gar nicht das Thema, Herr Heydorn! Bringen Sie nicht alles durcheinander hier!)

Sie sprachen doch davon, wie die Wahlen ausgehen. Dann müssen wir es den Leuten auch erzählen, was Sie hier vorhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herzog-Kommission, das ist Frau Merkel. Und wenn Sie sich die Leute ansehen,

(Harry Glawe, CDU: Sie reden am Thema vorbei! – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

mit denen Sie auf der Bundesebene in eine Koalition gehen wollen, diese möchten die Pflegeversicherung gleich vollständig abschaffen. Das ist die Realität!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Bodo Krumbholz, SPD: Jawohl. –
Gabriele Měšt'an, PDS: Sehr gut.)

Und mit dieser müssen wir uns auseinander setzen, wenn wir hier die Wahrheit sagen, was die Bundestagswahl angeht. Das ist die Realität und das muss an dieser Stelle noch einmal gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Lorenz Caffier, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Heydorn.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Einbringung ist beantragt worden von Seiten der CDU, zuerst über die Überweisung in den Sozialausschuss abzustimmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Überweisungsvorschlag. Wer der Überweisung in den Sozialausschuss zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsantrag bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS sowie des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Bartels nicht zugestimmt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1693. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1693 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und PDS sowie des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Bartels abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 22. Juni 2005, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.54 Uhr

Es fehlte der Abgeordnete Dr. Harald Ringstorff.